

Das Parlament

Berlin, 01. Dezember 2014

www.das-parlament.de

64. Jahrgang | Nr. 49 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Neue Aufgaben nach dem Abtritt

Wolfgang Böhmer Nun ist er doch wieder ein wenig ins Rampenlicht gerückt, nachdem es Anfang 2011 nach seinem Ausscheiden als Sachsen-Anhalts Ministerpräsident und vielen Würdigungen still um ihn geworden war. Wolfgang Böhmer (CDU) wurde am Donnerstag zum Vorsitzenden der Experten-Kommission gewählt, die bis 2016 Vorschläge über die Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde ausarbeiten soll. Das 14-köpfige Gremium, dem auch der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) angehört, soll darüber befinden, ob die Behörde auch nach 2019 eigenständig bleiben oder zum Beispiel dem Bundesarchiv angegliedert werden soll. Letzteres fordern gegen Widerstände Politiker der SPD. Der 78-jährige, knorrige Böhmer gilt mit seiner allseits anerkannten Art, über den Parteien zu stehen, wenn er erst einmal eine Sache für richtig erkannt hat, als richtiger Mann für diese schwierige Aufgabe (siehe Seite 11).



picture-alliance/dpa

arbeiten soll. Das 14-köpfige Gremium, dem auch der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) angehört, soll darüber befinden, ob die Behörde auch nach 2019 eigenständig bleiben oder zum Beispiel dem Bundesarchiv angegliedert werden soll. Letzteres fordern gegen Widerstände Politiker der SPD. Der 78-jährige, knorrige Böhmer gilt mit seiner allseits anerkannten Art, über den Parteien zu stehen, wenn er erst einmal eine Sache für richtig erkannt hat, als richtiger Mann für diese schwierige Aufgabe (siehe Seite 11).

ZAHLE DER WOCHE

60.000

Anträge verzeichnet die Stasi-Unterlagenbehörde (BStU) auf Auskunft, Akteneinsicht und Herausgabe derzeit jährlich. Seit 1992 sind mehr als drei Millionen solcher Anträge von Bürgern bei der Behörde eingegangen. Mehr als 75 Prozent der Anträge wurden bei den BStU-Außenstellen gestellt.

ZITAT DER WOCHE

»Sie stehen vor einer ganz besonderen Fragestellung.«

Norbert Lammert (CDU), Bundestagspräsident, bei der konstituierenden Sitzung der Kommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde am vergangenen Donnerstag

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Interview Der Grünen-Haushaltsexperte Sven-Christian Kindler zum Etat Seite 2
- Grafik** Eine Übersicht über die Etats der einzelnen Bundesministerien Seite 3
- Ausgaben** Der Haushalt für Arbeit und Soziales bleibt größter Einzelposten Seite 4
- Wirtschaft** Minister Sigmar Gabriel (SPD) setzt sich für den Freihandel ein Seite 7

KEHRSEITE
Diskussion Zum Spannungsverhältnis von Bundestag und Verfassungsgericht Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



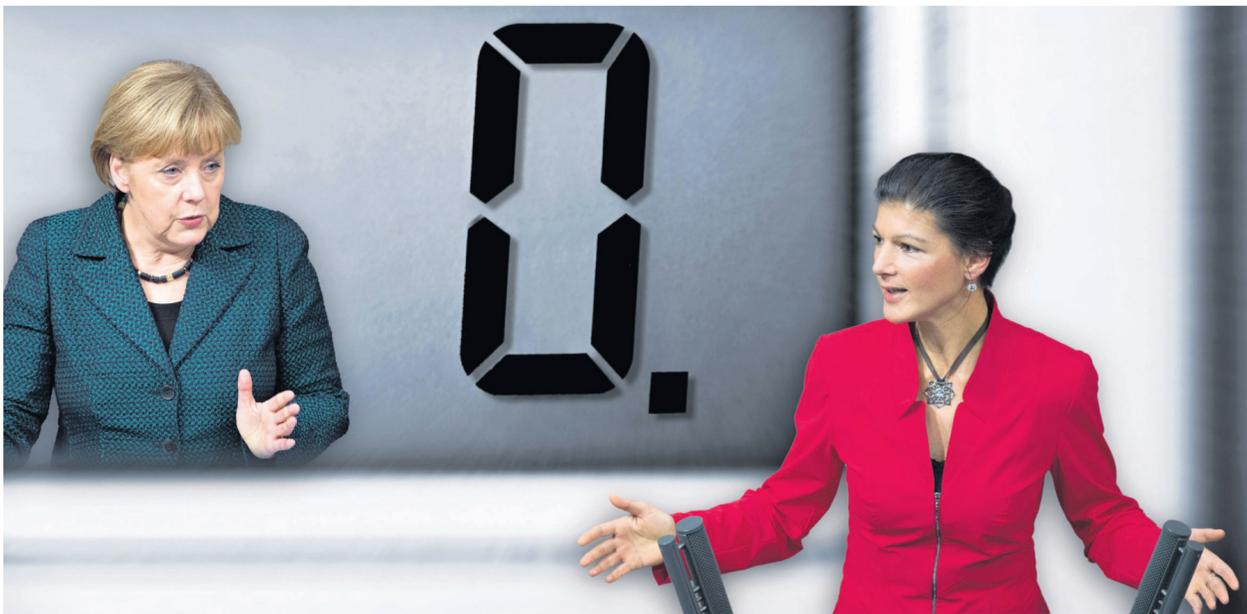
Schluss mit Schulden

HAUSHALT Koalition feiert den Bundesetat ohne Kreditaufnahme. Opposition vermisst Visionen

Nach heftigem Ringen zwischen Opposition und Koalition hat der Bundestag am Freitag den Bundeshaushalt 2015 beschlossen, der Ausgaben in Höhe von 299 Milliarden Euro und erstmals seit 46 Jahren keine neuen Schulden mehr vorsieht. Was Redner der Koalition als Eintritt in eine historische Dimension feierten, sahen die Sprecher der Oppositionsfaktionen in der Generalausprache des Bundestages in der vergangenen Woche anders. Statt Problemlösungen liefere Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Taschenspielertricks, empörte sich Sahra Wagenknecht (Linke). Und Anton Hofreiter (Grüne) fragte Merkel: »Was ist Ihre Vision für unser Land?«

Gespaltenes Land Wagenknecht sagte, Deutschland sei ein reiches, »aber ein zutiefst gespaltenes Land. Es ist ein Land, wo selbst fleißige Arbeit nicht mehr vor Armut schützt.« Straßen und Brücken würden verrotten, viele Kinder würden in verfallenen Wohngebieten aufwachsen, Bildung werde ihnen vorenthalten. Statt Wirtschaftspolitik biete Merkel nur »okkulte Opferrituale vor ihrer neuen Göttin, der Schwarzen Null«. Doch dieser Haushaltsausgleich werde im nächsten Jahr nicht gelingen, erwartete die Linke-Politikerin. Denn solide öffentliche Finanzen gebe es nicht ohne eine dynamische Wirtschaft und Konsumenten, die Geld ausgeben könnten. Und es werde keine soliden öffentlichen Finanzen geben, »wenn gerade die reichsten Familien und die größten Konzerne kaum noch einen müden Euro zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen und der Staat dabei wegschaut«. Andererseits habe ein Durchschnittsverdiener nach einem langen Arbeitsleben einen Lebensabend auf Hartz-IV-Niveau: »Das ist einfach schändlich. Das ist Altersarmut per Gesetz«, kritisierte die Linke-Abgeordnete. Zugleich subventioniere der Bund mit der Riester-Rente »Betrugsprodukte«, die nur der Finanzbranche nutzen, während die Sparer nicht einmal das herausbekommen würden, was sie eingezahlt hätten. Der Dreiklang der Politik der Kanzlerin bestehe in »Wegucken, Wegdrücken, Wegreden«. Die Investitionsausgaben würden sinken statt steigen. Das sei »wirtschaftspolitische Ignoranz«.

In der Steuerpolitik attackierte Hofreiter die Regierung, weil sie keine Vorschläge gegen Steuertricksereien der Konzerne vorlege. Deutschland brauche einen Investitionschub, aber Merkel betreibe Schönfärberei. Die OECD habe ihre Wachstumsprognose für Deutschland halbiert und die Eurozone



Für Kanzlerin Angela Merkel hat die »Schwarze Null« eine historische Dimension. Sahra Wagenknecht (rechts) sieht ein Opferritual. picture-alliance/dpa/teikwink/McPHOTO/Collage: Stephan Roters

zahlen. Banken und Finanzsystem müssten reguliert werden, sonst würden wieder Milliardenbeträge zur Rettung fällig. »Glauben Sie denn im Ernst, dass sie mit Rentengeschenken an Ihre Stammwähler, mit Kohlekraftwerken aus der Zeit Konrad Adenauers und der Ausländermaut wirklich die Zukunft sichern? Das ist doch aberwitzig«, stellte Hofreiter fest und sagte: »Ihre Maximalkoalition macht doch nichts anderes als Miniaturpolitik.« Der Koalitionsvertrag enthalte keine Ideen für die Zukunft und könne wegwerfen werden. In der Energiepolitik warf Hofreiter Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) vor, sich für eine nur geringe Absenkung von Kohlendioxidemissionen feiern zu lassen.

In der Steuerpolitik attackierte Hofreiter die Regierung, weil sie keine Vorschläge gegen Steuertricksereien der Konzerne vorlege. Deutschland brauche einen Investitionschub, aber Merkel betreibe Schönfärberei. Die OECD habe ihre Wachstumsprognose für Deutschland halbiert und die Eurozone

als »den kranken Wirtschaftsraum des Globus identifiziert«. Das sei das »bittere Urteil« über die fehlgeleitete Politik der Regierung. Kanzlerin Merkel stellte dagegen die Erfolge im Inland und auf internationaler Ebene heraus und verteidigte zudem ihren strikten Russland-Kurs gegen Forderungen, die Wirtschaftssanktionen aufzuheben. Die Annexion der Krim durch Russland sei nicht zu rechtfertigen – auch nicht die direkte oder indirekte Beteiligung Russlands an den Kämpfen im Osten der Ukraine. Russland missachte die territoriale Integrität der Ukraine: »Das Vorgehen Russlands stellt die europäische Friedensordnung in Frage und bricht internationales Recht.«

Im wirtschaftspolitischen Teil ihrer Rede sagte Merkel, es sei manches erreicht worden, zum Beispiel bei der Bankenregulierung. Viel bleibe aber auch noch zu tun, etwa bei der Regulierung der international agierenden Schattenbanken. Merkel würdigte die Vereinbarung von über 50 Ländern

beim internationalen Informationsaustausch in Steuerfragen. Fortschritte gebe es auch im Kampf gegen die Tricks multinationaler Konzerne, keine Steuern zu zahlen. Merkel bekannte sich zur Politik der »Schwarzen Null«. Der ausgeglichene Haushalt 2015 sei eine »Wendepunkt« nach 46 Jahren, in denen stets neue Schulden gemacht worden seien. Sie zeigte sich optimistisch, dass der Gesamtschuldenstand in den nächsten Jahren auf 70 Prozent reduziert werden könne. Deutschland habe jahrzehntelang über seine Verhältnisse gelebt: »Damit machen wir Schluss.« Solide Haushaltspolitik und eine wachstumsfördernde Politik seien keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille. Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) sagte, der Bundeshaushalt nehme große Herausforderungen auf und komme trotzdem ohne neue Schulden aus. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann erwartete wieder stärkeres Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr. Oppermann bezeichnete den »historischen Haushalt« ohne Neuverschuldung als eine gute Botschaft für junge Menschen: »Wir wollen keine Politik mehr machen zu Lasten künftiger Generationen.« Hans-Jürgen Leersch

EDITORIAL Schwarz schlägt Rot

VON JÖRG BIALLAS

Es ist vollbracht: Nach einer weiteren Sitzungswoche ganz im Zeichen von mitunter fast unvorstellbar großen Euro-Summen hat der Bundestag den Haushalt für das kommende Jahr beschlossen. 2015 soll der Etat, wenn der Bundesrat dann zugestimmt haben wird, erstmals seit 1969 ausgeglichen sein, also nach 46 Jahren wieder ohne neue Schulden auskommen.

Ein Erfolg? Das kommt auf den Blickwinkel an. Während die Regierungskoalition die »Schwarze Null« lobt, fordert die Opposition mehr Geld, etwa für den Sozialbereich. Das Wahlvolk indes will am liebsten alles: weniger Steuerlast, um das eigene Portemonnaie zu schonen; weniger Schulden, um zukünftige Generationen nicht über Gebühr zu belasten. Aber ebenso selbstverständlich: mehr Leistungen des Staates, um eine bessere Infrastruktur und ein angenehmeres Sozialgefüge genießen zu können. Deshalb gleicht Haushaltspolitik nicht selten einer Quadratur des Kreises.

Verkompliziert wird die Lage dann, wenn der geopolitische Zeiger auf Krise steht. Wie derzeit. Die Sanktionen gegenüber Russland belasten vor allem den deutschen Mittelstand. Auch deshalb musste das erwartete Wirtschaftswachstum für das kommende Jahr nach unten korrigiert werden. Negative Auswirkungen auf die Exportrate sind wohl unvermeidbar. Die Steuereinnahmen des Staates wird das gewiss nicht fördern.

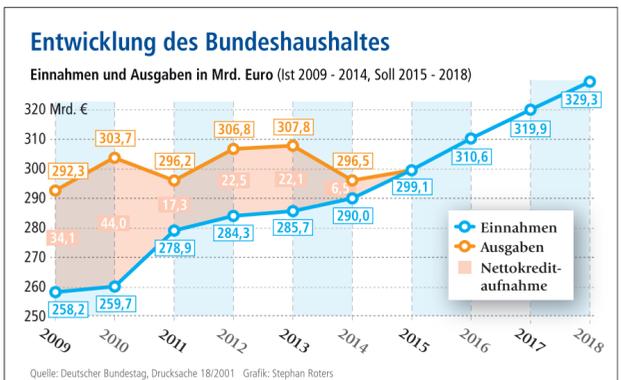
All das macht die Zukunft der Nation unwägbarer, aber noch lange nicht schwierig. Verglichen mit vielen anderen europäischen Ländern, geht es Deutschland wirtschaftlich gut. Die Euro-Krise scheint ohne das befürchtete Desaster überstanden zu sein. Die Arbeitslosenquote ist erfreulich gering; die Berufsaussichten, gerade auch für junge Menschen, sind vielversprechend. Innenpolitisch gibt es also kaum Anlass, pessimistisch in die Zukunft zu schauen. Damit das so bleibt, bemüht sich die deutsche Außenpolitik zu Recht so engagiert um die Krisenherde dieser Welt. Nur wenn es gelingt, in der Ukraine, in Nahost, in Afrika und anderswo wenigstens im Rahmen der - zum Teil bescheidenen - Möglichkeiten Frieden, Freiheit und Wohlstand zu fördern, werden auch wir sorgenfrei unseren Lebensstandard genießen können. Ganz egal, ob die Null dann dauerhaft schwarz bleibt oder doch wieder einen Hang zum Rötlichen entwickelt.

Ausgaben sollen bis 2018 wieder steigen

FINANZPLANUNG Schuldenstandsquote soll auf weniger als 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken

Die Ausgaben des Bundes sollen bis 2018 auf 329,3 Milliarden Euro steigen. In diesem Jahr sollen die Ausgaben 296,5 Milliarden Euro betragen, im vergangenen Jahr waren es 307,8 Milliarden. Eine Nettokreditaufnahme, die in diesem Jahr bei rund 6,5 Milliarden Euro liegen soll und im Haushalt 2013 noch 22,1 Milliarden Euro betrug, ist ab 2015 nicht mehr vorgesehen. Dies geht aus dem Finanzplan des Bundes 2014 bis 2018 (18/2001) hervor, den der Bundestag vergangenen Freitag auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (18/2826) zur Kenntnis nahm.

Schuldenstandsquote Damit kann es auch zur Absenkung der Schuldenstandsquote kommen. Sie sank nach Angaben der Bundesregierung aufgrund der strukturellen Überschüsse 2013 um 2,6 Prozentpunkte auf 78,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Auch für 2014 wird eine weitere Absenkung um 2,5 Prozentpunkte auf 76 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwartet. In einer Stellungnahme der Regierung heißt es: »Ziel der Bundesregierung ist es, die Schuldenstandsquote bis Ende 2017 auf weniger als 70 Prozent des Bruttoinlands-



produkts zu senken, um damit die Grundlage zu schaffen, den Schuldenstand innerhalb der nächsten zehn Jahre auf weniger als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu reduzieren.« Zum Verzicht auf die Neuverschuldung heißt es, die »Schwarze Null« im Jahr 2015 markiere zugleich den Beginn

eines nachhaltig ausgeglichenen Bundeshaushalts für den gesamten Finanzplanungszeitraum: »Das ist eine historische Leistung.« Bei den einzelnen Ausgabenbereichen liegen die Leistungen für die Rentenversicherung an der Spitze. Sie sollen 2015 rund 84,86 Milliarden Euro betragen

und bis 2018 auf 94,1 Milliarden Euro steigen. Die familienpolitischen Leistungen sollen in diesem Zeitraum von 7,29 Milliarden Euro auf 7,79 Milliarden Euro angehoben werden.

Höhere Investitionen Die Ausgaben für Investitionen insgesamt sollen von rund 26,5 Milliarden Euro im kommenden Jahr auf insgesamt 27,2 Milliarden im Jahr 2018 steigen. Im Verkehrsbereich sollen zum Beispiel die Leistungen für die Eisenbahnen des Bundes in selben Zeitraum von 10,46 Milliarden auf 11,05 Milliarden Euro im Jahr 2018 steigen. Für Bundesfernstraßen sind 2018 insgesamt 6,22 Milliarden Euro vorgesehen. Die für 2015 mit rund 25 Milliarden Euro angegebene Zinsausgaben des Bundes sollen sich bis 2018 auf 34,38 Milliarden Euro erhöhen.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

MUSS DER STAAT JETZT SCHULDEN ABBAUEN?

Gefährlicher Glaube

PRO



Frank Thewes
»Focus«

Nichts ist in der Politik so gefährlich wie der Glaube, dass sich Finanzlöcher von selbst schließen. Deshalb sollte unser Land jede passende Gelegenheit nutzen, den aufgehäuften Schuldenberg zumindest teilweise aktiv abzutragen: Wann, wenn nicht jetzt, sollten wir diese Last denn sonst verringern? Die Annahme, bei Null-Neuerschuldung verringere sich die Last der Schulden im Verhältnis zur (steigenden) Wirtschaftskraft automatisch, ist nämlich trügerisch. Denn diese Gleichung blendet zwei wichtige Variablen aus: erstens den historischen (und wohl auch ungesunden) niedrigen Zinssatz und zweitens die Tatsache, dass sich Deutschlands Schulden wegen unserer Demographie schon in naher Zukunft auf deutlich weniger Köpfe verteilen werden. Die Steuer- und Beitragszahler der Jahre ab 2030 bekommen schon durch unsere umlagefinanzierten Sozialsysteme gigantische Forderungen aufgebürdet. Sie können nicht auch noch andere Altlasten aus den vergangenen Jahrzehnten als Daueraufgabe übernehmen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Zinsen (auch für Bundesschulden) in den nächsten Jahren wieder anziehen, ist groß. Und damit kommt die ganze Schuldenwahrheit wieder auf den Tisch: Die rund 1,3 Billionen Euro Bundesschulden kosten die Steuerzahler knapp 30 Milliarden Euro jährlich. Wäre der Zins aktuell so hoch wie im Jahr 2000, müsste der Bund für seinen Kreditberg statt 29 Milliarden Euro rund 65 Milliarden Euro im Jahr zahlen – mehr als doppelt so viel wie heute. Die 36 Milliarden Euro Unterschied sind mehr als der komplette Verteidigungsetat. Wer also Schulden nicht abbaut, muss seinen Bürgern über kurz oder lang drastische Einsparungen oder rabiate Steuererhöhungen zumuten.

Nicht notwendig

CONTRA



Claus Hulverscheidt
»Süddeutsche Zeitung«

Wer einen Kredit aufnimmt, muss Zins- und Tilgungszahlungen leisten. Gelegentlich verzichtet die Bank zu Beginn auf die Tilgung und gibt sich mit den Zinsen zufrieden. Kein Institut der Welt aber würde es zulassen, dass ein Schuldner tilgt, indem er sich immer weitere, immer größere Darlehen besorgt. Genau so aber handelt seit langem der Bund, dessen Schuldenberg sich mittlerweile auf fast 1,3 Billionen Euro summiert. Eine gewaltige Last für künftige Generationen, erst recht dann, wenn die Zinsen einmal wieder steigen. Kein Wunder also, dass Politiker und Ökonomen fordern, jetzt, da der Etat ausgeglichen ist, mit der Rückzahlung der Schulden zu beginnen. Rein buchhalterisch gedacht ist das logisch. Ökonomisch betrachtet aber wäre es Wahnsinn. Zum einen hieße es, gerade jene Generationen zu belasten, die demografisch bedingt ohnehin ächzen werden. Gravierende Folgen für den Konsum und damit die Wirtschaftsentwicklung wären unvermeidlich. Zum anderen ist die Rückzahlung der Schulden gar nicht notwendig. Volkswirtschaftlich gesehen ist nämlich nicht die Höhe der Verbindlichkeiten entscheidend, sondern ihr Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Diese Quote aber sinkt automatisch, wenn die Wirtschaft wächst und zugleich der Bundestag auf eine Nettokreditaufnahme verzichtet, den Schuldenstand also einfriert. Der Teil der Staatseinnahmen, der für Zinsen verloren geht, wird dann Jahr für Jahr kleiner und der Spielraum für andere Ausgaben immer größer. Auch wenn es nach Voodoo klingt: Das Problem löst sich so von alleine. Hier gilt ausnahmsweise einmal, dass die Politik dann am meisten tut, wenn sie gar nichts tut.

Mehr zum Thema der Woche auf Seite 1 bis 8.
Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Kindler, am vergangenen Freitag hat der Bundestag den Haushalt 2015 verabschiedet. Erstmals seit 1969 will der Bund im kommenden Jahr keine neuen Schulden machen. Das Ziel einer „Schwarzen Null“ ist erreicht. Ein guter Tag für Deutschland?
Nein. Ich will gerne zugeben, dass Wolfgang Schäuble eine gute Marketingstrategie hat, aber er setzt trotzdem die alte Schuldenpolitik fort.

Halten Sie den Haushalt wirklich für ausgeglichen?
Nein, das auf keinen Fall. Dieser Haushalt ist nicht ausgeglichen. Wolfgang Schäuble versteckt seine Schulden trickreich in Schattenhaushalten. Dieser Haushalt hat unter dem Strich ein dickes, fettes Minus in der Bilanz.

Welche Tricksereien meinen Sie?
Schäuble holt sich das Geld nicht mehr bei den Banken, dafür nimmt er aber Schulden bei den Beitragszahlern und bei der Infrastruktur auf. 2,5 Milliarden Euro holt er sich aus dem Gesundheitsfonds und rund sieben Milliarden Euro für die Mütterrente nimmt er systemfremd aus der Rentenkasse, obwohl diese wichtige Aufgabe aus Steuermitteln zu leisten ist. Außerdem zerfällt die Infrastruktur, der Investitionsbedarf und damit versteckte Schulden werden in die nächsten Jahre verschoben. Als wäre das nicht genug, plant Schäuble eine Neuaufgabe von öffentlichen-private Partnerschaften (ÖPP). Das sind Schattenhaushalte, mit denen er die Schuldenbremse umgeht. ÖPP-Projekte führen zu Milliarden Euro Mehrkosten, wie der Bundesrechnungshof zeigt. Die ÖPP-Strategie der Bundesregierung ist ein gefährlicher und teurer Irrweg.

Aber ist es nicht besser, Finanzreserven abzubauen statt sich frisches Geld bei den Banken zu leihen?

Erstens kann man diesen Haushalt auch ausgleichen, indem man entrümpelt, umschichtet, Subventionen abbaut und Einnahmen verbessert. Man braucht sich, wenn man ordentlich am Haushalt arbeitet, zurzeit kein Geld bei den Banken zu leihen. Und zweitens zahlen für Schäubles Griff in Sozialkassen die Beitragszahler, also die kleinen und mittleren Einkommen. Große Einkommen werden geschont. Das ist unsolid und ungerecht. Fast alle gesetzlichen Krankenkassen haben für 2015 Zusatzbeiträge wegen der Plünderung des Gesundheitsfonds angekündigt. Die Rentenkasse ist durch das Rentenpaket 2018 leer. Diese Kosten werden also der nächsten Regierung vor die Füße gekippt. Schäuble frisiert so den Haushalt mit Blick auf 2017: Nach dem Wahltag ist dann Zahltag.

Sie kritisieren, dass zu wenig investiert wird. Aber es soll doch ein Zehn-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm geben.

Moment Mal. Das ist doch vor allem wieder eine Marketingstrategie von Wolfgang Schäuble. Substanziell ist das sehr dünn, völlig ernüchternd. Davon kommt nichts 2015. Es gibt im Haushalt 2015 kein Geld für den Breitbandausbau, Investitionen in Klimaschutz und die Energiewende muss man mit der Lupe suchen und auch die Investitionen in gute Bildung und Kitas sind viel zu gering. Ab 2016 soll es über drei Jahre gestreckt werden, das heißt pro Jahr nur – wenn überhaupt – drei Milliarden Euro mehr. Auch mit diesem Programm würde die Investitionsquote im Bundeshaushalt weiter sinken und zwar von zehn Prozent 2014 auf dann rund neun Prozent. Und davon ist nichts bisher solide gegenfinanziert. Schaut man genau hin, bleibt es ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Bundesregierung fährt diese Ge-

»Dickes, fettes Minus«

SVEN-C. KINDLER Der Haushaltssprecher der Grünen-Fraktion wirft Schäuble Schattenwirtschaft vor und plädiert für einen Energiesparfonds



© picture-alliance/Eventpress Stauffenberg

sellschaft auf Verschleiß. Wir Grüne investieren dagegen über den Finanzplan insgesamt 20 Milliarden Euro mehr als Wolfgang Schäuble, ohne versteckte Schulden.

Wird der Haushalt auch am 31. Dezember 2015 ohne neuen Schulden sein?

Nein, denn der Haushalt hat jetzt schon viele versteckte Schulden bei den Sozialkassen und der Infrastruktur.

Welche Risiken sehen Sie?

Die Bundesregierung verlässt sich nur auf

Steuermehreinnahmen, die Konjunktur und die historisch niedrigen Zinsen. Das ist das Prinzip Hoffnung und eine riskante Wette auf die Zukunft. Wolfgang Schäuble traut sich nicht an strukturelle Änderungen ran.

Die Grünen haben bei den Haushaltsberatungen zahlreiche Änderungsanträge gestellt. Erfolgreich. Was wollten Sie ändern?

Wir haben rund 300 Änderungsanträge gestellt und so gezeigt, dass es gerechte

und nachhaltige Alternativen zu Schäubles Haushalt gibt. Ich will kurz drei Schwerpunkte ansprechen. Wir wollen erstens, dass die Energiewende endlich wieder an Fahrt aufnimmt. Mit unserem drei Milliarden Euro schweren Energiesparfonds heben wir große Potenziale beim Klimaschutz, in dem wir Wohnungen und öffentliche Gebäude sanieren. Wir wollen zweitens eine Milliarde Euro für schnelles Internet von Stralsund bis Konstanz. Wir wollen drittens eine Milliarde Euro für die Unterstützung von Flüchtlingen in den Kommunen hier vor Ort einsetzen und auch die humanitäre Hilfe in Kriegsregionen wie Syrien, Irak oder dem Sudan deutlich erhöhen.

Ihre Vorschläge kosten Geld. Wo sollte das herkommen?

Pro Jahr verbrennt der Staat laut dem Umweltbundesamt 50 Milliarden Euro für umweltschädliche Subventionen. Davon kann man schnell rund neun Milliarden Euro abbauen, beim Flugverkehr, beim Erdöl, beim Agrardiesel oder bei schweren Dienstwagen. Außerdem ist der Staat strukturell unterfinanziert. Deswegen muss man auch die Einnahmeseite verbessern, beispielsweise durch die Abschaffung der ungerechten Abgeltungssteuer. Wir wollen stattdessen, dass Kapitaleinkommen endlich wieder progressiv wie der normale Arbeitslohn besteuert werden. Wir brauchen endlich mehr Steuererechtigkeit in Deutschland.

Wo wollen Sie konkret kürzen?

Wir entrümpeln den Haushalt. Zum Beispiel streichen wir das Betreuungsgeld. Bei Rüstungsdesastern können wir Milliarden einsparen, die Wirtschaftsförderungsubventionen gehören dringend auf den Prüfstand und man muss beim Neu- und Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen deutlich kürzen, um die bestehenden Brücken und Straßen endlich zu erhalten.

Sie haben bei der Beratungen auch Änderungsanträgen der Koalition zugestimmt. Worum ging es da?

Wir haben im Haushalt insgesamt große Differenzen mit der Koalition, trotzdem haben wir auch an einzelnen, kleineren Stellen mit der Koalition gestimmt. Gute Beispiele sind hier die Förderung für das Bauhaus in Dessau und die Digitalisierung des Filmberbes. Aber auch den zusätzlichen Mitteln zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, wofür wir sehr lange Druck gemacht haben, haben wir zugestimmt.

Herr Kindler, die Fraktionsarbeitsgruppe Haushalt der Grünen hat vier Mitglieder, die entsprechenden Arbeitsgruppe der Union 20 Abgeordnete. Wie können Sie dagegenhalten?

Weil wir pfiffiger und aufgeweckter sind. Entscheidend ist nicht nur die Quantität, sondern vor allem die Qualität. Wir haben im Gegensatz zur Union noch Mut und Energie, wirklich etwas im Haushalt zu ändern und nicht nur zu verwalten.

Das Gespräch führte Michael Klein. ||

Sven-Christian Kindler (29) ist seit diesem Jahr haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Abgeordnete aus Hannover wurde 2009 erstmals in den Bundestag gewählt und ist seit 2013 Sprecher der Landesgruppe Niedersachsen seiner Fraktion.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Bodenständige: Bernhard Schulte-Drüggelte

Bernhard Schulte-Drüggelte will sich von den Nörgeleien der Opposition nicht beirren lassen: „Das ist schon ein ganz besonderes Ereignis“, sagt er zur „Schwarzen Null“ des Bundeshaushalts, die in der Etatwoche des Bundestages jetzt endgültig beschlossen wurde. Erstmals wieder nach mehr als vier Jahrzehnten. Gewiss: Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat auch von Sonderfaktoren wie den niedrigen Zinsen oder der Kalten Progression statt eigenen Sparens profitiert. „Wir sind aber auch sehr vorsichtig mit dem Gesamthaushalt umgegangen“, sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete Schulte-Drüggelte. Und wenn die Zinsen wieder steigen? Die Finanzplanung des Bundes sei sehr vorsichtig und konservativ aufgestellt, sagt der Haushalter, höhere Zinsen seien da bereits eingeplant. Jetzt könne der Bund sogar niedriger verzinsliche Langzeit-Papiere kaufen und so die derzeitigen Zinsvorteile weiter auf die nächsten Jahre festschreiben. Gefahren für den neuen Haushalt durch unvorhergesehene Ereignisse sieht Schulte-Drüggelte nicht. Alle Vorhersagen deuteten 2015 auf ein weiteres – wenn auch mäßiges – Wirtschaftswachstum hin. Oppositions-Kritik an den insgesamt nur leicht ansteigenden Investitionen wehrt der Westfale ab. Bei den für Deutschland wichtigen Ausgaben für Forschung und Bildung gebe es mit rund 40 Prozent eine deutliche Steigerung. Sollten die Bürger angesichts der Rekord-Steuererhöhungen des Staates nicht etwas zurückbekommen? „Wir hatten 2014 in Deutschland die höchsten realen Lohnzuwächse der letz-

© DBT/achim Meide



»Die Schwarze Null ist für zukünftige Generationen ein sehr gerechtes Ziel.«

ist er im Haushaltsausschuss. Als Berichterstatter für den Einzeletat des Bundestags gehört der 63-Jährige auch dem Ältestenrat an. Das Credo des Diplom-Agraringenieurs für seine Arbeit als Haushalter ist: „Mit den Geldern des Steuerzahlers verantwortungsbewusst umgehen, Investitionen vor allem in den Forschungs- und Bildungsbereich lenken, zurückhaltend sein mit allen Ausgaben, die nicht unseren Zukunftsinteressen entspre-

chen.“ Die „Schwarze Null“ im Haushalt und das Vermeiden neuer Schulden dürfe nicht, wie von Oppositionsseite getan, als „Fetisch“ des Finanzministers verunglimpft werden, warnt Schulte-Drüggelte: „Das ist für zukünftige Generationen und deren Gestaltungsmöglichkeiten ein sehr gerechtes Ziel.“ Verantwortungsbewusstes Haushalten hat der Abgeordnete selbst mit der Muttermilch auf dem elterlichen Gutshof aufgesogen. In Möhnesee-Delecke, direkt am Rand des Möhneseees, dem „Westfälischen Meer“, besitzt die Familie seit etwa 1850 einen großen Hof mit vielen Hektar Land. Das Terrain als Teil der alten Bauerschaft Drüggelte – daher auch der im Westfälischen beliebte, sich auf die Herkunft beziehende Doppelname bei Schulte-Drüggelte – ist eine Welt für sich: Geschichtsträchtige Kapelle, Gästehaus, Kornbrennerei und eine alte Scheune, wo es zu Pfingsten Musikfestivals gibt. All das gibt dem vierfachen Vater die Geborgenheit, nach stressigen Berliner Politikwochen wieder ganz in die Heimat und Familie einzutauchen. Den Hof betreibt einer seiner Söhne. Der Vater kümmert sich um diesen „nach den Möglichkeiten, die ich habe“. Bernhard Schulte-Drüggelte, Chef des CDU-Kreisverbands Soest und als Schütze, Jäger und in der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald aktiv, gilt trotz allen professionellen Politikbetriebs als der Prototyp eines volksnahen, bodenständigen Politikers. Was bleibt dem verheirateten Vater von vier Kindern als Hobby? Wandern, Radfahren und auf Jagd gehen, „wenn die Zeit reicht“. Hans Krump ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15
Telefax (030) 227-365 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Julian Burgert (jbb)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stell. v.o.
Michael Klein (mik)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), v.o.
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionschluss
28. November 2014

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhusenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-42 53
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-43 75
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Anzeigenabteilung
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-42 74
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: anzeigenervice@fs-medien.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Einkostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvollständige Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Das Portmonee im Griff: Was dem Bürger geraten wird, will nun auch der Staat tun – nicht mehr Geld auszugeben als er einnimmt.

© picture-alliance/dpa Themendienst/Collage: Stephan Roters

Historische Stunde oder Trickserie?

ETAT-BESCHLUSS Kontroverse Debatten prägten die Haushaltsberatungen in der vergangenen Woche

Die „Schwarze Null“ steht. Am vergangenen Freitag beschloss der Bundestag nach viertägigen Etatberatungen erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einen Bundeshaushalt ohne neue Schulden. Für die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD ist dies ein historisches Datum. „Wir schreiben Geschichte“, sagte der haushaltspolitische Sprecher der Union, Norbert Barthle (CDU), bei den Haushaltsberatungen in der vergangenen Woche. „Wir steigen aus dem ewigen Kreislauf ständig neuer Verschuldungen aus.“ Die „Schwarze Null“ sei kein Fetisch, es sei vielmehr eine Selbstverständlichkeit mit dem vorhandenen Geld auszukommen.

Weitere Einsparungen Wir haben im Rahmen der parlamentarischen Beratungen den Haushalt nochmals verbessert“, sagte Barthle. So seien die Ausgaben gegenüber dem Regierungsentwurf um weitere 400 Millionen Euro abgesenkt und gleichzeitig die Investitionen um 360 Millionen Euro gesteigert worden. Bei der Bundespolizei gebe es 400 neue Stellen; das Techni-

sche Hilfswerk (THW) und auch die Feuerwehren seien besser gestellt worden. Auch die Mittel für humanitäre Hilfe seien im Auswärtigen Amt und beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung um insgesamt 280 Millionen Euro erhöht worden. Der bisherige Abbau der Neuverschuldung habe nicht geschadet, sagte er weiter. Trotzdem habe es in den vergangenen Jahren ein ordentliches Wirtschaftswachstum gegeben. „Eine solide und verlässliche Haushaltspolitik schafft Vertrauen, und Vertrauen ist die Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum“, betonte Barthle. Er wies darüber hinaus den Vorwurf der Opposition zurück, die Koalition greife in die sozialen Sicherungssysteme ein. Es sei nur vernünftig, die Rücklagen zum Beispiel bei der Deutschen Rentenversicherung nicht weiter wachsen zu lassen, sondern damit Neubelastungen zu finanzieren. Dies sahen die Sprecher der Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die

Grünen anders. Für Sven-Christian Kindler (Grüne) ist auch dieser Haushalt „leider“ die Fortsetzung der alten Schuldenpolitik. „Sie leihen sich zwar das Geld nicht mehr bei der Bank, aber sie greifen in den Gesundheitsfonds und nehmen bei der Rentenkasse Schulden auf“, sagte er mit Blick auf Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Zudem würde die Infrastruktur auf Verschleiß gefahren. Schulden würden nur in Schattenshaushalten versteckt. „Das ist unehrlich und Trickserie“, sagte er. Der Staat sei strukturell unterfinanziert, daher müsse die Einnahmeseite verbessert werden. Deshalb müssten Kapitaleinkommen genauso wie Arbeitseinkommen progressiv besteuert werden. „Dieser Haushalt hat eine schillernde Fassade, aber dahinter bröckelt es gewaltig“, sagte Kindler. „Das ist der Versuch, sich ein Denkmal zu setzen“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, Dietmar Bartsch, mit Blick auf Schäuble und forderte Ein-

nahmenerhöhungen. Dies soll jedoch nicht durch allgemeine Steuererhöhungen geschehen, sondern durch eine Millionärsteuer. Die 500 reichsten Familien in Deutschland würden ein Vermögen von 615 Milliarden Euro besitzen. Das seien zwei Bundesetsats. „Das ist doch nicht normal. Da muss man doch etwas tun“, sagte er. Es sei der falsche Weg, Haushaltssanierung zu Lasten von Zukunftsgestaltung zu betreiben. Für den haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Johannes Kahrs, ist es besonders wichtig, nicht nur im kommenden Jahr einen ausgeglichenen Haushalt zu schaffen, sondern auch in den folgenden Jahren. Das sei eine nachhaltige und generationengerechte Politik. Das heiße aber auch, dass man mit dem vorhandenen Geld auskommen müsse. Wenn die Zinsen in Zukunft wieder auf ein „halbwegs normales Niveau“ steigen würden, dann würde der Bund jährlich nicht mehr wie jetzt 25 Milliarden Euro an Zin-

sen zahlen, sondern vielleicht 45 oder 60 Milliarden Euro. In diesen Haushalten dann keine neuen Schulden zu machen, sei die eigentliche Herausforderung. Dem stimmte Finanzminister Schäuble ausdrücklich zu. „Der Erfolg von heute ist die Verpflichtung von morgen“, sagte er und verteidigte den Kurs der Haushaltskonsolidierung. „Wenn wir uns nicht an die europäischen Regeln halten, wie sollen wir es dann von anderen erwarten?“ Deshalb sei die Finanzpolitik auch ein Beitrag, um die schwierige Lage in Europa zu überwinden. Bei der „Schwarzen Null“ gehe es nicht darum, ein Denkmal zu setzen, sondern es gehe um eine verlässliche Finanzpolitik. Der Etat 2015 sieht Gesamtausgaben von 299,1 Milliarden Euro vor. Damit verringerte der Bundestag die Ausgaben gegenüber dem Regierungsentwurf um 400 Millionen Euro. In diesem Jahr betragen die Ausgaben 296,5 Milliarden Euro. Die Investitionen erhöhte der Bundestag um 364 Millio-

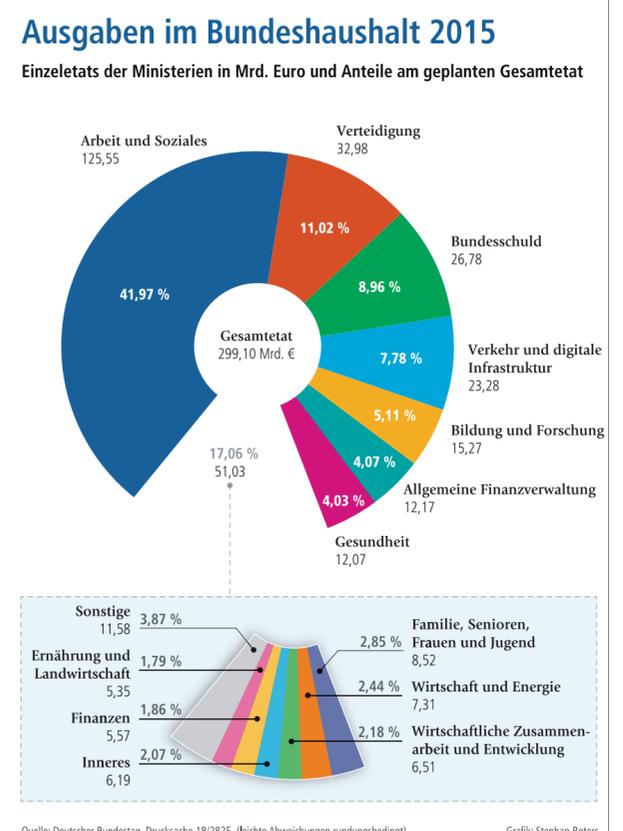
nen Euro auf 26,45 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus Steuern sollen 2015 277,48 Milliarden Euro betragen. Das sind 1,06 Milliarden Euro weniger als im Regierungsentwurf. Die Höhe der eingeplanten Steuereinnahmen beruht auf der jüngsten Steuerschätzung. **Große Zustimmung** Dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/2000) stimmten in geänderter Fassung auf Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses (18/2805 – 18/2825) 474 Abgeordnete zu, 113 Parlamentarier votierten dagegen. Zahlreiche Änderungs- und Entschließungsanträge der Opposition lehnte der Bundestag ab. So forderte die Linke unter anderem ein „wirksames und in sich schlüssiges Zukunftsprogramm“ (18/3330) und die Grünen, dass die Zukunftsaufgaben „solide und gerecht finanziert“ werden sollen (18/3331). *Michael Klein*

»Wir steigen aus dem ewigen Kreislauf neuer Schulden aus.«
Norbert Barthle (CDU)

»Das ist der Versuch, sich ein Denkmal zu setzen.«
Dietmar Bartsch (Die Linke)



| Einzelplan | | EINNAHMEN | | AUSGABEN | |
|--------------|--|--------------------|----------------------------------|--------------------|----------------------------------|
| | | 2015 in 1.000 € | Veränderungen zu 2014 in 1.000 € | 2015 in 1.000 € | Veränderungen zu 2014 in 1.000 € |
| 01 | Bundespräsident und Bundespräsidialamt | 193 | - | 33.734 | + 624 |
| 02 | Deutscher Bundestag | 1.885 | - 8 | 801.486 | + 36.083 |
| 03 | Bundesrat | 96 | + 23 | 23.811 | + 811 |
| 04 | Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt | 3.165 | - | 2.234.798 | + 139.244 |
| 05 | Auswärtiges Amt | 144.095 | - 1.120 | 3.725.314 | + 87.048 |
| 06 | Bundesministerium des Innern | 443.126 | + 37.211 | 6.191.539 | + 292.723 |
| 07 | Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz | 488.634 | + 23.791 | 695.452 | + 47.314 |
| 08 | Bundesministerium der Finanzen | 324.511 | - 714.182 | 5.570.621 | + 364.360 |
| 09 | Bundesministerium für Wirtschaft und Energie | 462.909 | - 164.178 | 7.307.687 | - 110.292 |
| 10 | Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft | 85.117 | - 35.372 | 5.350.716 | + 40.181 |
| 11 | Bundesministerium für Arbeit und Soziales | 1.901.250 | + 37.959 | 125.545.918 | + 3.566.608 |
| 12 | Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur | 5.833.933 | + 641.566 | 23.281.434 | + 419.486 |
| 14 | Bundesministerium der Verteidigung | 292.113 | + 59 | 32.974.183 | + 538.807 |
| 15 | Bundesministerium für Gesundheit | 107.036 | + 7.490 | 12.066.920 | + 1.014.231 |
| 16 | Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit | 721.397 | - 51.779 | 3.855.197 | + 187.893 |
| 17 | Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend | 68.440 | - 12 | 8.523.562 | + 564.054 |
| 19 | Bundesverfassungsgericht | 40 | - | 33.324 | - 12.741 |
| 20 | Bundesrechnungshof | 15 | - 325 | 141.482 | + 5.493 |
| 23 | Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung | 566.166 | + 136 | 6.509.157 | + 65.524 |
| 30 | Bundesministerium für Bildung und Forschung | 89.426 | - | 15.274.960 | + 1.221.556 |
| 32 | Bundesschuld | 1.077.534 | - 6.680.702 | 26.784.709 | - 1.767.034 |
| 60 | Allgemeine Finanzverwaltung | 286.488.919 | + 9.499.443 | 12.173.996 | - 4.101.973 |
| SUMME | | 299.100.000 | + 2.600.000 | 299.100.000 | + 2.600.000 |



Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksachen 18/1024 und 18/2825

Grafik: Stephan Roters

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 18/2825 (leichte Abweichungen rundungsbedingt)

Grafik: Stephan Roters



Spiel mit Zahlen

ARBEIT UND SOZIALES Der Etat steigt gegenüber dem Regierungsentwurf um 700 Millionen Euro. Die Opposition kritisiert Förderung von Langzeitarbeitslosen und Rentenpolitik

43 Millionen Erwerbstätige gibt es in Deutschland – ein Grund zur Freude bei der Koalition. Die Linke kritisiert das Ausmaß des Niedriglohnssektors.

© picture-alliance/dpa

Diese Zahlen haben in den Ohren der Sozialpolitiker einen äußerst angenehmen Klang: 43 Millionen Erwerbstätige gibt es in Deutschland. Die deutsche Rentenversicherung freut sich über eine Finanzreserve von 33,5 Milliarden Euro, weshalb zum 1. Januar 2015 der Rentenbeitrag auf 18,7 Prozent sinken wird. Und der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, ohnehin stets der größte Einzelposten im Bundeshaushalt, wird um 700 Millionen Euro aufgestockt und beläuft sich 2015 dann auf insgesamt 125,55 Milliarden Euro. Am vergangenen Donnerstag billigte der Bundestag mit den Stimmen der Koalition den Etat (18/2000, 18/2002, 18/2811, 18/2823, 18/2825). Kein Wunder also, dass Bundesministerin Andrea Nahles (SPD) und die Koalitionsfraktionen diese Zahlen in der Debatte zufrieden kommentierten. „Wir ha-

ben bei der Erwerbstätigkeit im europäischen Vergleich eine Spitzenposition. Vor zehn Jahren lagen wir ganz unten“, bilanzierte Nahles und machte damit klar, worauf sie diese Entwicklung auch zurückführt, nämlich auf die Hartz-Reformen vor zehn Jahren. Sie betonte, es müsse die zentrale Aufgabe bleiben, dieses hohe Niveau zu halten. Deshalb sei es nötig, die Sicherung der Fachkräfte sowie die Integration von Langzeitarbeitslosen und von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt deutlich zu verbessern. Denn die Erfolgsgeschichte des Arbeitsmarktes sei leider keine der Langzeitarbeitslosen. Auch könne es nicht sein, dass sich 37 Prozent der Betriebe vor Fachkräftemangel fürchten, gleichzeitig aber rund 180.000 schwerbehinderte, gut qualifizierte Menschen einen Arbeitsplatz suchen. „Da passt was nicht zusammen“, sagte Nahles. Das fand auch Sabine Zimmermann (Die Linke), wengleich aus anderen Gründen. Sie rechnete die Bilanz der Hartz-Reformen aus ihrer Sicht und mit anderen Zahlen des Statistischen Bundesamtes vor und gab somit die erste Spielverderberin in der Debatte: So gebe es in Deutschland 2,5 Millionen Menschen, die zwei Jobs zum Überleben brauchen, fünf Millionen Mini-jobber und fast zwei Millionen Kinder in Armut. „Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis“, appellierte die Linke-Politikerin. Sie warf der Regierung vor, für eine bessere Förderung der mehr als eine Million Langzeitarbeitslosen „keinen Cent zusätzlich“ in die Hand nehmen zu wollen. „Stattdessen feiern Sie zwei Schmalspurprogramme für 43.000 Menschen“, sagte Zimmermann. „Sie verdrehen die Zahlen so, dass eine ständige Katastrophe daraus wird“, warf

> STICHWORT

> Rentenversicherung Die Zuschüsse des Bundes an die Rentenkasse werden wegen des sinkenden Rentenbeitrags um fast 500 Millionen Euro gegenüber dem ersten Entwurf gekürzt. Mit knapp sechs Milliarden Euro beteiligt sich der Bund an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

> Arbeitslosengeld II Die Kosten für das Arbeitslosengeld II steigen um 900 Millionen Euro auf 20,10 Milliarden Euro.

> Arbeitsförderung Die Kosten des Bundes für die aktive Arbeitsmarktpolitik, die Eingliederung in Arbeit, liegen bei 3,9 Milliarden Euro.

Markus Kurth warf der Regierung einen „Tanz auf dem Vulkan“ vor. „Sie wollen vergessen machen, dass dem größten Zweig der Sozialversicherungen, der Rentenversicherung, in Zukunft großes Ungemach droht“, beklagte er. Die Finanzen der Rentenversicherung würden sich wegen des Rentenpaketes ab heute nur noch in eine Richtung bewegen, nämlich nach unten. „Sie ergaunern sich die Schwarze Null durch die Verschiebung von Lasten in die Sozialsysteme“, so sein Vorwurf. 2018 seien die Rücklagen der Rentenversicherung dann nahezu aufgebraucht, danach werden den Steuer- und Beitragszahlern die jährlichen Kosten von 10 Milliarden Euro präsentiert, empörte sich Kurth.

Berechenbare Haushaltspolitik „Was Sie hier beschreiben, hat mit dem, was wir machen, nichts zu tun“, warf Ewald Schurer (SPD) daraufhin dem Grünen-Abgeordneten vor. „Wir machen berechenbare Haushaltspolitik“, verteidigte Schurer den Haushaltsplan. Die Re-Finanzierung der Rentenversicherung hänge vom Grad der Beschäftigung und von der Produktivität unserer Volkswirtschaft ab. „Und wenn wir das weiter so gut hinbekommen, dann können wir sagen: In den nächsten zehn bis 20 Jahren halten wir unsere Sozialsysteme sauber und berechenbar.“ Schurer kritisierte in diesem Zusammenhang auch die Wirtschaftsweisen, die sich zuletzt ebenfalls kritisch zu den jüngsten Sozialreformen und deren Folgen geäußert hatten. „Ich will Sachverständige, die die Dinge sauber herleiten anstatt mit esoterischen Versatzstücken zu argumentieren“, ärgerte sich der Haushaltsexperte. Claudia Heine

Eltern profitieren

FAMILIE Schwesigs Etat steigt auf 8,52 Milliarden Euro

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) stehen 2015 noch einmal 538 Millionen Euro mehr zur Verfügung als im laufenden Jahr. Der Bundestag billigte den Etat des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Höhe von 8,52 Milliarden Euro am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Koalition gegen das Votum der Opposition. Der Haushaltsausschuss hatte den Regierungsentwurf (18/2000, 18/2002) während seiner Beratungen um 67 Millionen Euro aufgestockt (18/2823, 18/2824, 18/2825). Schwesig bezeichnete den Etat als Basis „einer modernen Gesellschaftspolitik“. So leiste das Elterngeld einen wichtigen Beitrag, um das Familien- und Berufsleben besser zu vereinbaren. Für das Elterngeld sind allein 5,55 Milliarden Euro eingeplant, 900 Millionen Euro für das Betreuungsgeld, 483 Millionen Euro für Kindergeld und Kinderzuschlag und 290 Millionen Euro für die Finanzierung des Unterhaltsvorschlusses. Weitere 155 Millionen Euro fließen an die Conterganstiftung und 92 Millionen Euro an die Stiftung „Mutter und Kind“. Somit sind bereit 88 Prozent des Etats in gesetzliche Leistungen für Familien gebunden. Kritik entzündete sich einmal mehr am Betreuungsgeld. Die Grünen forderten erneut

dessen Abschaffung. Das dadurch frei werdende Geld müsse in den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung investiert werden, sagte deren Familienpolitikerin Franziska Brantner. In einem Entschließungsantrag (18/3311), der mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD abgelehnt wurde, forderten die Grünen ein Sofortprogramm von 200 Millionen Euro für den Kita-Ausbau und ein weiteres Sofortprogramm von 800 Millionen Euro, um die Qualität der Betreuung in den Kitas zu verbessern. Dieser Forderung widersprach der CSU-Haushaltspolitiker Alois Rainer. Es gehe nicht an, den Familien vorzuschreiben, ihre Kinder in einer Kita betreuen zu lassen. Das Betreuungsgeld schaffe parallel zum Elterngeld eine echte Wahlfreiheit für junge Eltern bei der Kinderbetreuung. Auch die SPD-Haushaltspolitikerin Ulrike Gottschalk zeigte sich zufrieden mit dem Etat. Dieser sei zwar vor allem durch das Elterngeld geprägt, aber dieses habe sich auch bewährt. Für die Linksfaktion bemängelte deren Haushaltsexperte Michael Leutert, dass die Mittel von 40 Millionen Euro für die Jugendprogramme gegen Extremismus und Rassismus nicht ausreichen. Diese müssten auf mindestens 50 Millionen Euro aufgestockt werden. aw

Kostenfaktor Bafög

BILDUNG Der Etat umfasst 15 Milliarden Euro

Für den Bereich Bildung und Forschung stehen im Jahr 2015 15,27 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Bundestag verabschiedete am vergangenen Donnerstag den Etat von Ministerin Johanna Wanka (CDU), der 8,55 Milliarden Euro über dem Regierungsentwurf (18/2000, 18/2002, 18/2823) und zugleich 1,22 Milliarden Euro über den Ausgaben für 2014 liegt. Rund die Hälfte der Steigerung (625 Millionen Euro) geht in die ab 2015 geplante vollständige Übernahme der Bafög-Kosten durch den Bund. Ministerin Wanka zeigte sich erfreut, dass es trotz der „Schwarzen Null“ gelungen sei, den Einzelplan 30 um 8,7 Prozent zu steigern. „Das bedeutet: Erfolgreiche Konsolidierung und erfolgreiche Schwerpunktsetzung“, sagte sie. Kritik gab es von Seiten der Opposition. Ekin Deligöz (Grüne) sprach von „Tricks und leeren Versprechungen“. Rosemarie Hein (Die Linke) verwies darauf, dass mehr als die Hälfte der Mehrausgaben im Vergleich zum Vorjahr beim Bafög landen würden. „Sie gehen davon aus, dass die Länder

das gesparte Bafög-Geld für Bildung ausgeben. In der Hand haben Sie das aber nicht“, sagte sie. Anette Hübingler ließ die Kritik der Opposition nicht gelten. Die von Linken und Grünen vorgelegten Änderungsanträge seien sämtlich nicht gegenfinanziert, sagte die Unionsabgeordnete. Das Parlament habe die gute Regierungsvorlage „noch weiter verbessert“, sagte Swen Schulz und verwies auf 25 Änderungsanträge, die teils auch mit Zustimmung der Opposition beschlossen worden seien. Insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung habe man die aufgekommene Kritik angenommen und nachgebessert. Den Vorwurf, Änderungsanträge nicht gegenfinanziert zu haben, wies Ekin Deligöz zurück. „Wir haben im Verlauf der Haushaltsberatungen aufgezeigt, wo man einsparen kann“, sagte die Grünen-Abgeordnete. Was den Mittelaufwuchs im Bildungsbereich angeht, so fehle ihr der Glaube, sagte sie und urteilte: „Dieser Haushalt ist auf Sand gebaut.“ hau

Ein Museum für Berlin

KULTUR UND MEDIEN Etat steigt auf 1,34 Milliarden Euro

Kultur-Staatsministerin Monika Grütters (CDU) stehen im kommenden Jahr rund 1,34 Milliarden Euro zur Verfügung. Gegenüber 2014 ist dies ein leichter Anstieg um 50 Millionen Euro. Der Haushaltsausschuss hatte den Regierungsentwurf noch einmal um 118 Millionen erhöht. Die Vertreter aller Fraktionen begrüßten den Anstieg der Kulturausgaben einhellig. Moniert wurden von Seiten der Linksfaktion allerdings die Einsparungen bei der Filmförderung um zehn Millionen auf 50 Millionen Euro. Profitieren von den Erhöhungen werden unter anderem der Denkmalschutz und die Deutsche Welle. So stellt der Bund für die Substanzerhaltung und Restaurierung von Kulturdenkmälern mit nationaler Bedeutung 35 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind 29 Millionen mehr als im Regierungsentwurf veranschlagt. Der Auslandssender

erhält mit rund 293 Millionen Euro annähernd acht Millionen Euro mehr als geplant. Um fünf Millionen auf rund 16 Millionen Euro wurden zudem die Zuschüsse für Einrichtungen auf dem Gebiet der Musik, Literatur, Tanz und Theater erhöht. Für die Provenienzforschung insbesondere von nationalsozialistischer Raubkunst steigen die Mittel gegenüber dem Haushalt 2014 um zwei Millionen auf insgesamt sechs Millionen Euro. Zudem kann das neugeschaffene Deutsche Zentrum für Kulturgutverluste zukünftig auch institutionell gefördert werden. Auch die Verpflichtungsermächtigungen, mit denen Ausgaben in den Folgejahren abgesichert werden, wurden deutlich erhöht. So stehen in den kommenden Jahren bis zu 200 Millionen Euro für die Errichtung eines Museums für die Kunst des 20. Jahrhunderts in Berlin zur Verfügung. aw



Größes Etat soll zur Gesundheit der Staatsfinanzen beitragen

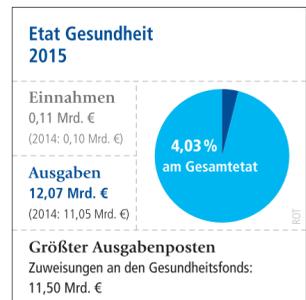
GESUNDHEIT Streit über gekürzten Bundeszuschuss geht weiter. Opposition beklagt falsche Weichenstellungen. Mehr Geld für die Ebola-Forschung

Die Opposition hält es für Trickserei, die Regierung für wirtschaftliche Vernunft. Was zunächst wie eine satte Anhebung um eine Milliarde Euro aussieht, ist faktisch eine Kürzung: Der Bundeszuschuss für den Gesundheitsfonds wird auch 2015 nicht das gesetzlich vorgesehene Niveau von 14 Milliarden Euro erreichen, sondern mit 11,5 Milliarden Euro deutlich darunter bleiben. Gleichwohl ist es eine Milliarde Euro mehr als 2014 in dem rund 12,06 Milliarden Euro schweren Einzelplan (18/2000; 18/2814). Stolze 8,5 Milliarden Euro trägt der Gesundheitsetat zwischen 2013 und

2015 über den gekürzten Bundeszuschuss zur Entschuldung des Bundeshaushalts bei, nach Ansicht der Opposition ist das mehr als fahrlässig angesichts der steigenden Gesundheitsausgaben. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) warf Grünen und Linken bei der Verabschiedung des Haushalts vergangene Woche vor, die Tatsachen zu verzerren und die Bevölkerung damit zu verunsichern. Die Polemik gegen den ausgeglichenen Haushalt zeige, dass die Opposition das Prinzip des solidarischen Gesundheitswesens nicht verstanden habe. Ein Haushalt ohne Neuverschuldung sei ein Signal der Generationengerechtigkeit. Mit dem Bundeszuschuss werden sogenannte versicherungsfremde Leistungen finanziert, also etwa die beitragsfreie Familienmitversicherung oder Aufwendungen für Schwangerschaft und Mutterschaft. Die ge-

ringeren Zuweisungen des Bundes werden ausgeglichen aus der milliardenschweren Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds, sodass weder Kassen noch Versicherte mit Abstrichen rechnen müssen. Gleichwohl ist die Opposition sauer, weil sie weiß, dass in der Gesundheitspolitik das Geld immer knapp ist. Gesine Lötzsch (Linke) monierte, der Finanzminister greife hier zu, um mit der „Schwarzen Null“ in die Geschichte einzugehen. Derweil seien höhere Krankenkassenbeiträge absehbar, während die Arbeitgeber entlastet würden. Auch Maria Klein-Schmeink (Grüne) ging auf die Finanzreform ein, die ab 2015 mit einem geringeren Beitragssatz von 14,6 Prozent, aber möglichen Zusatzbeiträgen greift. Dass mit der Festschreibung der Arbeitgeberbeiträge künftige Kostensteigerungen nur noch von den Arbeitnehmern getragen würden, sei ein Beleg für eine un-

soziale und unseriöse Politik. Gröhe lege damit die Axt an die Solidarität im Gesundheitssystem. Schon eher im Sinne der Opposition war die kurzfristige Aufsto-



ckung des Einzelplans um rund elf Millionen Euro, eine Reaktion unter anderem auf die grassierende Ebola-Krise in Westafrika. Wie Petra Hinz (SPD) erläuterte, wird mehr Geld für die Erforschung von Infektionskrankheiten bereitgestellt. Mit mehr Geld soll außerdem die Drogenprävention gestärkt werden, auch dies ein hochbrisantes und aktuelles Thema, zumal unlängst in Leipzig rund drei Tonnen des Grundstoffs für die gefährliche Designerdroge Crystal Meth sichergestellt wurden. Für die Kindergesundheits soll zudem mehr getan werden mit einem Programm gegen Fettleibigkeit (Adipositas). Gröhe plant ohnehin ein umfassendes Präventionsgesetz für Kinder, Erwachsene und alte Leute, um Volkskrankheiten wie Diabetes einzudämmen.

mehr zu verwalten statt zu gestalten. Sie rügte, mit dem umstrittenen Pflegevorsorgefonds und dem privaten Pflegezusatzversicherung (Pflege-Bahr) werde viel Geld verschleudert. Gröhe verzettelte sich im Kleinklein, statt klare Linien aufzuzeigen. Es sei nun aber lange genug herumgedoktert worden in der Gesundheitspolitik. Abgeordnete der Union nutzten die Aussprache, um an die Sterbehilfedebatte vor zwei Wochen im Bundestag anzuschließen. Hubert Hüppe (CDU) sprach sich dafür aus, jetzt vorrangig an einer raschen Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung zu arbeiten, bevor weitergehende rechtliche Fragen behandelt würden. Wie Hüppe plädierte auch Reiner Meier (CSU) dafür, die Hospiz- und Palliativversorgung finanziell zu stärken, um eine menschenwürdige Begleitung bis zum Ende zu ermöglichen. Claus Peter Kosfeld





Werben um Nachwuchs: Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) weihte Mitte November den ersten „Showroom der Bundeswehr“ ein. Dort sollen Interessenten über Karrieremöglichkeiten in der Truppe informiert werden.

© picture-alliance/dpa

Etat des Justizressorts aufgestockt

JUSTIZ Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz erhält 2015 mehr Geld. Der Haushaltsplan sieht für das Ministerium mit dem kleinsten Budget aller Bundesministerien (Einzelplan 07) insgesamt 695 Millionen Euro vor. Nach der Empfehlung des Haushaltsausschusses (18/2807) wurde der Justizetat um 47 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Der Bundestag folgte der Empfehlung und votierte vergangene Woche mit den Stimmen der Regierungskoalition für den Einzelplan. Größter Posten bleiben die Personalkosten mit 443 Millionen Euro. Den Ausgaben stehen Einnahmen von 488,63 Millionen Euro gegenüber, größtenteils durch Patentgebühren und Bußgelder. Justizminister Heiko Maas (SPD) hob in seiner Rede die Erfolge seines Ministeriums hervor. Als Beispiel nannte er die Mietpreispbremse und die Verschärfung des Sexualstrafrechts. Für 2015 kündigte Maas unter anderem ein Antidopinggesetz an. Roland Claus (Die Linke) forderte den Minister auf, eine Justizreform voranzubringen, „die den Namen auch verdient“. Allerdings lobte er, dass die Mittel für das Deutsche Patent- und Markenamt erhöht wurden. Kaum Positives fand dagegen Renate Künast (Grüne). Sie verglich den Minister mit dem tapferen Schneiderlein, der sich gut verkaufen könne, aber wenig erreicht habe. Besonders kritisierte sie die Pläne für die Frauenquote. Diese seien noch auf dem Stand der letzten Legislaturperiode. Klaus-Dieter Gröhler (CDU) sagte, der Etat des Ministeriums sei „sehr klein, aber auch sehr wichtig“. Rechtsstaatlichkeit sei ein Standortvorteil und daher eine Erhöhung des Justizetats wohl begründet. Dennis Rohde (SPD) lobte, dass der Generalbundesanwalt mehr Mittel erhalten soll. Zudem zeige der Etat, dass Verbraucherschutz bei der Regierung gut aufgehoben sei. Ebenfalls debattiert und vom Bundestag einstimmig beschlossen wurde der Etat des Bundesverfassungsgerichts (18/2817, Einzelplan 19). Für dieses sind 33,32 Millionen Euro vorgesehen, 12,74 Millionen Euro weniger als 2014. *jbb*

Die Truppe rüstet nach

VERTEIDIGUNG Koalition will mehr und modernere Panzer. Opposition kritisiert Beschaffungspolitik

Die öffentliche Diskussion der vergangenen Monate über die desolote Ausrüstungssituation hat ihre Spuren im Wehretat 2015 hinterlassen. Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) im Sommer dieses Jahres noch die Kröte einer globalen Minderausgabe in Höhe von 400 Millionen Euro schlucken, die ihr die Haushaltspolitiker des Bundestages verpasst hatten, so durfte sie sich in der vergangenen Woche über einen Zuschlag freuen. Mit dem durch den Bundestag verabschiedeten Bundeshaushalt erhöhen sich die Verteidigungsausgaben gegenüber diesem Jahr um 539 Millionen Euro auf 32,97 Milliarden Euro (18/2000, 18/2813, 18/2823). „Das ist ein Erfolg“, sagte die Ministerin. Der Haushaltsausschuss hatte den Regierungsentwurf für den Wehretat während seiner Beratungen noch einmal um 714 Millionen Euro erhöht. Deutlich hochgesetzt – um 2,4 Milliarden auf 8,64 Milliarden Euro – wurden auch die Verpflichtungsermächtigungen. Diese erlauben es dem Ministerium, mit der Industrie Verträge über zukünftige Lieferungen abzuschließen. So soll die Bundeswehr nach dem Willen der Koalition beispielsweise 131 zusätzliche Radpanzer vom Typ „Boxer“ erhalten. Die bisherigen Planungen hatte die Anschaffung von insgesamt 272 „Boxern“ vorgesehen, jetzt sollen es 403 werden. Zudem soll die Entwicklung eines Nachfolgemodells für den Kampfpfänger „Leopard 2“ geprüft werden. Ministerin von der Leyen und die Koalitionsfraktionen begründeten dies mit der

angespannten Sicherheitslage. „Es gibt Konflikte mit altbekannten Gesichtern: Landnahme durch Militär, Destabilisierung, Einschüchterung ganz Osteuropas durch Russland“, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte (CDU). Die „Zeit der Friedensdividende“ sei „vorbei“, und im Haushalt seien „die notwendigen Konsequenzen gezogen worden“, fügte er an.

KPMG-Gutachten Auch die SPD-Haushaltsexpertin Karin Evers-Meyer verteidigte die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen als Beitrag zur „Konsolidierung des Beschaffungsbereichs“. Ministerin von der Leyen habe den „richtigen Weg eingeschlagen“. Mit dem von ihr in Auftrag gegebenen Gutachten der Unternehmensberatung KPMG zu den größten Rüstungsprojekten liege eine „präzise Handlungsgrundlage“ mit „deutlichen Arbeitsaufträgen“ vor. Diese müssten aber auch umgesetzt werden

und dürften nicht „politisch wegdiskutiert“ werden, mahnte Evers-Meyer. Für die Beschaffung von neuem Material und Anlagen sowie für den Erhalt stehen den Streitkräften im kommenden Jahr 9,52 Milliarden Euro zur Verfügung. Rund die Hälfte des Wehretats werden mit 16,37 Milliarden Euro weiterhin die Personalkosten für Soldaten und Zivilangestellte bilden. Die Personalkosten waren gegenüber dem Regierungsentwurf um 830 Millionen Euro nach oben korrigiert worden. Zum einen, um den neuen Tarif und Besoldungsabschlüssen Rechnung zu tragen, zum anderen um das Attraktivitätsprogramm für die Bundeswehr zu finanzieren. Dies soll noch in diesem Jahr in Form eines Gesetzes vom Bundestag verabschiedet werden. Die Opposition wollte die Freude der Ministerin und der Koalition nicht teilen – im Gegenteil. Das Ministerium sei „eine riesengroße Baustelle“, auf der „auch noch Chaos“ herrsche, befand der Haushaltsexperte der Linken, Michael Leutert. Und der Verteidigungs- und Haushaltspolitiker der Grünen, Tobias Lindner, beschied, der Wehretat sei „in Zahlen gegessene Planlosigkeit“. Ministerin von der Leyen habe es seit ihrem Amtsantritt vor rund einem Jahr noch immer nicht geschafft, die Verteuerungen und Verspätungen bei den großen Rüstungsprojekten in den Griff zu bekommen.

Leutert führte als Beispiele den Transporthubschrauber „NH 90“ und das Kampfflugzeug „Eurofighter“ an. Trotz der bekannten technischen Probleme bei beiden Systemen seien im kommenden Jahr 271 Millionen Euro für die Beschaffung

des „NH 90“ und 539 Millionen Euro für den „Eurofighter“ bewilligt worden. Jeder vernünftig denkende Haushälter aber müsste sagen: „Stopp! Kein Geld für Schrott. Wir müssen diese Gelder sperren.“

Lindner kritisierte die Pläne der Koalition, den „Boxer“-Fuhrpark zu vergrößern und einen neuen Kampfpfänger entwickeln zu lassen. Gleichzeitig werde der Materialerhalt vernachlässigt. *Alexander Weinlein*

Anzeige

Schaffen Sie Verbindungen! OECKL. Ihr Politik-Kontakter



© fotomek / Fotolia.com

Bundestag Bundesregierung
Sachverständigenrat für Verbraucherfragen
Referatsleiter Landtage
Kommunen
Bundesamt für kerntechnische Versorgung
Kommission hoch radioaktiver Abfälle

Professionelle öffentliche Kommunikation braucht die richtigen Kontakte:
Die OECKL-Medien stellen die relevanten Akteure des öffentlichen Lebens vor - in Deutschland und Europa.
Sie erreichen Führungsspitzen und Pressereferenten für Ihre direkte Kontaktaufnahme.



Deutschland
Buch / CD / Online



Europa
Buch / CD / Online



Adress-Services

www.oeckl.de



Bleiben Sie auf dem Laufenden
Parlamentsgezwitscher
mit OECKL_Politik

FESTLAND VERLAG
Postfach 20 05 61 - 53135 Bonn
Tel. (02 28) 36 20 21 - Fax (02 28) 35 17 71
Mail: verlag@oeccl.de
www.oeccl.de
www.oeccl-online.de

OECKL - Die Basis für politisch-gesellschaftliche Kontakte

Wenn der Minister froh und dankbar ist

INNERES Der Haushaltsausschuss hat de Maizières Etat deutlich aufgestockt

Nicht immer gibt ein Bundesinnenminister in Haushaltsdebatten des Bundestages den Abgeordneten einen Einblick in seine aktuelle Stimmungslage. Vergangene Woche aber bekannte Ressortchef Thomas de Maizière (CDU) gleich zu Beginn seiner Rede, die Abgeordneten sähen einen „fröhlichen und dankbaren Innenminister vor sich“. Zu Frohsinn und Dankbarkeit hatte de Maizière durchaus Grund; schließlich hat der Haushaltsausschuss dem Etat des Bundesinnenministeriums für 2015 fast 460 Millionen Euro mehr zugeschlagen als im Regierungsentwurf vorgesehen. So umfasst

der vom Bundestag beschlossene Innen-Etat (18/2000, 18/2806, 18/2823, 18/2824) 2015 ein Ausgabenvolumen von gut 6,19 Milliarden Euro. Im Regierungsentwurf waren für das Ressort noch Ausgaben in Höhe von gut 5,73 Milliarden Euro vorgesehen nach einem Soll von knapp 5,9 Milliarden Euro im laufenden Jahr. Schon der Regierungsentwurf sah vor, für den Bereich der Sicherheitsbehörden rund zwei Drittel der Ausgaben des Innen-Etats aufzuwenden. Nach den Beratungen des Haushaltsausschusses werden nun etwa bei der Bundespolizei 406 neue Stellen für Polizeivollzugsbeamte geschaffen „und zusätzlich die Bundespolizei umfangreich mit Personal- und Sachmitteln ausgerüstet“, wie der CSU-Abgeordnete Reinhard Brandl sagte. Mehr Geld erhält auch das Bundesamt für Verfassungsschutz, dessen Etat um gut 21 Millionen Euro und damit um rund zehn Prozent auf rund 231 Millionen Euro aufgestockt wird. Wie Brandl verwies auch der SPD-Parlamentarier Martin Gerster darauf, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 350 zusätzliche Stellen erhalten soll, nachdem es bereits mit dem Etat des laufenden Jahres 300 neue Stellen bekam. Gerster sprach von einem „klaren Signal“, dass man Asylsuchende und Flüchtlinge unterstütze.

Deutliche Kritik am Innen-Etat kam von der Opposition, auch wenn für Die Linke ihr Fraktionsvize Dietmar Bartsch konstatierte, man habe „in den Beratungen – auch mit den Haushältern von CDU/CSU und SPD – einiges durchsetzen“ können. Gleichwohl sei es ein „unterfinanzierter Etat“, mit dem niemand eine „verantwortungsvolle und wirkungsvolle Sicherheitspolitik in Deutschland betreiben“ könne. Die Grünen-Parlamentarierin Anja Hajduk monierte, in der Flüchtlingspolitik werde der Innen-Etat „der Realität und den Herausforderungen definitiv noch nicht gerecht“, auch wenn die Koalition hier „an manchen Stellen etwas getan“ habe. De Maizière ließ sich von solcher Kritik die Laune nicht verderben. Die Regierung habe in ihrem Entwurf „schon etliche Verbesserungen vorgenommen“ und der Haushaltsausschuss „an den richtigen Stellen noch viel draufgepackt“, lobte er: „Das ist wirklich gut.“ *Helmut Stoltenberg*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

Etat Inneres 2015

Einnahmen
0,44 Mrd. €
(2014: 0,41 Mrd. €)

Ausgaben
6,19 Mrd. €
(2014: 5,90 Mrd. €)



Größter Ausgabenposten
Personalausgaben: 3,46 Mrd. €



Die Lkw-Maut, die mit Mautbrücken erhoben wird, bringt jährlich mehr als drei Milliarden Euro. Das Verkehrsministerium will der Vertrag mit dem Betreiber Toll Collect bis 2018 verlängern.

© picture-alliance/dpa

Programm für ländliche Entwicklung

LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHER

Mit 5,35 Milliarden Euro kann Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) im kommenden Jahr rechnen. Der Bundestag hat am Donnerstag den Agrarplan (Einzelplan 10; 18/2810, 18/2823, 18/2824, 18/2825) mit einem Aufschlag von rund 40 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr beschlossen. Davon profitieren das neu in den Haushalt aufgenommene Bundesprogramm für ländliche Entwicklung mit zehn Millionen Euro und eine Investitionssteigerung von 20 Millionen Euro im Bereich des Hochwasserschutzes. Obwohl das Budget über fünf Milliarden Euro betrage, kritisierte Karin Binder (Die Linke), dass nur 200 Millionen Euro für die Ernährung und den gesundheitlichen Verbraucherschutz vorgesehen seien. „Gute Schulkantinen sind in Deutschland noch immer Mangelware“, kritisierte sie. Kinder aus armen Familien würden auf das Gemeinschaftsessen verzichten, weil ihre Familien nicht um Almosen betteln wollen. Deshalb forderte sie die Aufstockung des Haushalts um 1,76 Milliarden Euro zur Finanzierung einer flächendeckenden gebührenfreien Tagesverpflegung. Dazu legte die Linksfaktion einen Änderungsantrag (18/3303) vor.

Hilfe für Schulen Der Forderung erteilte Minister Schmidt eine Absage: „Das würde die Bund-Länder-Finanzierung auf den Kopf stellen.“ Er entgegnete der Kritik, dass weiterhin die Schulnetzstellen finanziert würden, die Schulen und Kitas bei der Gestaltung eines Verpflegungsangebots unterstützen. Initiative bewirkt der Bereich „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), der um 20 Millionen Euro auf nun 620 Millionen Euro erhöht werde. „Damit soll eine Lehre aus den vergangenen Hochwasserkatastrophen gezogen werden“, sprang Cajus Caesar (CDU) dem Minister bei. Die Mittel seien für länderübergreifende Maßnahmen vorgesehen und sollen in den nächsten Jahren erhöht werden.

Der Aufwuchs von 20 Millionen Euro für die GAK war den Grünen zu wenig. Zehn Mal mehr forderte Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen) und warb für einen Änderungsantrag seiner Fraktion (18/3304). Im Sinne einer Ökologisierung sollen 200 Millionen Euro zur Unterstützung kleiner und mittlerer Agrarbetriebe ausgegeben werden.

Sein Fraktionskollege Friedrich Ostendorff forderte eine Kehrtwende in der Landwirtschaftspolitik, denn „der derzeitige Milchpreis von 30 Cent und darunter bringt viele Betriebe in Existenznot.“ Das Heil in der Steigerung des Exports zu suchen, wie es die Regierung befördere, werde die Probleme nicht lösen, denn der Weltmarkt fordere die Produkte nicht.

Für die SPD forderte Ulrich Freese ein, dass sich die Regierung, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, der Neuregelung der Hofabgabeklausel widmen müsse. Die Hofabgabe dürfe nicht mehr Voraussetzung für den Bezug einer Regelalterrente für Landwirte sein. Freese versprach sich davon eine Einkommensverbesserung der Bauern bei Weiterführung des Betriebs, um aus einem Teil ihrer Armut mit den von ihnen eingezahlten Beiträgen zu entkommen. Die Abgeordneten stimmten dem Einzelplan in zweiter Lesung gegen das Votum der Opposition zu. Die Änderungsanträge der Opposition wurden mit der Mehrheit der Stimmen von CDU/CSU und SPD abgelehnt.

Jan Eisel

»Geld allein reicht nicht«

VERKEHR UND DIGITALE INFRASTRUKTUR 13 Milliarden Euro für Investitionen

Der Verkehrshaushalt – eine Frage des Glaubens? Jedenfalls versicherte Roland Claus (Die Linke) während der Debatte über den Etat 2015: „Da lob ich mir doch meine Glaubensgemeinschaft der Linken.“ Er hatte zuvor über „christliche Nächstenliebe“ in Sonderheit zwischen CDU und CSU sinniert. Sie ende „oft schon an den Grenzen der Schwesterpartei“: ob beim CSU-Kampf gegen Stromtrassen mit nur bayrischem Blickwinkel, ob bei „Eingriffen des Finanzministers in den Etat des CSU-Ministers Dobrindt“.

Das rief Eckhart Rehberg (CDU) auf den Plan. Er gehöre lieber seiner Fraktion an als einer „obskuren Glaubensgemeinschaft“. Vier Milliarden mehr im Verkehrsetat bis Ende der Legislaturperiode, und zwar ohne Steuererhöhungen und neue Schulden: „Das unterscheidet uns von der Glaubensgemeinschaft der Linken.“

Haushaltswende Alexander Dobrindt (CSU), Minister für Verkehr und digitale Infrastruktur, stufte die Haushaltswoche im Bundestag als „historisch“ ein – gekennzeichnet durch „Haushaltswende“ und „Investitionswende“. Sein Etat umfasst im nächsten Jahr Ausgaben in Höhe von 23,13 Milliarden Euro (2014: 22,86 Milli-

Etat Verkehr und digitale Infrastruktur 2015

Einnahmen
5,83 Mrd. €
(2014: 5,19 Mrd. €)

Ausgaben
23,28 Mrd. €
(2014: 22,86 Mrd. €)

Größter Ausgabenposten
Investitionen: 12,78 Mrd. €



arden Euro). Auf der Einnahmeseite sind 4,4 Milliarden Euro durch die Lkw-Maut veranschlagt – dieselbe Summe wie in diesem Jahr. Der Verkehrshaushalt beinhalte 13 Milliarden Euro an Investitionen, und zwar ohne neue Schulden, strich Dobrindt heraus. Investitionen in die Infrastruktur seien ein „Wohlfahrtsprogramm“. Den Grünen hielt er vor, die „Erfinder der Investitions- und Infrastrukturlaute“ zu sein, wie an ihrer Regierung in Baden-Württemberg abzulesen sei. Die beabsichtigte Infrastrukturabgabe für Pkw werde zudem mehr Gerechtigkeit schaffen. Die in diesem Zusammenhang geäußerte Kritik der Grünen an der Daten-

erfassung nannte er eine „unglaubliche Heuchelei“. Gerade sie wollten ja den „gläsernen Autofahrer“ mit gestaffelten Mautsätzen etwa nach Häufigkeit und Tageszeit der Straßennutzung. Bei der Lkw-Maut veränderte sich die Verlängerung des Vertrags mit Toll Collect. Dadurch würden die gegenwärtigen Einnahmen gesichert.

Dynamischer Ausbau Der Minister verwies auf eine „Dynamik im Breitbandausbau“, die durch die Zusammenarbeit von Staat und privaten Unternehmen befördert werde. Zugleich gehe es darum, digitale Anwendungszustände zu entwickeln. Er versprach: „Wir werden gemeinsam das digitale Wirtschaftswunder in Deutschland schaffen.“

Eingangs der Debatte hatte Roland Claus erklärt, in der Diskussion über mehr Investitionen gehe es der Linkspartei „nicht um neue Schulden“, sondern um „gerechte Besteuerung“. Rundweg als „falsch“ lehnte er die Pkw-Maut ab: „Beenden Sie diese Geisterfahrt“, forderte er Dobrindt auf. Im Digital-Bereich gebe es zwar viele Regierungsprogramme, denen aber eines gemeinsam sei: Nirgendwo stehe das Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur darauf. Rehberg strich heraus, dass der Verkehrsetat nicht zuletzt mehr Geld für Radwege, Lärmschutz und Verkehrssicherheit vorsehe. Zudem werde Vorsorge getroffen, dass „in die Schiene mehr investiert werden

kann“. Mehr Geld für die Infrastruktur allein, das reiche nicht aus, befand Rehberg. Es komme auch auf Kostentransparenz an. Dass nunmehr die Ausgaben im Bereich Straßen, Wasserstraßen, Schienen gemeinsam im Verkehrsetat abgebildet würden, sei ein „Paradigmenwechsel“.

Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen) hielt Dobrindt vor, er habe sich vornehmlich um die Pkw-Maut gekümmert, die aber keines der zentralen Probleme im Verkehrsbereich löse – vom unterfinanzierten Nahverkehr über marode Brücken und Klimaschutz bis zu Kostenexplosionen bei Großprojekten wie dem Berliner Flughafen. Der Minister sei eben „noch nicht in seinem Amt angekommen“ und mache „viel zu viel Parteipolitik“. Kindler warf Dobrindt vor, sich Antworten zu Vignetten-Fragen zu verweigern: „Schaffen Sie Klarheit!“ So kämen aus der Wissenschaft Hinweise auf ein „Nullsummenspiel“. Überdies sprach der Grünen-Politiker Datenschutzprobleme im Zusammenhang mit der Pkw-Maut. Der „beste Datenschutz“ sei aber „Datenarmut“.

Steigerung gelobt Bettina Hagedorn (SPD) lobte die Steigerung im Verkehrsetat, die „dringend erforderlich“ sei und „weiter verstetigt“ werde. Freilich: Mehr Geld allein reiche nicht. Es müsse vielmehr darum gehen, „zielgerichtet und effizient Nadelöhre zu beseitigen.“ Sie wies darauf

hin, dass bei den Ausschussberatungen „erhebliche Umschichtungen“ zugunsten des Lärmschutzes vorgenommen worden seien. Das bedeute unter anderem mehr Akzeptanz für neue Schienentrassen. Einen weiteren Schwerpunkt hätten die Abgeordneten auf den Radwege-Ausbau gelegt. Hagedorn war der Hinweis wichtig, dass neben dem Gesetz zur Pkw-Maut gleichzeitig auch das Gesetz zur Entlastung von der Kraftfahrzeugsteuer vorgelegt werde. Und beide müssten dem Kriterium der Euro-Konformität genügen, meinte sie in Richtung Dobrindt. Die Mittel für den Straßenausbau müssten in „national priorisierte Projekte“ gesteckt werden. Das Geld dürfe „nicht in Ortsumgehungen verplempert“ werden.

Anträge abgelehnt Die Akzente der Opposition zum Einzelplan fanden auch Niederschlag in ihren Entschließungsanträgen, die abgelehnt wurden. Darin spricht sich Die Linke gegen eine Verlängerung des Vertrags mit Toll Collect (18/3322), gegen eine Pkw-Maut (18/3323) und gegen Kürzungen bei den Mitteln für Schienenwege (18/3324) aus. Die Grünen verlangen ein Klimaschutzprojekt für den Verkehrssektor (18/3325) und beim Breitbandausbau Zuschüsse für Regionen mit Wirtschaftlichkeitslücken und zinsgünstige Darlehen für private Unternehmen (18/3326).

Franz Ludwig Averdunk

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Direkt
zum E-Paper

Das 40-Prozent-Ziel fest im Visier

UMWELT Ministerin Hendricks (SPD) kann 190 Millionen Euro mehr ausgeben als 2014. Kürzungen gibt es beim Wohngeld

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) kann im Jahr 2015 rund 3,86 Milliarden Euro ausgeben. Der Bundestag beschloss vergangene Woche mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen den Haushalt für den Bereich Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (18/2815, 18/2823). Im Einzelplan 16 sind damit 187,89 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr vorgesehen. Verglichen mit dem Regierungsentwurf (18/2000, 18/2002) bedeutet der gefasste Beschluss jedoch ein Minus von 50 Millionen Euro.

Mittel für Rußpartikelfilter Wie schon im Vorjahr entfällt in Hendricks Etat der größte Teil der Ausgaben auf das Kapitel Wohnungswesen und Städtebau. Im Verlauf der Haushaltsberatungen gab es hier aber auch die größte Kürzung. So sind für das Wohngeld statt 630 Millionen Euro 100 Millionen Euro weniger vorgesehen. Eine Streichung, die Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen) als „nicht akzeptabel“ bezeichnete. Christian Hirte (CDU) räumte zwar ein, dass die 100 Millionen Euro weniger „vielleicht beherzt aussehen“. Der Mittelabfluss in diesem Jahr zeige aber, dass man damit zurecht kommen könne. Der Unionsabgeordnete kritisierte seinerseits die Grünen. Diese würden zwar un-

Etat Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 2015

Einnahmen
0,72 Mrd. €
(2014: 0,77 Mrd. €)

Ausgaben
3,86 Mrd. €
(2014: 3,67 Mrd. €)

Größter Ausgabenposten
Wohnungswesen und Städtebau: 2,28 Mrd. €



entworf vor dem Klimawandel warnen, hätten aber im Bundesrat der steuerlichen Förderung der Gebäudesanierung nicht zugestimmt. „Hätten Sie das getan, wären wir hier schon viel weiter“, sagte Hirte. Neu im Etat finden sich Zuschüsse in Höhe von 30 Millionen Euro zum Kauf von Rußpartikelfiltern. Nach Ansicht von Steffen Claudio Lemme (SPD) eine „sehr sinnvolle“ Entscheidung, erst recht vor dem Hintergrund, dass die EU Deutschland gerade erst wegen zu hoher Feinstaubbelastung gerügt habe. Keine Abstriche, das machte der SPD-Abge-

ordnete deutlich, gebe es beim Ziel, bis 2020 40 Prozent Kohlendioxid im Vergleich zu 1990 einzusparen. „Das ist ein Kraftakt, den wir aber schaffen werden“, stellte er klar.

Auch Umweltministerin Hendricks, die von einem „zukunftsweisenden Haushalt“ sprach, sicherte zu: „Wir werden das 40-Prozent-Ziel tatsächlich einhalten können.“ Noch in dieser Woche werde das Bundeskabinett ein Klima-Aktionsprogramm mit zusätzlichen Maßnahmen verabschieden, in dem „wir das alles sauber nachweisen können“.

»Enttäuschende Bilanz« Kritik gab es von der Opposition, die den Haushalt ablehnte. Hubertus Zdebel (Die Linke) warf Hendricks mit Blick auf die umstrittene Gas-Fördermethode Fracking einen „Kniefall vor den Konzernen“ vor und bemängelte, dass sich der Umweltschutz der Wirtschaftspolitik unterordnen müsse. Der Haushalt zeige erneut, dass es keine gute Entscheidung für den Umweltschutz gewesen sei, die Energiepolitik beim Wirtschaftsministerium anzusiedeln, befand er. „Es hängt jetzt vom Wirtschaftsminister ab, ob dem Klimaschutz Vorrang gegeben wird oder eher den wirtschaftlichen Interessen der Braunkohle-Lobby.“

Das Umweltministerium, so Zdebels Kritik, könne allenfalls noch Vorschläge machen, habe aber keine echte Handhabe mehr. Die Vorsitzende des Umweltausschusses, Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen), sprach von einer enttäuschenden Bilanz des Wirkens der Umweltministerin. Wie Zdebel kritisierte sie ihr Handeln in Sachen Fracking. Zwar bekundete Hendricks immer wieder, dieses verhindern zu wollen. „Tatsächlich machen sie aber mit Ihrem Gesetz die Tür für Fracking auf“, warnte die Grünen-Abgeordnete.

Hendricks hatte Mitte November einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der kommerzielles Fracking unter strengen Auflagen frühestens ab 2019 erlauben will. Hendricks verteidigte das Gesetz. „Hier steht der Schutz des Trinkwassers über allen anderen Interessen“, versicherte sie. Nur dort, wo es nach vielfältiger Prüfung keine Bedenken gebe, könne es vereinzelt zu „unkonventionellem Fracking“ kommen.

Götz Hausding

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Zuschuss für Klimafonds möglich

HAUSHALT Der Energie- und Klimafonds (EKF) kann jährlich einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt erhalten. Dies beschloss der Bundestag vergangene Woche bei den Haushaltsberatungen 2015, in dem er einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/2443) auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (18/2658) in geänderter Fassung annahm. Dafür stimmten die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD; die Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/ Die Grünen votierten dagegen.

Die Maximalmehrausgaben sollen im kommenden Jahr 781 Millionen Euro, im Jahr 2016 höchstens 848,5 Millionen Euro und 2017 maximal 826 Millionen Euro betragen. 2018 könnten es nach dem Gesetzentwurf bis zu 836 Millionen Euro sein.

Seit 2012 finanziert sich der Energie- und Klimafonds wesentlich aus den Erlösen aus der Versteigerung von Berechtigungen zum Ausstoß von Treibhausgasen (sogenannte CO₂-Zertifikate), heißt es im Gesetzentwurf. Die Preise für CO₂-Zertifikate seien jedoch seit 2012 „deutlich“ gefallen. Die geringeren Einnahmen des Energie- und Klimafonds würden daher derzeit nicht ausreichen, den notwendigen Finanzierungsbedarf des Fonds zu decken, so dass eine Stärkung der Einnahmeseite erforderlich sei.

Die Koalition betonte, dass mit dem möglichen Zuschuss Klarheit über die Finanzierung geschaffen werde. Das diene der Beschleunigung der Energiewende. Demgegenüber hielt die Linksfraktion den Fonds „grundsätzlich“ für falsch und die Grünen kritisierten die Intransparenz. Sie schlugen vor, den Fonds aufzulösen.

Auf Antrag der Koalition löste der Bundestag den Erblastentilgungsfonds und den Ausgleichsfonds Währungsumstellung auf. Begründet wurde dies mit einem deutlich zurückgegangenen Aufgabenumfang und der nur noch untergeordneten finanziellen Relevanz dieser beiden Fonds. *Michael Klein*



Freier Handel fördert das Wachstum, aber die Regulierung im Detail ist umstritten.

© picture-alliance

KURZ NOTIERT

Bundesrats-Etat steigt im kommenden Jahr leicht

Der Etat des Bundesrates steigt von 23 Millionen Euro in diesem Jahr auf 23,81 Millionen Euro im Jahr 2015. Dabei steigen die Personalausgaben von 14,55 Millionen Euro auf 15,08 Millionen Euro. Für sämtliche Verwaltungsausgaben stehen 8,15 Millionen Euro (2014: 7,89) zur Verfügung. Für Investitionen sind nach 240.000 Euro im Haushaltsjahr 2014 im kommenden Jahr 245.000 Euro vorgesehen. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) stehen für die Länderkammer 329.000 Euro (326.000 Euro) bereit. *mik*

BRH: Weniger Geld für die Prüfungsämter eingeplant

Die Ausgaben des Bundesrechnungshofes steigen 2015 auf 136,03 Millionen Euro (2014: 135,99 Millionen Euro). Davon ist der weitaus größte Teil für Personalausgaben vorgesehen, die von 113,35 Millionen Euro leicht auf 112,69 Millionen Euro fallen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben steigen von 17,02 Millionen Euro auf 16,84 Millionen Euro. Die Investitionen fallen von 1,98 Millionen Euro auf 1,56 Millionen Euro. Die Zuweisungen und Zuschüsse steigen von 3,64 Millionen Euro auf 4,94 Millionen Euro. Für die sieben Prüfungsämter des Bundes mit Sitz in Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Koblenz, München und Stuttgart betragen die Ausgaben 36,15 Millionen Euro (37,56 Millionen Euro). Bei den parlamentarischen Beratungen gab es lediglich eine kostenneutrale Verschiebung von 150.000 Euro bei der Aus- und Fortbildung. *mik*

Zinszahlungen gehen immer weiter zurück

Nach den parlamentarischen Beratungen betragen die Gesamtausgaben bei der Bundesschuld 2015 rund 26,78 Milliarden Euro. Damit senkten die Abgeordneten gegenüber dem Regierungsentwurf die Ausgaben um 1,38 Milliarden Euro. In diesem Jahr sollen die Ausgaben bei der Bundesschuld 28,55 Milliarden Euro betragen. Die größten Veränderungen gab es bei der Verzinsung. Zwar sollen die Zinszahlungen für Bundesanleihen gegenüber dem Regierungsentwurf von 20,95 Milliarden Euro auf 21,49 Milliarden Euro steigen; dafür werden an Disagio auf Bundesanleihen statt 1,58 Milliarden Euro nur noch 34 Millionen Euro eingesetzt. Der Schuldendienst soll danach insgesamt rund 25 Milliarden Euro (27,62 Milliarden Euro) betragen. Für Investitionen sind 1,15 Milliarden Euro (900 Millionen Euro) vorgesehen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben sollen auf 42 Millionen Euro steigen. *mik*

Der starke Kern

WIRTSCHAFT Koalition warnt Opposition vor Krisengerede. Minister Gabriel kämpft für den Freihandel

Mit seinem massiven Einsatz für das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) hat Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) in der Bundestagsdebatte zum Wirtschaftsetz für eine Überraschung gesorgt. Abweichend von seiner vorbereiteten Rede zu Wirtschaftsdaten und Konjunktur-entwicklung ging Gabriel auf die zuvor geäußerte Kritik der Opposition direkt ein und verteidigte den freien Welthandel und dessen Regelung durch Freihandelsabkommen, wie es zum Beispiel die Europäische Union mit Kanada verhandelt hat. Die öffentliche Daseinsvorsorge in Deutschland (zum Beispiel die kommunale Wasserversorgung) sei vom CETA-Abkommen ausgeschlossen. Und es sei auch beabsichtigt, die öffentliche Daseinsvorsorge aus dem mit den USA beabsichtigten TTIP-Abkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership) auszuschließen, sagte Gabriel. Die von der Opposition kritisierten Schiedsgerichte zum Schutz von Investitionen hätten im Abkommen mit Kanada eine eher schwache Wirkung.

Etat Wirtschaft und Energie 2015

Einnahmen
0,46 Mrd. €
(2014: 0,63 Mrd. €)

Ausgaben
7,31 Mrd. €
(2014: 7,42 Mrd. €)

Größter Ausgabenposten
Zuschüsse für Gebäudesanierung:
1,22 Mrd. €



Erneuerung seiner Wirtschaft einzusetzen, ist es um diesen Staat nicht gut bestellt“, beklagte Claus. Zum Freihandel sagte er: „Wenn diese Sondergerichte sich nicht rausverhandeln lassen, dann darf sich Deutschland nicht reinverhandeln lassen.“ Klaus Ernst (Linke) forderte mehr Mittel für Investitionen durch eine Vermögensabgabe bereitzustellen. Eine Abgabe in Höhe von fünf Prozent könne 100 Milliarden Euro erbringen. Damit könne der Investitionsstau beseitigt werden.

Mit Optimismus Thomas Jurk (SPD) hob das robuste Wirtschaftswachstum und den stabilen Arbeitsmarkt hervor. Zwar sei die wirtschaftspolitische Dynamik nicht so hoch wie noch im Frühjahr erwartet, aber „wir haben allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu schauen“. Jurk verwies auf die „kräftigen Impulse“ des Haushalts für Investitionen und Innovation. Auch lobte er die Aufstockung der Mittel für die Forschung im Bereich erneuerbare Energien. Die von der Linksfraktion verbreitete Un-

tergangsstimmung sei völlig fehl am Platz. Auch Hubertus Heil (SPD) lobte Deutschland als „starken Wachstumskern“ in Europa. Anja Hajduk (Grüne) teilte „ausdrücklich“ die Kritik an der zu geringen deutschen Investitionstätigkeit. Es müsse mehr investiert werden, aber es sei ein Missverständnis, dass mehr Investitionen zu höheren Schulden führen müssten. Dass 2015 keine Erhöhung der Investitionen vorgesehen sei, sei nicht nachzuvollziehen. Dass es ab 2016 mehr Mittel geben solle, ändere nichts daran, dass in der mittelfristigen Finanzplanung der Investitionsanteil von 10,1 auf 9,3 Prozent im Jahr 2018 sinken solle: „Das kann definitiv nicht die Lösung sein.“ Wie Claus kritisierte auch Hajduk die Investitionsschutzklauseln in den Freihandelsabkommen, deren Entschädigungsregelungen hohen Druck ausüben würden. Andreas Matfeldt (CDU) warf der Linksfraktion vor, eine Rezession herbeizureden. Die Fakten würden eine andere Sprache sprechen: „Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt sich sehr stabil“, freute sich Matfeldt. Die hohe Zahl an Erwerbstätigen sei fast schon zur Normalität geworden. 2005 habe es 5,3 Millionen Arbeitslose (11,7 Prozent) und nur 38,9 Millionen Beschäftigte gegeben. Heute betrage die Arbeitslosenquote 6,3 Prozent, die Zahl der Arbeitslosen 2,7 Millionen. Das Schönste sei, „wir haben mit 43 Millionen Erwerbstätigen einen Rekordstand, der zeigt, wie wirtschaftlich stark diese Bundesrepublik Deutschland ist“, freute sich Matfeldt.

Unternehmen mit Weltgeltung Nachdenklich zeigte sich Michael Fuchs (CDU). Nach dem Zweiten Weltkrieg sei in Deutschland mit dem Softwarekonzern SAP nur ein Unternehmen mit Weltgeltung neu entstanden. Das müsse zu denken geben, denn in den USA gebe es gleich eine Reihe von jungen Unternehmen, die heute Weltgeltung hätten. *Hans-Jürgen Leersch*

Der Autor Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft in Köln.

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Sprudelnde Steuereinnahmen

FINANZVERWALTUNG Die Einnahmen des Bundes sollen im kommenden Jahr 286,49 Milliarden Euro betragen. Das sind 504 Millionen Euro weniger als im Regierungsentwurf vorgesehen. In diesem Jahr sind es 276,99 Milliarden Euro. Die erwarteten Mindereinnahmen gegenüber dem Regierungsentwurf beruhen auf der jüngsten Steuerschätzung. Im Einzelnen erwartet die Regierung bei den Einnahmen des Bundes aus der Umsatzsteuer eine Steigerung gegenüber 2014 von 81,56 Milliarden Euro auf 84,15 Milliarden Euro. Für Einnahmen aus der Lohnsteuer sind 75,48 Milliarden Euro (71,27 Milliarden Euro) vorgesehen. Der 50-prozentige Anteil des Bundes an der Körperschaftsteuer soll 10,1 Milliarden Euro (9,03 Milliarden Euro) betragen. Die Einnahmen aus den Energiesteuern sollen insge-

samt 40,8 Milliarden Euro (30,45 Milliarden Euro) betragen. Fallen sollen die Einnahmen aus der Tabaksteuer von 14,3 Milliarden Euro auf 14,06 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Kaffeesteuer sollen fast gleichbleibend bei 1,03 Milliarden Euro liegen. Die Einnahmen aus der Versicherungsteuer sollen bei 12,56 Milliarden Euro (11,95 Milliarden Euro) liegen. Die Kfz-Steuer soll wie in diesem Jahr 8,44 Milliarden Euro bringen. Der Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank soll 2015 wie in diesem Jahr insgesamt 2,5 Milliarden Euro betragen. Aus dem Verkauf von Beteiligungen und aus der Verwertung von Kapitalvermögen erwartet die Regierung Einnahmen von 898 Millionen Euro (975 Millionen Euro). *mik*

Präsidenten-Ausgaben stabil

BUNDESPRÄSIDIALAMT Ohne Änderungen ist es bei den Haushaltsberatungen des Etats des Bundespräsidenten und des Bundespräsidialamtes geblieben. Damit können der Präsident und sein Amt 2015 über 33,68 Millionen Euro (2014: 33,11 Millionen Euro) verfügen. Dabei steigen die Personalausgaben von 18,48 Millionen Euro auf 19,33 Millionen Euro. Demgegenüber fallen die sächlichen Verwaltungsausgaben von 9,64 Millionen Euro auf 9,03 Millionen Euro. Für Investitionen sind nach 1,14 Millionen Euro in diesem Jahr für kommendes Jahr 1,35 Millionen Euro eingeplant. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind 3,96 Millionen Euro (3,95 Millionen Euro) vorgesehen. Die Ausgaben des Bundespräsidenten betragen beinahe unverändert 4,73 Millionen Euro

(4,72 Millionen Euro). Dabei sind für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) wie bisher 3,65 Millionen Euro vorgesehen. 2,3 Millionen Euro davon sind gleichbleibend für die Deutsche Künstlerhilfe reserviert. 1,35 Millionen Euro sind wie in diesem Jahr vorgesehen für die Gewährung von Ehrengaben an Alters- und Ehejubilare, Übernahme von Patenschaften und die Ausgaben aus besonderer Veranlassung. So übernimmt der Bundespräsident traditionell die Patenschaft für das siebte Kind einer Familie. Die Bezüge des Bundespräsidenten sollen 226.000 Euro (214.000 Euro) betragen. Für das Bundespräsidialamt sind für 2015 insgesamt 20,02 Millionen Euro (19,18 Millionen Euro) vorgesehen. Davon gehen 12,25 Millionen Euro (11,63 Millionen Euro) an das Personal. *mik*

Geld für G8-Gipfel in Bayern

KANZLERAMT Der Etat der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes kann 2015 über 2,23 Milliarden Euro (2014: 2,2 Milliarden Euro) verfügen. Im Regierungsentwurf waren noch knapp 2,1 Milliarden Euro vorgesehen. Insgesamt wurden die Ausgaben in diesem Einzelplan in den parlamentarischen Beratungen damit um 130,27 Millionen Euro erhöht. Während für das Personal insgesamt 265,36 Millionen Euro (267,94 Millionen Euro) eingeplant sind, betragen die sächlichen Verwaltungsausgaben 763,69 Millionen Euro (690,36 Millionen Euro). Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind nach 920,65 Millionen Euro 2015 insgesamt 879,17 Millionen Euro reserviert. Den größten Anteil am Gesamtetat hat der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur

und Medien, wo die Abgeordneten auch die meisten Veränderungen vorgenommen haben (siehe Seite 4). Hier sollen im kommenden Jahr nunmehr rund 1,09 Milliarden Euro (1,13 Milliarden Euro) zur Verfügung stehen. Für die Bundeskanzlerin und ihr Amt sind 55,44 Millionen Euro (52,41 Millionen Euro) eingeplant. Die Ausgaben des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung sollen von 96,44 Millionen Euro auf 111,23 Millionen Euro steigen. Die Steigerung ist hier vor allem auf die Durchführung des G8 Gipfels auf Schloss Elmau in Bayern am 4. und 5. Juni 2015 zurückzuführen. Das Bundesarchiv soll über rund 56,49 Millionen Euro (57,2 Millionen Euro) verfügen können. Der Zuschuss an den Bundesnachrichtendienst beträgt 614,58 Millionen Euro (558,59 Millionen Euro). *mik*

Mehr Geld für den Bundestag

BUNDESTAG Der Deutsche Bundestag, der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages und die Mitglieder des Europäischen Parlaments können im Jahr 2015 über 801,49 Millionen Euro verfügen. Das sind rund 36 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr (2014: 765,4 Millionen Euro). Die meisten Mittel sind dabei für das Personal reserviert. Die Ausgaben betragen dafür 540,2 Millionen Euro (522,65 Millionen Euro). Für Investitionen sind 31,52 Millionen Euro (16,08 Millionen Euro) eingeplant und für sächliche

Verwaltungsausgaben 135,13 Millionen Euro (131,85 Millionen Euro). Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind 95,94 Millionen Euro (94,82 Millionen Euro) vorgesehen. Die Gesamtausgaben des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages betragen 2015 rund 4,3 Millionen Euro (4,14 Millionen Euro). Für die 96 Abgeordneten der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament stehen im kommenden Jahr insgesamt 6,74 Millionen Euro (6,23 Millionen Euro) bereit. *mik*

Anzeige

Hartz IV und die Folgen
Auf dem Weg in eine andere Republik?

Christoph Butterwegge

Der Autor
Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft in Köln.

Durch die Hartz-Reformen ist Deutschland zu einer anderen Republik geworden. Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Christoph Butterwegge zeigt auf, wie dieses Gesetzespaket nicht bloß das Armutsrisiko von (Langzeit-)Arbeitslosen und ihren Familien erhöht, sondern auch einschüchternd und disziplinierend gewirkt hat. Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften wurden unter Druck gesetzt, Lohn- und Gehaltseinbußen sowie schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Ein ausufernder Niedriglohnssektor gehörte ebenso zu den Folgen wie gesellschaftliche Entsolidarisierungstendenzen und größere soziale Kälte.

www.juventa.de

BELTZ JUVENTA

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Viel wurde in den vergangenen Tagen spekuliert über Differenzen zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) in der Russland-Politik. Während Merkel Moskau zuletzt ungewöhnlich harsch kritisierte, besonders nach einem Vier-Augen-Gespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin auf dem G20-Gipfel in Australien („Moskau tritt internationales Recht mit Füßen“), trat Steinmeier nur wenige Tage später auf dem EU-Außenminister-Treffen in Brüssel betont versöhnlich auf. Im Magazin „Der Spiegel“ warnte er – freilich ohne die Kanzlerin direkt zu erwähnen – vor einer „unnötigen Schärfe“ und einer „rhetorischen Eskalation“ im Dialog mit Moskau. Und anders als Merkel erteilte er dieser Tage verschärfte Wirtschaftssanktionen gegen Russland eine Absage: Ziel von Sanktionen solle es nicht sein, das Land „wirtschaftlich niederzurufen“. Ein „kollabierendes“ Russland sei kein Beitrag zur Stabilisierung der Region, erklärte Steinmeier.

Zwist in der Koalition, Rollenverteilung nach dem Motto: „Guter Bulle, böser Bulle“ oder einfach nur „unterschiedliche Naturelle“, wie es aus dem Umfeld beider Seiten heißt? Dass die Kanzlerin und ihr Außenminister derzeit unterschiedliche Töne anschlagen, wenn es um Russland geht, zeigte sich jedenfalls auch vergangene Woche im Bundestag: In der Generaldebatte warf Merkel Moskau erneut vor, die europäische Friedensordnung zu gefährden und das Völkerrecht zu brechen. Die Annexion der Krim sei nicht zu entschuldigen, Wirtschaftssanktionen blieben angesichts der Lage in der Ostukraine unvermeidlich. Aber sie stellte auch klar: Die Bundesregierung lasse nichts unversucht, mit Russland eine diplomatische Lösung zu erreichen.

Ein paar Stunden später, bei der Debatte über den Etat des Auswärtigen Amtes, hielt sich ein nachdenklicher wirkender Außenminister mit Vorwürfen in Richtung Russland zurück. Steinmeier, der seit Beginn der Krise ständiger Gast in Kiew und Moskau ist, sprach vor allem über die Notwendigkeit, miteinander im Dialog zu bleiben, auch wenn dieser schwieriger geworden sei. Eine Sicherheitsarchitektur in Europa werde es nur dann geben, „wenn wir nicht sämtliche Gesprächsformate, die jetzt noch zur Verfügung stehen, entwerfen und in den Mülleimer der Geschichte werfen“, zeigte sich Steinmeier überzeugt.

Insbesondere warb der Außenminister für eine Fortsetzung des Petersburger Dialogs. Das bilaterale Gesprächsforum, in dem sich die deutsche und russische Zivilgesellschaft seit 13 Jahren austauschen, wurde wegen der Ukraine-Krise von deutscher Seite auf unbestimmte Zeit verschoben. „Ich will, dass dieses Dialogformat aufrechterhalten wird“, machte Steinmeier klar. Auf keinen Fall dürfe daraus ein „Berliner Monolog“ werden. „Dann haben wir nämlich nichts gewonnen.“ Darüber hinaus bekräftigte er, dass die Vereinbarungen von Minsk Fundament für die Suche nach einer friedlichen Lösung des Ukraine-Konfliktes bleiben müssten.

Reformen notwendig Im Etat des Auswärtigen Amtes (18/2000, 18/2805, 17/2823), der vom Bundestag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen verabschiedet wurde, sind für das Jahr 2015 bereits 100.000 Euro für die Fortführung des Petersburger Dialogs eingeplant, trotz aller Unklarheiten über die Zukunft und künftige Gestaltung des

Reden und Verstehen

AUSWÄRTIGES Mehr Geld für humanitäre Hilfe und Auswärtige Bildungspolitik. Außenminister Steinmeier will »Petersburger Dialog« mit Russland fortsetzen



Keine einfachen Gespräche: die Außenminister Deutschlands und Russlands, Frank-Walter Steinmeier (links, SPD) und Sergej Lawrow, Mitte November in Moskau © picture-alliance/dpa



Formats. „Russland ist und bleibt nun mal unser großer Nachbar im Osten, und deshalb brauchen wir solche Dialogformate gerade jetzt“, begründete Doris Barnett (SPD), Berichterstatterin des Haushaltsausschusses für den Etat des Ministeriums, die Entscheidung. Sie sicherte außerdem zu, dass die Bundesregierung die Ukraine ebensowenig allein lassen werde wie die anderen Länder der östlichen Partnerschaft, Moldau, Belarus, Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Für die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in diesen Ländern könne das Auswärtige Amt im kommenden Jahr 14 Millionen Euro aus-

geben, zehn Millionen Euro mehr als 2014, sagte Barnett. Barnett und der Berichterstatter der Unionsfraktion, Alois Karl (CSU), zeigten sich insgesamt außerordentlich erfreut über den Verlauf der Haushaltsberatungen. Dabei war es gelungen, den Etat des Auswärtigen Amtes um neun Prozent beziehungsweise 305,7 Millionen Euro zu erhöhen. Der Außenminister kann nun im kommenden Jahr 3,73 Milliarden Euro ausgeben – das ist zwar nur geringfügig mehr als 2014 (3,64 Milliarden Euro), aber deutlich mehr als von der Bundesregierung vorgeschlagen (3,42 Milliarden Euro).

Den größten Zuschlag gab es für die humanitären Hilfsmaßnahmen im Ausland: Die Haushälter haben die Mittel hierfür angesichts der schweren weltweiten Krisen im Nahen Osten und Zentralafrika auf 400 Millionen Euro erhöht, um, so Alois Karl, den „Ärmsten der Armen“ zu helfen, wenn es darum gehe, „ihr blankes Überleben zu sichern – und dies möglichst in Würde und Sicherheit“. Die Bundesregierung wollte die Mittel ursprünglich von jetzt 303 Millionen Euro auf 187 Millionen Euro senken – ein Vorhaben, das Michael Leutert (Die Linke) als „absurd“ bezeichnete, angesichts einer

Welt, die „aus den Fugen geraten“ sei, wie Außenminister Steinmeier immer wieder zutreffend betone. Leutert zeigte sich aber auch mit dem jetzt erreichten Etataufwuchs wenig zufrieden. Der Haushalt des Auswärtigen Amtes bewege sich wie jedes Jahr bei knapp über einem Prozent, kritisierte der Linke-Abgeordnete, „als wenn die Welt noch in Ordnung wäre“. Er erinnerte die Bundesregierung an ihr erklärtes Ziel, mehr Verantwortung in der Welt übernehmen zu wollen. Dies passe aber nicht zum Haushalt 2015. „Es gibt keine Krisen irgendwo da draußen, es sind Konflikte vor unserer Haustür“, warnte Leutert. „Und

trotzdem gibt es nicht mehr Geld, um diesen Krisen entgegenzutreten.“ Seine Fraktion schlug vor, im Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung) einen Krisenreaktionsfonds einzurichten, der anfänglich mit zusätzlichen 250 Millionen Euro ausgestattet werden solle. „Brauchen wir das Geld im Krisenfall, ist Vorsorge getroffen“, betonte Leutert. Werde es nicht benötigt, könne Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) es am Jahresende wieder einsammeln.

»Unseriöse Planung« Der Vorstoß der Linken fand im Bundestag ebensowenig eine Mehrheit wie der Änderungsantrag (18/3282) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in dem diese gefordert hatte, die Mittel für die humanitäre Hilfe auf insgesamt 685 Millionen Euro zu erhöhen. Tobias Lindner (Grüne) rechnete vor: Wenn man die außerplanmäßigen Ausgaben in diesem Jahr hinzuaddiere, gebe das Auswärtige Amt bereits 2014 403 Millionen Euro für humanitäre Hilfe aus. 2015 stünden 400 Millionen Euro bereit, also sogar weniger als heute. Es sei nicht seriös, „heute einen Haushalt zu beschließen, bei dem wir wissen, dass bereits morgen überplanmäßige Ausgaben nötig sein werden“, kritisierte Lindner. Eine Erhöhung des Etats sei daher „bitter notwendig“. Auch Doris Barnett (SPD) räumte ein, dass niemand sagen könne, ob die 400 Millionen Euro im kommenden Jahr reichen werden.

Die Grünen warfen der Bundesregierung außerdem vor, sich zu wenig um die Prävention von Krisen und Friedenserhaltung zu kümmern. Omid Nouripour (Grüne) wies darauf hin, dass die Mittel hierfür schon zum zweiten Mal hintereinander gekürzt wurden. Lagen sie im Jahr 2013 noch bei 133,94 Millionen Euro, sanken sie 2014 auf 95,2 Millionen Euro. Im kommenden Jahr stehen nur noch 95 Millionen Euro bereit. „Das wird der realen Situation draußen und vor allem den Notwendigkeiten überhaupt nicht gerecht“, schimpfte Nouripour.

Plus für Goethe-Institut Deutlich angestockt wurde Steinmeiers Etat hingegen im Bereich der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. So haben die Haushälter die Mittel des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) einvernehmlich um sieben Millionen Euro auf 170 Millionen Euro erhöht. Und auch das Goethe-Institut darf sich über mehr Mittel freuen: 215,62 Millionen Euro kann die Einrichtung, die mit 160 Instituten in mehr als 90 Ländern der Welt vertreten ist, 2015 ausgeben – ein Plus von 16,6 Millionen Euro.

Damit seien die Organisationen „besser aufgestellt als eigentlich erwartet“, lobte der CSU-Abgeordnete Alois Karl. „Wir freuen uns, dass wir uns auch auf diese Art und Weise in der Welt gut darstellen können.“ Für Doris Barnett ist die gute Ausstattung von DAAD und Goethe-Institut „kein Luxus, sondern eine simple Notwendigkeit“. Deutschland investiere damit in den wichtigsten Rohstoff überhaupt – „in die Köpfe der Menschen“, betonte die SPD-Politikerin. Außenminister Steinmeier ergänzte, die Mittel für die Institutionen seien „nicht einfach eine nette Draufgabe, sondern ein Teil der Außenpolitik, für den es einen dringenden Bedarf gibt, der sogar von Jahr zu Jahr wächst“. Die gefährlichen Konflikte, ob in Syrien, Irak oder dem Nahen Osten, seien „mindestens überlagert von religiösen, ethnischen oder kulturellen Konflikten“. Diese „sollten wir wenigstens verstehen, bevor wir uns entscheiden, ob und auf welcher Seite des Konflikts wir uns engagieren.“

Johanna Metz

Die Gipfel werfen ihre Schatten voraus

ENTWICKLUNG Der Etat von Gerd Müller (CSU) wächst auf 6,51 Milliarden Euro. Angesichts der klima- und entwicklungspolitischen Weichenstellungen 2015 ist das der Opposition zu wenig

Nein, er macht es der Opposition nicht leicht. Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) konnte sich in der vergangenen Woche bei der Verabschiedung seines Etats einiger Anerkennung aus ungewohnter Richtung erfreuen. „Wir haben hier einen Minister, der die richtigen Dinge anspricht, die richtigen Akzente setzt, die richtigen Methoden wählt und auch noch Dokumente produziert, in denen mehr Geld verlangt wird“, sagte der Haushaltsexperte der Linksfraktion, Michael Leutert. Aber all dies nutze nichts, wenn hier ein Etat beschlossen werde, der nicht mehr Ressourcen zur Verfügung stelle, „obwohl allen klar ist, dass dies falsch ist“, sagte Leutert.

Zukunftscharta Ob Initiativen wie das Textilbündnis, das für faire Arbeitsbedingungen in dieser Branche weltweit sorgen soll, oder die „Zukunftscharta“, mit der Müller die Deutschen ins Boot holen will für eine entwicklungspolitische Agenda, die nicht mehr nur Geber- und Empfängerländer kennt, sondern auf die Einsicht setzt, dass auch die reichen Industrienationen ihren hohen Ressourcenverbrauch zurückfahren müssen: Mit

seiner Politik findet der christsoziale Minister Resonanz bis in die Oppositionsbänke hinein. Sein Etat allerdings spiegelt die globalen Herausforderungen nicht wieder, so lautete die Kritik der Linken und der Grünen. Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) kann sich im kommenden Jahr auf Ausgaben in Höhe von 6,51 Milliarden Euro einstellen, das sind 65,5 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr. Die Haushälter hatten gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf (18/2000; 18/2002) mehr Mittel für die entwicklungsfördernde und strukturbildende Übergangshilfe und für die Gesundheitsvorsorge in Entwicklungsländern freigemacht – und damit auch auf die anhaltenden Krisen in Syrien und im Irak sowie auf die Ebola-Epidemie in Westafrika reagiert (18/2823; 18/2824; 18/2825).

Michael Leutert erinnerte an das Ziel, bis 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Schweden, Norwegen, Dänemark, Luxemburg und Großbritannien hätten dieses Versprechen bereits eingelöst. „Da

steht die Frage im Raum, warum wir das nicht auch schaffen.“ „Unlogisch“ erweise zudem, dass zwar als Reaktion auf die Flüchtlingskrisen die Mittel für humanitäre Hilfen im Etat des Auswärtigen Amtes auf 400 Millionen Euro aufgestockt wurden, im BMZ-Etat für die Übergangshilfen hingegen nur 139 Millionen Euro zur Verfügung stehen sollen. Die Menschen in den Flüchtlingslagern seien nicht nur auf unmittelbare Nothilfe angewiesen, sondern mittelfristig auch auf medizinische

und sanitäre Versorgung und Schulen. Anja Hajduk (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßte zwar, dass bei der Übergangshilfe 90 Millionen Euro „draufgelegt“ worden seien. „Das ist nicht nichts.“ Sie könne aber nicht verstehen, dass im Gegenzug 75 Millionen Euro bei der Bilateralen Zusammenarbeit abgezogen würden. Mit einer Steigerung von insgesamt einem Prozent sei dieser Entwicklungshaushalt „keine Antwort auf die globalen Krisen“. Volkmar Klein (CDU) sprach hingegen von einer „guten Botschaft für die Entwicklungszusammenarbeit“. 2005 habe der Etat eine Größe von 2,8 Milliarden Euro gehabt,

heute seien – bei moderater Steigerung des gesamten Bundeshaushaltes in diesem Zeitraum – 6,5 Milliarden Euro vorgesehen. Klein lenkte den Blick unter anderem auf konkrete Hilfen, die Entwicklungsländer befähigen sollen, „auf eigenen Füßen zu stehen“. So habe man dafür gesorgt, dass in den kommenden Jahren jährlich 40 Millionen Euro für die Globale Impfallianz Gavi zur Verfügung stehen. „Damit werden Bremsklötze für die Entwicklung vor Ort beiseite geräumt.“ Sonja Steffen (SPD) verwies auf den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM), der im kommenden Jahr 210 statt der ursprünglich vorgesehenen 200 Millionen Euro erhalten soll. Steffen gestand ein, „an einigen Stellen nicht glücklich“ mit dem Haushalt zu sein. Um das BMZ wirklich zu einem „Ministerium für globale Zukunftsfragen“ zu machen, bedürfe es „eines wesentlich höheren Etats“.

Jahr der Entscheidungen Die großen Gipfel des kommenden Jahres warfen auch in dieser Debatte ihre Schatten voraus. Ob Klimakonferenz in Paris, Gipfeltreffen zu einer Post-2015-Agenda in New York oder die Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba – das Jahr 2015 steht im Zeichen wichtiger globaler Weichenstellungen. Angesichts von Klima- und Finanzkrise, „gigantischem Marktversagen“, ent-

grenzter Gewalt wie wir sie in Syrien, im Irak, in Afghanistan, im Kongo bis nach Mexiko erleben“ und angesichts von 55 Millionen Flüchtlingen weltweit fehle die notwendige Neubewertung der globalen Lage, sagte Claudia Roth (Grüne). „Bauen Sie ihr Haus um zu einem Ministerium für globale Strukturpolitik. Nur so kommen Sie wirklich aus Ihrer Rolle als Feigenblatt dieser Bundesregierung heraus“, sagte sie an den Minister gewandt. Bärbel Kofler (SPD) erinnerte an die Zusagen von Auswärtigem Amt und BMZ in Höhe von 500 Millionen Euro für syrische Flüchtlinge. Das sei „gut investiertes Geld“, weil an einer Stabilisierung der Nachbarländer, in den Millionen Syrern eine Zu-

flucht gefunden haben, kein Weg vorbei führe. Doch „wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, diese Mittel werden nicht reichen“ – auch weil die Menschen wöchentlich auf Jahre in Flüchtlingslagern leben und dort eine Perspektive bräuchten. Sabine Weiss (CDU) lenkte den Blick auf die 200 Millionen Euro für die Sonderinitiativen des Ministers zur Hungerbekämpfung, zur Stabilisierung in Nordafrika/Nahost und zur Reintegration von Flüchtlingen. Dass der „Islamische Staat“ (IS) „ganze Landstriche mit seinen Gräueltaten überrollen“ konnte, sei auch eine Folge „jahrzehntelanger Nichtachtung der Interessen und Bedürfnisse der breiten armen Bevölkerung, eine Folge fehlender Bildung und Gesundheitsversorgung“ und eine Folge der Missachtung von Frauenrechten, sagte Weiss. Keine Mehrheit fanden die Oppositionsfraktionen mit einem gemeinsamen Entschließungsantrag (18/3287) zur Ausweitung der Budgethilfe, also direkte Zuwendungen an Haushalte von Entwicklungsländern. Linke und Grüne scheiterten zudem mit ihren Änderungsanträgen (18/3283; 18/3284) zur Annäherung an das 0,7-Prozent-Ziel: Die Linke hatte 1,42 Milliarden Euro, die Grünen 800 Millionen Euro mehr für den BMZ-Etat gefordert. Auch ein Entschließungsantrag der Linksfraktion (18/3286) zu mehr Transparenz bei Öffentlich-privaten Partnerschaften scheiterte am Votum der Koalition. Alexander Heinrich





Zwischen Krieg und Frieden

OSTUKRAINE Die in Minsk vereinbarte Waffenruhe ist brüchig. Wolfgang Templin, einst Bürgerrechtler in der DDR, hat sich in den Regionen Donezk und Luhansk ein Bild der Lage gemacht

Gedenken in Kiew an die auf ukrainischer Seite Gefallenen (großes Bild). Am Konflikt mit den Separatisten im Osten des Landes (siehe Karte) nehmen auch – teils umstrittene – ukrainische Freiwilligenverbände teil (kleines Bild).



Die Lage im Osten der Ukraine



Quelle: Ukr. Regierung Stand: 18.11.2014
© picture-alliance/dpa/Collage: Stephan Roters

Unsere Autos stoppen an einem ukrainischen Straßensposten, in dem sich die bunt zusammengewürfelten Kampftruppen der Separatisten festgesetzt haben. Ihnen stehen auf ukrainischer Seite reguläre Armeeeinheiten, Abteilungen der Nationalgarde und eine Reihe von Freiwilligenbataillonen gegenüber. Seit der Minsker Vereinbarung Anfang September gilt ein Waffenstillstand, der keiner ist. Wie massiv er unterlaufen und gebrochen wird, davon können wir uns auf allen Stationen unserer Mehrtagestour überzeugen, die uns in mehrere Orte jenes Teils von Luhansk führt, der im Frühjahr mehrere Wochen lang von den Separatisten besetzt war und aus dem sie im Sommer vom ukrainischen Militär vertrieben wurden.

Wir – das sind vier Ukrainer, Mitglieder einer Charkiver Menschenrechtsorganisation, zwei junge russische Menschenrechtler aus Sankt Petersburg, meine Frau und ich als Beteiligte von deutscher Seite. Die Charkiver Gruppe um Jewhen Sacharow ist eng mit der Tradition der demokratischen Opposition in der damaligen Sowjetunion verbunden und hat sich in der wechselvollen Phasen der unabhängigen Ukraine mit der Konfrontationssituation im Land, mit den Missständen im Strafvollzug, den Problemen der Korruption, den

Übergreifen der Polizei und der Situation von Minderheiten auseinandergesetzt. Sie hat mit ihren Analysen, Berichten und Monitorings nationale und internationale Anerkennung erlangt, arbeitet eng mit den russischen Menschenrechtlern und deutschen Partnerorganisationen zusammen. Unsere Gruppe erregt an jedem Kontrollposten – wir passieren davon täglich mindestens zehn – erhebliches Aufsehen. „Was, Russen habt ihr auch dabei?“, lautet der häufigste Kommentar. Aber unsere Erläuterungen zum Reiseziel und ein Geleitbrief des Innenministers aus Kiew überzeugen die Posten davon, den Weg freizumachen. Wir versuchen uns in Gesprächen mit Menschenrechtlern vor Ort, Bürgermeistern und Angestellten der Verwaltungen, Flüchtlingen und Einwohnern, ein Bild davon zu machen, wie sich die örtliche Situation seit dem Rückzug der Separatisten veränderte, wie die Lage der Flüchtlinge ist, was sich im umkämpften Gebiet aktuell abspielt. Dabei versuchen wir auch Informationen und Hinweisen nachzugehen, die davon sprechen, dass sich nicht nur die Separatisten schwerster Menschenrechtsverletzungen, Entführungen und Folter schuldig gemacht haben. Übergriffe und Gewalt gegen Gefangene und Zivilisten soll es auch von ukrainischer Seite geben. Manche dieser Hinweise scheinen sich zu bestätigen, anderes bleibt offen. Vor allem aber zeigt sich, auf welche Weise die ukrainische Seite in die Konfrontation hineingezwungen wurde. Maxim, einer unserer Reisebegleiter, Student aus Charkiv, kann uns vom

Beginn der separatistischen Provokationen in seiner Heimatstadt erzählen. Charkiv, ein Wissenschafts-, Wirtschafts- und Technologiestandort von strategischer Bedeutung, ist neben der Nachbarstadt und -region Dnipropetrowsk der Schlüssel zur Ostukraine. Nachdem Putins Annexionsstrategie für die Krim im März aufging, startete Moskau die Operation „Neurussland“ (Noworossija), in deren Verlauf in acht Regionen der östlichen und südlichen Ukraine Separatisten die zivile und militärische Kontrolle übernehmen sollten. Das Gelingen der Operation hätte die gesamte Ukraine gelähmt und destabilisiert, eine Spaltung des Landes wahrscheinlicher gemacht, die Präsidentschaftswahlen im Mai und die Neuwahlen zum Parlament im Oktober in Frage gestellt.

Moskau Rolle Man konnte sich auf Anhänger des geflohenen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowytsch stützen, der in seiner Amtszeit vor allem im Osten den Verwaltungs-, Polizei- und Sicherheitsapparat an sich gebunden hatte. Provokateure aus Russland, Busladungen von Kämpfern, die über die offene Landgrenze anrollten, konnten die Separatisten vor Ort unterstützen. Kiev-feindliche Demonstrationen, Belagerung und Besetzung der Stadtverwaltungen und der Polizeireviere sollten die Präsenz der Separatisten festigen. Charkiver Studenten, die sich wehrten und das Rathaus besetzten, wurden von Separatisten, die der alte Bürgermeister eingeladen hatte, krankenhausauf geschlagen, darunter auch

unser Reisebegleiter Max. Schnell jedoch wurde deutlich, dass sich die russische Seite und die Separatisten in nahezu allen Regionen des Ostens und des Südens bei der Stimmung und dem Verhalten der Bevölkerung verrechnet hatten. In sechs der acht Regionen endeten die separatistischen Attacken bereits im April mit einer Niederlage. Es kam zu Konfrontationen und blutigen Zusammenstößen wie bei der Brandtragödie im Gewerkschaftshaus in Odesa im Mai. Aber die Gebiete blieben stabil in ukrainischer Hand. Dabei war die entschlossene Gegenwehr der proukrainischen Mehrheit vor Ort entscheidend – aber auch die Unterstützung durch bewaffnete Kräfte und Freiwillige aus anderen Teilen des Landes. An einem der Kontrollposten konnte ich mit einem solchen Freiwilligen sprechen, einem Juristen aus Kiew, der direkt von den Maidanprotesten in die Ostukraine ging und so lange bleiben will, bis der östlichste Zipfel des Landes befreit ist. „Wenn wir nicht gekämpft hätten, würde heute die russische Fahne nicht nur über dem Rathaus von Donezk, sondern auch über dem Rathaus von Charkiv wehen“, sagt er. Lediglich in Teilen der östlichsten Regionen Luhansk und Donezk konnten sich über die Grenze vorgedrungene, von russischen Geheimdienstoffizieren geführte Spezialeinheiten

erfolgreich mit örtlichen Separatisten verbinden, die Gebietshauptstädte beider Regionen, weitere Städte und Orte unter ihre Kontrolle bringen. Die einheimische Bevölkerung, die sich in Teilen von den Ankömmlingen eine Verbesserung ihrer Lebenssituation versprach und in Kiew die Quelle ihrer Misere sah, wurde mit dem Gegenteil ihrer Hoffnungen konfrontiert. Ukrainische Patrioten, die es auch im äußersten Osten gab, mussten um ihr Leben fürchten und flüchteten – aber auch jene, die in großer Distanz zu Kiew standen, verließen die Heimat: Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen hatten bis September rund 800.000 Menschen Zuflucht im benachbarten Russland gesucht, etwa 260.000 Menschen seien innerhalb der Ukraine auf der Flucht vor den Kämpfen gewesen. Im Sommer gelang es ukrainischen Militäreinheiten, einen erheblichen Teil der Territorien zurückzuerobern und in einer Offensive bis zu den Hochburgen der Separatisten in Luhansk und Donezk vorzudringen. Der separatistische Spuk schien ein Ende gefunden zu haben. In dieser Situation holte die Moskauer Führung zum Gegenschlag aus und ließ blitzartig große Mengen modernster Raketentechnik, schwere Artillerie, Panzer und Spezialtruppen über die weiter offene Grenze in die Kampfgebiete bringen. Moskau hat das zwar lange bestritten, aber andererseits seine Unterschrift unter die Minsker Vereinbarung gesetzt, die den Abzug von illegalen bewaffneten Einheiten, militärischem Gerät sowie Kämpfern aus der Ukraine vorsieht.

Waffenstillstand In den letzten Augusttagen erlitten die ukrainischen Kräfte so schwere Verluste, dass sie sich erneut zurückziehen und dem Waffenstillstand Anfang September im weißrussischen Minsk zustimmten. Seither wurden weder von russischer Seite noch von den Separatisten die Vereinbarungen dieses Waffenstillstandes eingehalten. Die Grenze zu Russland ist nach wie vor offen und kann auch von den OSZE-Beobachtern kaum kontrolliert werden. Ein OSZE-Team geriet erst vergangene Woche unter Beschuss. Von der in der Minsker Vereinbarung vorgesehenen Pufferzone ist nirgendwo etwas zu spüren. Artilleriefeuer und Gewehrsalven sind Tag und Nacht zu hören. Wir fahren durch die Atmosphäre eines heißen Krieges, welcher den Ukrainern keine andere Wahl lässt, als ihr Land zu verteidigen und den Aggressor abzuwehren. Sie brauchen dabei die Hilfe Europas dringender denn je.

Wolfgang Templin

Der Autor war 1985 Mitgründer der oppositionellen „Initiative Frieden und Menschenrechte“ in der DDR. Von 2010 bis 2013 leitete er das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau.

Seit der Minsker Vereinbarung gilt ein Waffenstillstand, der keiner ist.

Brüssel lockt, Moskau warnt

MOLDAU Das Land am Dnjestr sucht seinen Platz zwischen Ost und West. Innenpolitisch gehören die Korruptionsbekämpfung und mehr Jobperspektiven zu den größten Herausforderungen

In seinem Dorf gebe es noch viele Probleme zu lösen, findet Lilian Carmanu. Der 37-Jährige ist der Bürgermeister von Milestii Mici, einer kleinen Ortschaft in der Republik Moldau, keine halbe Stunde von der Hauptstadt Chisinau entfernt. Carmanu sitzt auf einem billigen und unbequemen Stuhl im Versammlungssaal seines Rathauses und benennt, was ihn in stört: „Es ist hier nicht grün genug, es ist nicht sauber genug, es ist nicht gut genug organisiert.“ Um dies zu ändern, gebe es nur einen Weg, sagt der Mann mit den kurzen roten Haaren, „den Kurs in Richtung Europa“.

Am Sonntag hat Moldau ein neues Parlament gewählt. Die Ergebnisse waren bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt, doch schon vor der Wahl war klar, dass es mit der Abstimmung auch um eine Richtungsentscheidung über die Zukunft des Landes geht. Die zentrale Frage, die auch bei der Koalitionsbildung wichtig sein wird, lautet: Ost oder West?

In den vergangenen Jahren befand sich das Land, gelegen zwischen Rumänien und der Ukraine, auf einem klaren Kurs in Richtung Europäische Union. Seit einigen Monaten können Moldauer ohne Visum in die Schengen-Staaten reisen, im Sommer unterzeichneten Brüssel und Chisinau außerdem ein Assoziierungs- und Freihand-

elsabkommen. In Moldau gibt es viele Unterstützer für den Europa-Kurs, so wie Lilian Carmanu, den Bürgermeister der sozialdemokratischen „Demokratischen Partei“, aber auch viele, die eine Ausrichtung nach Osten bevorzugen. Sie alle eint der Wunsch nach einem höheren Lebensstandard. Sie fordern mehr Arbeitsplätze, höhere Löhne und Renten – und das Ende der im Land sehr weit verbreiteten Korruption. Sie ist das größte Problem im ärmsten Land Europas. Auch die pro-westliche Regierung war vor Machenschaften wie Vetterwirtschaft nicht gefeit.

„Die Regierung hat sich komplett diskreditiert“, schimpfte Wladimir Woronin, Kommunistenchef und ehemaliger Staatspräsident. Die zurückliegenden Jahre seien der „Untergang“ für Moldau gewesen, die Regierung „korrupt und mafios“. Die Kommunisten bildeten zuletzt die Opposition zur pro-westlichen Dreier-Koalition mit den Liberalen und der Sozialdemokratie des Premiers Iurie Leancă an der Spitze. Unklar war, welche politische Ausrichtung künftig von den Kommunisten zu erwarten wäre, der in Umfragen stärksten Fraktion. Woronin sagt, auch er sei für das Assoziierungsabkommen, die Annäherung an die Europäische Union und die Annäherung an die von Russland initiierte Eurasische Wirtschaftsunion seien kein Gegensatz. Die bekannte Fernsehjournalistin Natalia

Morar klagt: „Wir müssen zwischen korrupten Parteien wählen.“ Bis es echte Alternativen gebe, könne es noch Jahre dauern. Morar hatte im Jahr 2009 wegen angeblicher Wahlfälschungen zugunsten der damals regierenden Kommunisten zu Protesten aufgerufen, die später zur Neuwahl führten. Doch auch unter der pro-westlichen Regierung hat sich wenig verändert: Noch immer kontrollieren einige wenige Geschäftsleute die staubige Hauptstraße nach Chisinau ausbessern und neue Straßenlaternen aufstellen. Den Menschen in ländlicheren Gegen-

Von einem System „zwischen Oligarchie und Demokratie“ spricht sogar Parlamentspräsident Igor Corman, Sozialdemokrat und einst Botschafter in Deutschland. Für seine Heimat sieht er „keine andere Zukunft als Europa“. Moskau jedoch will die ehemalige Sowjetrepublik weiter in seiner Einflusszone halten. In den vergangenen Monaten hat Russland seinen Markt weitgehend abgeschottet, Importe von Obst, Gemüse, Fleisch und Wein aus Moldau weitgehend verboten. Druck gibt es außerdem auf Gastarbeiter aus Moldau, von denen einige Hunderttausend in Russland arbeiten, und deren Rücküberweisungen wichtig sind für die Wirtschaft des Landes. Eine Abwendung von Moskau hätte unmittelbare Folgen, während der europäische Weg der Reformen erst später klar erkennbare Veränderungen für den Großteil der Bevölkerung bringen dürfte.

Die Menschen in der Hauptstadt Chisinau und im zentralen Teil des Landes verstehen, welche Vorteile die EU haben werde, sagt Bürgermeister Carmanu. In Milestii Mici hat man in den vergangenen Jahren mit Hilfe von EU-Geldern eine Kanalisation gebaut, ebenso wie eine Restmülldeponie. Carmanus Projekte in der Zukunft: Die staubige Hauptstraße nach Chisinau ausbessern und neue Straßenlaternen aufstellen. Den Menschen in ländlicheren Gegen-

den jedoch und auch älteren Bürgern falle es nicht immer so leicht, die Vorteile der EU zu erkennen, sagt der Bürgermeister. Das dürfte auch für die Region Gagausien im Süden Moldaus gelten. Die dort lebenden Bürger, viele von ihnen gehören zur turksprachigen Volksgruppe der Gagausen, sprachen sich vor der Wahl für eine engere Bindung an Moskau aus und wollten vor allem die Kommunisten wählen, die die Moldau in die Eurasische Wirtschaftsunion führen wollen, in der das Land bisher nur einen Beobachterstatus hat. Moskau nutzt seinen Einfluss auf das Gebiet, um die Regierung Chisinau zu schwächen, nahm etwa Weine aus Gagausien vom Handels embargo aus. Einfluss auf die Innenpolitik nimmt Moskau auch über die Region Transnistrien, dort wo ein „eingefrorener Konflikt“ seit Jahren eine Bedrohung für die Sicherheit der Region darstellt. Das Gebiet östlich des Dnjestr-Flusses hatte sich während des Zusammenbruchs der Sowjetunion 1992 für unabhängig erklärt und ist seitdem ein De-facto-Staat, der völkerrechtlich aber weiter zu Moldau gehört. Bis heute sind russische Soldaten in dem abtrünnigen Gebiet stationiert, die seit der Ukraine-Krise die Sorgen in Moldau und im Westen wachsen lassen. Die Mehrheit der Transnistrier fordert die Unabhängigkeit von Moldau. Chisinau will weiter die territoriale Integrität wahren.

Man müsse „Schritt für Schritt eine Brücke bauen“, um die Region zu integrieren, erklärt Igor Corman. Für den Parlamentspräsidenten ist dies eines der wichtigsten Ziele für die Zukunft. Darüber hinaus spricht er sich für gute Beziehungen mit Russland aus und möchte mehr ausländische Investoren anlocken, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und um zu verhindern, dass die Menschen ins Ausland abwandern. Darauf hofft auch Carmanu, der Bürgermeister, der sich noch gut daran erinnert, wie seine Familie vor Jahren die Entscheidung traf, seine Schwester als Arbeitsmigrantin ins Ausland ziehen zu lassen, damit sie die Angehörigen in der Heimat mitversorgen konnte. Carmanu ist heute Vater eines Sohnes und einer Tochter, neun und drei Jahre alt. „Meine Kinder sollen später auch ins Ausland fahren“, sagt der Ortsvorsteher, „aber zur Erholung.“ Arbeit sollen sie in Moldau finden.

Oliver Bilger

Der Autor ist freier Korrespondent in Moskau.



Grafik: dpa*21934 (edittiert)





Wird der Streit um den EU-Haushalt nicht beigelegt, könnten auch deutsche Bauern das Nachsehen haben. Europas Landwirte erhalten das meiste Geld aus dem EU-Topf.

© picture-alliance/28

Papst liest Europa die Leviten

EUROPA Papst Franziskus war ausdrücklich nicht als Politiker und weltliches Staatsoberhaupt ins Europäische Parlament in Straßburg gekommen. Dennoch war die Botschaft, die das Oberhaupt der katholischen Kirche den 751 EU-Abgeordneten auf den Weg gab, durch und durch politisch: Die Flüchtlinge, die an den europäischen Küsten landeten, bräuchten „Annahme und Hilfe“, appellierte der Heilige Vater in der vergangenen Woche an die Volksvertreter aus allen 28 EU-Staaten. Man könne nicht hinnehmen, dass das Mittelmeer zu einem großen Friedhof werde. Durch das Fehlen gegenseitiger Unterstützung innerhalb der Europäischen Union bestehe die Gefahr, „partikularistische Lösungen des Problems anzulegen, welche die Menschenwürde der Einwanderer nicht berücksichtigen und Sklavenarbeit sowie ständige soziale Spannungen begünstigen“, betonte der Heilige Vater. Er forderte die Europäer auf, mutige und konkrete politische Maßnahmen zu ergreifen, um die Herausforderungen der Migration zu bewältigen. Außerdem warb er für eine Rückbesinnung auf den Glauben.

Für seine unbequemen Worte und die scharfe Kritik an der europäischen Flüchtlingspolitik erntete der Papst, der in weißer Soutane ans Rednerpult getreten war, viel und lang anhaltenden Applaus im Plenum. Ein Papst, dazu einer aus Lateinamerika, der den Europäern den Spiegel vorhält, den Kontinent an seine christlichen Wurzeln und Werte erinnert – das hat es so bisher nicht gegeben. Der 77-jährige Argentinier ist erst der zweite Papst nach Johannes Paul II., der eine Rede vor den Europaabgeordneten gehalten hat. Beim ersten Mal, 1988, hatte der Papst aus Polen den Wunsch nach einer Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft in den slawischen Teil Europas formuliert. Ein Jahr später fiel der Eisener Vorhang.

Im Vorfeld der feierlichen Sitzung mit Papst Franziskus hatten einige Abgeordnete die Einladung des Kirchenoberhauptes durch Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) kritisiert: Sie werteten den Besuch des Heiligen Vaters als Angriff auf das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat. Ei-

Die 28-Milliarden-Lücke

EUROPA Wegen offener Rechnungen drohen die Verhandlungen über den EU-Haushalt 2015 zu scheitern

Europaabgeordnete und EU-Mitgliedstaaten ringen weiter um den EU-Haushalt 2015. Beide Seiten hoffen auf eine Einigung in letzter Minute, da ein Nothaushalt droht, wenn die Verhandlungen bis Jahresende ergebnislos bleiben.

Am vergangenen Freitag legte die EU-Kommission einen neuen Vorschlag vor, der für das kommende Jahr Ausgaben von 141,3 Milliarden Euro vorsieht. Die Mitgliedstaaten haben bisher einen Budgetumfang von 140,5 Milliarden Euro angepeilt. Das Europaparlament will 2015 dagegen 146,5 Milliarden Euro ausgeben.

Am Montag werden sich die EU-Botschafter mit dem neuen Zahlenwerk beschäftigen, um dann informelle Gespräche mit den Europaabgeordneten aufzunehmen. Sollte es zu einer Einigung kommen, könnte das Europaparlament bei seiner letzten Plenarsitzung des Jahres Mitte Dezember den Haushalt für das kommende Jahr billigen. Bis dahin muss allerdings noch hart verhandelt werden. Eines der zentralen Probleme besteht darin, dass die EU seit Jahren einen Berg von offenen Rechnungen

vor sich her schiebt, der jüngst noch einmal gewachsen ist. Im laufenden Jahr handelt es sich nach Schätzung des Europäischen Parlaments um einen Betrag von 28 Milliarden Euro. Die genaue Summe ist nicht bekannt. Die Europaabgeordneten und die EU-Kommission pochen darauf, dass die offenen Rechnungen beglichen werden. „Wir können die fälligen Zahlungen an Bürger, Organisationen und Studenten nicht weiter aufschieben“, sagt Eider Gardiazábal, Mitberichterstatterin für den Haushalt 2015.

Die Europaabgeordneten machen einen Nachtragshaushalt für 2014, der die offenen Rechnungen reduziert, zur Voraussetzung für eine Einigung zum Haushalt 2015. Bisher haben sich die Mitgliedstaaten dagegen jedoch gewehrt.

Die Zahlungskrise kommt keinesfalls überraschend. In den vergangenen Jahren haben sich die 28 EU-Mitglieder und das Europäische Parlament auf hohe Zahlungszusagen verständigt. Die Staaten haben jedoch versucht, die tatsächlichen Auszahlungen möglichst gering zu halten, auch vor dem Hintergrund des Spardrucks in den nationalen Haushalten. Es war absehbar, dass diese Strategie mit-

elfristig nicht funktionieren kann. Die Europaabgeordneten ärgert außerdem, dass die EU-Mitgliedstaaten bisher sehr viel Zeit damit verbracht haben, die Modalitäten der Nachzahlungen von Milliardenbeträgen zu regeln, die vor allem auf Großbritannien und die Niederlande zukommen. Der britische Premier David Cameron hatte die absehbaren Nachzahlungen beim EU-Gipfel im Oktober zum Politikum gemacht, obwohl solche Finanzkorrekturen üblich sind.

Die Finanzminister haben sich mit der EU-Kommission mittlerweile darauf verständigt, dass die Beträge ohne Zinsen erst im September 2015 fällig werden. Dadurch ging aber wertvolle Verhandlungszeit verloren.

Nothaushalt droht Einigen sich Europaabgeordnete und die 28 Mitgliedstaaten nicht vor Jahresfrist, dann greift die „Zwölfregel“, nach der in jedem Monat ein Zwölftel des Vorjahreshaushalts ausgegeben werden darf. Damit wäre gesichert, dass laufende Ausgaben gedeckt sind. Langfristige Projekte könnten dann allerdings nicht mehr geplant werden. Einen solchen Nothaushalt hält EU-Haushaltskommissarin Kristalina Georgieva für „ein Risiko für unsere Bürger, da die Bereitstellung der finanziellen Mittel erheblich erschwert würde“.

Indes hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in der vergangenen Woche in Straßburg das angekündigte Investitionspaket vorgestellt, welches Wachstum und Beschäftigung in Europa ankurbeln soll. Anders als zunächst angenommen, wird kein frisches Geld hineinfließen. Die EU-Kommission wird eine Garantie über 16 Milliarden Euro abgeben, hinzu kommen fünf Milliarden Euro der Europäischen Investitionsbank (EIB), so dass der neue „Europäische Fonds für Strategische Investitionen“ ein Grundkapital von 21 Milliarden Euro hat. Mit diesem Grundkapital als Sicherheit soll der Fonds 63 Milliarden Euro am Markt aufnehmen. So sollen private Investitionen von 252 Milliarden Euro angezogen werden. Indem der Fonds das Hauptrisiko von Investitionen trägt, soll das Geld „gehebelt“ werden. „Jeder Euro öffentlichen Geldes, der in den Fonds fließt, zieht ungefähr 15 Euro an Investitionen an“, rechnete Juncker vor.

Das Investitionspaket stieß im Europäischen Parlament auf ein geteiltes Echo. „Wir sehen den guten Willen, aber das Paket alleine schafft bei weitem noch keine Trendumkehr“ sagte Udo Bullmann, Vorsitzender der SPD-Abgeordneten, und forderte, dass die Mitgliedstaaten neue Mittel für Investitionen zur Verfügung stellen sollen. Juncker hat sich aber ausdrücklich dagegen ausgesprochen, dass die Länder neue Schulden aufnehmen sollen, um Investitionen zu finanzieren: „Die nationalen Haushalte stehen bereits unter Druck.“ Manfred Weber, Fraktionsführer der konservativen Europäischen Volkspartei, begrüßte den neuen Ansatz der Hebelung öffentlichen Geldes: „Es ist der richtige Weg, dass privates Kapital mobilisiert und Geld zur Finanzierung in innovative Projekte aufgebracht werden muss.“

Silke Wettach || Die Autorin ist Korrespondentin der »Wirtschaftswoche« in Brüssel.

nen Vorwurf, den Schulz mit der Aussage konkretisierte, Laizität bedeute nicht das Fehlen des Dialogs und eine Verneinung der Pluralität, auf der Europa gründe. Die Rede des Papstes bezeichnete er anschließend als „Ermütigung für die EU“. Der Heilige Vater sei eine Persönlichkeit, die Orientierung gebe in Zeiten der Orientierungslosigkeit. „Ich glaube, wir haben viele gemeinsame Aufgaben, bei denen uns die Worte von Papst Franziskus helfen“, zeigte sich Schulz überzeugt.

joh ||



Papst Franziskus im Europaparlament

»Wir können die fälligen Zahlungen nicht weiter aufschieben.«

Eider Gardiazábal, EU-Abgeordnete

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

- Mehr Information.
- Mehr Themen.
- Mehr Hintergrund.
- Mehr Köpfe.
- Mehr Meinung.
- Mehr Parlament.*

Bestellen Sie unentgeltlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@is-medien.de
www.das-parlament.de



Gemeinsam, aber nicht im Gleichschritt

UMWELT Trotz fundamentaler Unterschiede in der Energiepolitik wollen Deutschland und Frankreich den globalen Klimaschutz voran treiben

Deutschland und Frankreich haben wieder ein gemeinsames Ziel. Mit vereinten Kräften wollen sich Parlamentarier beider Länder dafür einsetzen, dass der UN-Klimagipfel Ende 2015 in Paris mit einem bindenden und umfassenden Abkommen für die Zeit nach 2020 endet. So soll die Erderwärmung unter der kritischen Marke von zwei Grad Celsius gehalten werden. „Wir sehen uns in der Verantwortung, die Treibhausgasemissionen unserer Staaten bis zur Mitte des Jahrhunderts um 80 bis 95 Prozent zu senken und somit zur Eindämmung der globalen Treibhausgasemissionen beizutragen“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, die Mitglieder des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Mitte November in Paris mit den Kollegen des französischen Ausschusses für nachhaltige Entwicklung und Raumordnung verabschiedeten. Europa müsse Antreiber der internationalen Klimaverhandlungen sein, fordern die Abgeordneten. Zugleich bestärkten sie die

Anstrengungen Deutschlands und Frankreichs, die erneuerbaren Energien zur wichtigsten Energiequelle auszubauen. Das klingt gut nach all den Auseinandersetzungen beider Länder über den richtigen Weg, Europas Wirtschafts- und Wachstumskrise zu beenden. In Europa fürchtete man schon, der deutsch-französische EU-Motor würde ins Stocken geraten. Doch wie effizient können Deutschland und Frankreich in Sachen Klimaschutz überhaupt an einem Strang ziehen, wo doch die Energiepolitik in beiden Staaten höchst unterschiedlich ist?

Kein Komplettausstieg Berlin hat nach dem Reaktorunglück im japanischen Fukushima 2011 den Komplettausstieg aus der Atomkraft beschlossen. Frankreich verfügt mit 58 Reaktoren über den größten Atompark der Welt. 75 Prozent des Strombedarfs werden durch Kernenergie gedeckt. Kernkraftbefürworter loben, dass der Treibhausgas-Ausstoß pro Kopf deshalb in Frankreich um 30 bis 40 Prozent niedriger ist als bei den Nachbarn jenseits des Rheins, wo noch immer zahlreiche alte Kohlekraftwerke in Betrieb sind. Das französische Abgeordnetenhaus hat nun ein Gesetz beschlossen, wonach der Anteil der Atomenergie an der Stromver-

sorgung bis 2025 auf 50 Prozent sinken soll. Gleichzeitig soll sich der Anteil erneuerbarer Energien verdoppeln. Die „Energie-wende“ à la française bedeutet aber nicht, dass reihenweise Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Dafür sind die Franzosen viel zu preispfindlich – mit 13,7 Cent pro Kilowattstunde bezahlen sie gerade halb soviel wie die deutschen Stromverbraucher. Die Leistung der bestehenden Atomkraftwerke wurde lediglich beim ak-

tuellen Stand von 63,2 Gigawatt gedeckelt. Nur für jedes neu entstehende Kraftwerk müsste also ein altes vom Netz gehen. Nachdem sich die Inbetriebnahme des modernen Druckwasserreaktors EPR im normannischen Flamanville bis mindestens 2017 verzögert, hält der Ingenieur und Energieökonom Benjamin Dessus selbst die versprochene Abschaltung des ältesten französischen Atomkraftwerks Fessenheim an der deutsch-französischen Grenze vor-

erst für unwahrscheinlich. „Frankreich wird mit Sicherheit einen anderen Weg der Transformation vollziehen“, ist Severin Fischer, Energieexperte bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), überzeugt. „Dabei wird ein stärkerer Fokus auf die Klimaverträglichkeit des gesamten Energiesystems gelegt.“ Und Klimaverträglichkeit bedeutet in Frankreich nun einmal den Einsatz von Atomkraft.

Nach der Präsidentschaftswahl im Jahr 2017 könnte die „Energie-wende“ unter einer neuen politischen Führung ganz neu geschrieben werden. Für das deutsch-französische Tandem bedeutet diese Ungewissheit, dass beide Staaten wie bereits in den vergangenen Jahrzehnten Kraft aus ihren Unterschieden ziehen müssen. Deutschland könnte sich etwa ein Beispiel an der französischen Förderung der Elektromobilität nehmen, Frankreich von der energieeffizienten Gebäudesanierung in Deutschland lernen, um den häufig durch Verschwendung verursachten hohen Energieverbrauch zu senken.

Gemeinsam für etwas kämpfen hieß für Paris und Berlin eben schon oft: Kompromisse schließen.

Karin Finkenzeller || Die Autorin ist Korrespondentin der »Wirtschaftswoche« in Paris.



Die Vorsitzenden der Umweltausschüsse in Paris und Berlin, Jean-Paul Chanteguet (li.) und Bärbel Höhn (re.) © Assemblée nationale

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Fast 40 Jahre lang hat das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, die Stasi, die Menschen des sozialistischen Staates bespitzelt und tyrannisiert. Am 15. Januar 1990 setzten Bürger dem ein symbolisch wirkmächtiges Ende: Sie stürmten und besetzten die Stasi-Zentrale an der Normannenstraße in Berlin-Lichtenberg. Bereits in den Wochen zuvor hatten Bürgerrechtler Bezirks- und Dienststellen der Stasi in anderen Städten übernommen, um zu verhindern, dass dort Akten vernichtet werden. Mit der Besetzung der Stasi-Zentrale fiel nach der Mauer ein weiteres Herrschaftssymbol der SED-Diktatur. Es begann bald danach die Aufarbeitung des Unrechts, das Abertausenden DDR-Bürgern durch den Geheimdienst angetan worden war. Dieser Prozess dauert bis heute an. Die Frage, wie das künftig unter anderem institutionell umgesetzt werden kann, ist Gegenstand einer Expertenkommission, die sich am vergangenen Donnerstag in Berlin konstituierte. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) erinnerte zu Beginn der Sitzung an die Ereignisse rund um die Normannenstraße. Es seien damals eindrucksvolle Bilder im Fernsehen zu sehen gewesen, die er in „lebhafter Erinnerung“ habe. Doch sei die Erstürmung und Besetzung eben nicht nur von symbolischer, sondern auch von großer „operativer Bedeutung“ gewesen. Schließlich hätten die DDR-Bürger die Vernichtung weiterer Stasi-Unterlagen erfolgreich verhindert und so eine Aufarbeitung ermöglicht. Lammert wies die Kommissionsmitglieder darauf hin, dass sie vor einer „ganz besonderen, ganz besonders delikaten Fragestellung“ stünden – denn in den Unterlagen geht es um die Biografien vieler noch lebender Personen.

Vorsitzender gewählt Vorsitzender der Kommission ist Wolfgang Böhmer (CDU). Der ehemalige Ministerpräsident Sachsen-Anhalts wurde einvernehmlich in dieses Amt gewählt. Gegenkandidaten gab es keine. Die Experten wurden nach Fraktionsproporz in das Gremium entsandt: Die CDU/CSU schlug sieben Mitglieder vor, die SPD fünf, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen schickten jeweils einen Experten. Keines der Mitglieder ist im Bundestag oder Bundesrat aktiv. Die Expertenkommission soll bis Frühjahr 2016 Empfehlungen auf Grundlage des Gedenkstättenkonzeptes des Bundes ausarbeiten, wie die Aufgaben der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) künftig fortgeführt werden sollen. Dabei geht es zum Beispiel um die Frage der institutionellen Trägerschaft, ob zum Beispiel die Behörde im Bundesarchiv aufgehen sollte oder nicht. Die Diskussion darüber schwelt schon seit längerem. In der vergangenen Legislaturperiode setzte die schwarz-gelbe Koalition zunächst durch, die BStU in dieser Form bis 2019 zu erhalten. Im Sommer dieses Jahres verabschiedete der Bundestag schließlich einen Antrag zur Einsetzung der Kommission, den die Fraktionen von Union, SPD und Grünen gemeinsam ausgearbeitet hatten. Der Einsetzungsbeschluss gibt vor, dass sich die 14 Kommissionsmitglieder unter anderem mit der Erfassung, Verwahrung und Verwaltung der Stasi-Unterlagen und deren Verwendung sowie mit der Zukunft der Außenstellen der Behörde beschäftigen sollen. Im Grunde soll sich wenig an der aktuellen Situation ändern. Der Zugang zu den Akten soll grundsätzlich so bleiben, wie ihn das Stasi-Unterlagen-Gesetz derzeit gewährt. Auch der Bestand soll in Gänze erhalten bleiben, personenbezogene Daten sollen auf keinen Fall vernichtet werden.

Aktenlage

STASI Experten-Kommission zum Umgang mit dem Erbe der SED-Diktatur hat sich konstituiert



Wolfgang Böhmer (links neben Bundestagspräsident Norbert Lammert) leitet die Kommission. © DBT/Achim Melde/picture-alliance/dpa/Collage: Stephan Roters

Die Unions-Fraktion schickte neben Böhmer unter anderem Wolfgang Wieland, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Grünen, sowie Rainer Wagner, den Bundesvorsitzenden der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft sowie Vorsitzenden der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, in die Kommission. Die SPD-Fraktion hat unter anderem den früheren Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse (SPD) in die Kommission entsandt, der sich auch während seiner parlamentarischen Laufbahn intensiv mit dem Themenkomplex auseinandergesetzt hatte. Ebenfalls von den Sozialdemokraten aufgestellt wurde Klaus-Dietmar Henke. Der Historiker war von 1992 bis 1996 Leiter der Abteilung Bildung und Forschung beim BStU. Die Linke entsandte Silke Satjukow, Professorin für Geschichte der Neuzeit an der Universität Magdeburg. Für die Grünen sitzt der Politikwissenschaftler Peter Wurschi von der Stiftung Ettersberg in dem Gremium.

Whoin die Reise geht, ist noch offen. Böhmer betonte, dass es noch „keinen Meinungskonsens“ gebe – dafür sei schließlich die Kommission eingerichtet worden. Gegenüber der Wochenzeitung „Die Zeit“ sagte der 78-Jährige jüngst, dass die Behörde nicht „ohne Weiteres“ aufgelöst werde, denn es gebe noch zahlreiche Betroffene, die in ihre Akten einsehen wollen. **Grundlagen** Die Akten der Staatssicherheit werden bisher durch die BStU verwaltet. Bereits zu DDR-Zeiten und unmittelbar nach der Wiedervereinigung hatte sich der jetzige Bundespräsident Joachim Gauck als Sonderbeauftragter um den Umgang mit dem Geheimdienstarchiv gekümmert. Mit Verabschiedung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes 1991 wechselte Gaucks Amtsbezeichnung. Seine Nachfolgerin wurde 2001 Marianne Birthler. Seit 2011 leitet Roland Jahn die Behörde. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz regelt unter anderem, wer unter welchen Umständen Zugang zu den Unterlagen erhält. *Sören Christian Reimer*

Mit Gold zur Staatsknete

PARTEIEN Lammert empfiehlt Gesetzesänderung

Die Erlöse aus dem Handel der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) mit Gold sind Einnahmen im Sinne des Parteiengesetzes und im Rechenschaftsbericht auszuweisen. Damit erhöhen sie auch die sogenannte „relative Obergrenze“ der staatlichen Zuschüsse an die Partei, lautet das Ergebnis einer Prüfung der Bundestagsverwaltung, die hierzu auch eine Stellungnahme des „Arbeitskreises Parteienfinanzierung“ des Instituts der Wirtschaftsprüfer eingeholt hat. Dies ist der AfD in einem Schreiben des zuständigen Referats der Bundestagsverwaltung mitgeteilt worden. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) nahm das Ergebnis der Prüfung zum Anlass, den Innenausschuss zu bitten, sich im Zuge von ohnehin anstehenden Beratungen einer Reform einzelner Bestimmungen des Parteiengesetzes auch mit dieser Anrechnungsregelung zu befassen. Dass die von der AfD betriebenen Handelsgeschäfte zur Erhöhung der staatlichen Zuschüsse an die Partei führen, widerspricht nach seiner Auffassung dem verfassungsrechtlichen Grundgedanken, dass Parteien sich mindestens zur Hälfte selbst finanzieren müssen, worin sich – einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts folgend – die hinreichende gesellschaftliche Verwurzelung von auch staatlich geförderten Parteien abbilden soll. Eine gesellschaftliche Verwurzelung werde durch den Handel mit Gold aber sicherlich nicht dokumentiert, meint Lammert. Die Höhe der staatlichen Zuschüsse an eine Partei richtet sich grundsätzlich nach

der Zahl der Wählerstimmen und den erzielten Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Sie dürfen laut Parteiengesetz aber nicht höher sein als die Summe der selbsterwirtschafteten Einnahmen der Partei. Auch dürfen sich Parteien selbst unternehmerisch betätigen oder an Unternehmen beteiligen und ihre hierbei erzielten Einnahmen als Eigeneinnahmen im Sinne der relativen Obergrenze erfassen. Doch anders als bei den Einnahmen aus Beteiligungen, die in der Regel aus solidierten Beträgen (dem Gewinn) stammen, gilt bei den übrigen Einnahmearten seit 2002 aus Transparenzgründen durchgängig ein striktes Saldierungsverbot. Alle Einnahmen und Ausgaben sind unsaldiert im Rechenschaftsbericht auszuweisen, und für die Berechnung der relativen Obergrenze fordert das Parteiengesetz die Bezugnahme auf die so ausgewiesenen Einnahmen. Der Bundestagspräsident hatte in seinem im Dezember 2013 vorgelegten Bericht über die Entwicklung der Parteienfinanzen sowie die Rechenschaftsberichte der Parteien 2010 und 2011 (18/100) Änderungen des Parteiengesetzes angeregt. Sie betreffen etwa den Umgang mit unzulässigen Parteispenden und Sanktionszahlungen, die Berücksichtigung ehrenamtlicher Mitarbeiter von Nichtparteimitgliedern als Parteieinnahme und das Sponsoring. Hinzukommen soll nun die Frage der Anrechnung von Einnahmen aus der unternehmerischen Tätigkeit einer Partei. **PA**

Die Anrechnung solcher Einnahmen ist ein Thema für den Innenausschuss.

Interesse nur am Böller

AFFÄRE Edathy am 18. Dezember im Ausschuss

Die Abgeordneten des 2. Untersuchungsausschusses fühlen sich dupiert. Sie untersuchen, ob es im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen ihren ehemaligen Kollegen Sebastian Edathy wegen des Verdachts der Nutzung von Kinderpornografie zu Ungereimtheiten gekommen ist. Dazu haben sie für den Nachmittag des 18. Dezember Edathy als Zeugen geladen. Und nun mussten sie aus der Zeitung erfahren, dass der frühere SPD-Abgeordnete am Vormittag desselben Tages vor der Bundespressekonferenz auftreten will. Ungeachtet dessen zieht der Ausschuss sein Programm durch. Vergangene Woche ließ er sich das Computersystem des Bundeskriminalamts (BKA) erläutern, in dem der Kinderporno-Verdacht gegen Edathy so lange unentdeckt blieb. In dieses Vorgangsbearbeitungssystem (VBS) war Anfang 2012 eine Liste mit Namen von rund 800 Kunden eines kanadischen Kinderporno-Vertriebs eingespeist worden, darunter der Edathys. Mehr als ein Jahr später hatten vier BKA-Mitarbeiter im Zusammenhang mit einem Anschlag auf Edathys Wahlkreisbüro dessen Namen als Suchbegriff in das VBS eingegeben. Sie seien dabei nicht auf den anderen Eintrag aufmerksam geworden, hatten sie im Innenausschuss vor

der Sommerpause versichert. Wie plausibel diese Aussage war, wollte der Untersuchungsausschuss nun klären. Kriminaloberarzt Guido Schweickardt von der IT-Abteilung des BKA erläuterte, für das VBS gelte der Grundsatz: „Je weiter Sie von dem Vorgang weg sind in der Hierarchie, umso weniger dürfen Sie“. Deshalb hätten Mitarbeiter anderer Abteilungen keine Möglichkeit gehabt, auf Daten der Kinderporno-Ermittler zuzugreifen. Sie hätten lediglich sehen können, welche Dienststellen mit einem Vorgang zu tun haben, in dem der gesuchte Name vorkommt. Beim Suchbegriff „Edathy“ habe es 72 solche Treffer gegeben, erläuterte Schweickardt. Die meisten hätten mit dienstlichen Kontakten des Politikers mit dem BKA zu tun gehabt. Die vier Beamten, die den Suchbegriff Edathy eingegeben hatten, versicherten, sie hätten nur den Vorgang zu einer Böller-Explosion im Briefkasten von Edathys Wahlkreisbüro Ende Dezember 2012 gesucht. Andere Vorgänge hätten Sie nicht interessiert. Ihre Aussagen lieferten keinen Hinweis, dass eine mögliche Kinderporno-Verwicklung Edathys früher festgestellt wurde als bisher bekannt. Damit gibt es bisher keinen Anhaltspunkt dafür, dass er aus dem BKA gewarnt worden sein könnte. *Peter Stützel*

»Je weiter Sie von dem Vorgang weg sind, um so weniger dürfen Sie.«
BKA-Mann Schweickardt

STICHWORT

Stasi-Unterlagen-Behörde in Zahlen

- > Aktenbestand** In den Archiven des BStU befinden sich rund 111 Kilometer aufgefundene Akten der Staatssicherheit. Zudem liegen mehr als 15.000 Papiersäcke, Kartons und Ähnliches mit zerrissenem Inhalt vor, die rekonstruiert werden.
- > Anträge** Seit 1992 zählte die Behörde (Stand: 30. Juni 2014) 6.916.770 Anträge und Ersuchen. Darunter waren 3.015.030 Anträge von Bürgern auf Auskunft, Einsicht und Herausgabe. 2013 registrierte die BStU mehr als 64.000 Bürgeranfragen, im ersten Halbjahr 2014 waren es knapp 32.500.
- > Überprüfung** In 1.755.284 Fällen wurde die Behörde zwecks Überprüfung von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes angefragt. *Quelle: BStU*

Spionieren in Grauzonen

NSA-AUSSCHUSS Auch im Fall von Verboten eröffnen sich dem BND offenbar gewisse Spielräume

Der Disput zwischen André Hahn von der Linken und Stefan Burbaum, einst beim Bundesnachrichtendienst (BND) als „G-10-Jurist“ für Fragen im Zusammenhang mit dem von Artikel 10 des Grundgesetzes garantierten Fernmeldegeheimnis zuständig, mutete wie Wortklauberei an. Wenn an einem Internet-Knoten die Kopie eines Datenstroms auf BND-Rechner geleitet werde, würden dabei Informationen über Bundesbürger weder gespeichert noch erfasst, konterte der Zeuge entsprechende Vorwürfe Hahns: Die Daten seien noch „im Fluss“ und in dieser Phase würden Erkenntnisse über „Grundrechtsträger“ ausgefiltert und sofort „gelöscht“ oder „vernichtet“; erst nach dieser „Vorreduzierung“ werde die restliche Datenmenge gespeichert. Für Hahn indes zählt anderes: Zapfe der BND Kabel an, gelangten zunächst alle Datenströme und damit auch Informationen über Deutsche in dessen „Hoheit“. Solche Details waren für Linke und Grüne wichtig, als sie vergangene Woche vor dem zur Aufklärung des NSA-Spähskandals eingesetzten Untersuchungsausschuss die These Burbaums hinterfragten, beim BND seien „G-10-Daten“ etwas „besonders Schützenswertes“. Für den Geheimdienst sind „G-10-Daten“, also Informationen über hiesige Bürger, eigentlich tabu. Schon gar



Der Dienstsitz des Bundesnachrichtendienstes in Berlin. © picture-alliance/dpa

nicht dürfen solche Erkenntnisse an den US-Geheimdienst NSA übermittelt werden. Eingriffe in das Fernmeldegeheimnis muss die G-10-Kommission des Bundestags genehmigen. Die Abgeordneten sollen nun prüfen, ob sich der BND daran hält oder der NSA Schützenhilfe bei der millionenfachen Ausforschung der Telekommunikation von Deutschen geleistet hat. Die Opposition ortete nicht nur bei der Frage, von welchem Zeitpunkt an der BND

Daten von Bundesbürgern „speichert“, einen „Graubereich“, der Spielräume eröffnet. Ähnlich sieht es bei dem von Burbaum bestrittenen Vorwurf aus, der BND sammle Daten „massenhaft“. Das sei schon deshalb unmöglich, weil man nur 20 Prozent einer zur Ausspähung vorgesehenen Datenmenge auswerten dürfe. 20 Prozent? Dieses Limit beziehe sich auf die maximale Kapazität eines Datenstrangs, kritisierte Konstantin von Notz (Grüne),

doch werde dieses Potenzial meist nicht voll genutzt: Sei ein Kabel nur zu zehn Prozent belegt, könne der BND zu 100 Prozent auf diesen Datenstrom zugreifen. Und dann die „Funktionsträgertheorie“. Auch im Ausland darf der BND nicht Deutsche ausspionieren. Burbaum erläuterte, dass dies aber nicht für deutsche „Funktionsträger“ gelte, sofern sie dienstlich telefonieren oder E-Mails versenden – wenn etwa jemand für ein Unternehmen in Afghanistan arbeitet. Martina Renner (Linke) monierte, dass der BND somit auch hiesige Journalisten ausspähnen könne, die für ausländische Medien berichten. Daten von Ausländern kann der BND im Prinzip unbeschränkt nutzen, es sei denn, sie kommunizieren mit Deutschen. Auf dem Gebiet bewege sich der BND weithin im „rechtsfreien Raum“, kritisierte Christian Flisek (SPD). Aus Sicht von Roderich Kiesewetter (CDU) kann indes keine Rede davon sein, dass der BND in einem Graubereich agiere. *Karl-Otto Sattler*

Die Parteien vor Herausforderungen

Innerparteiliche Demokratie im Wandel



Parteien und Demokratie
Innerparteiliche Demokratie im Wandel
Herausgegeben von Ursula Münch, Uwe Kranenpohl und Dr. Henrik Gast
2014, 203 S., brosch., 39,- €
ISBN 978-3-8487-1202-1
(Tützingen Studien zur Politik, Bd. 6)
www.nomos-shop.de/22356

Sinkende Mitgliederzahlen und schwindendes öffentliches Vertrauen verweisen auf die gesellschaftlichen Legitimationsprobleme westlicher Parteien. Der Band vereint Beiträge, die unterschiedliche Probleme, Entwicklungen und Lösungsansätze in zumeist vergleichender Perspektive diskutieren. Im Fokus stehen u. a. innerparteiliche Urwahlen, Reformen der Kandidatenrekrutierung und „Liquid Democracy“.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



AUFGEKEHRT

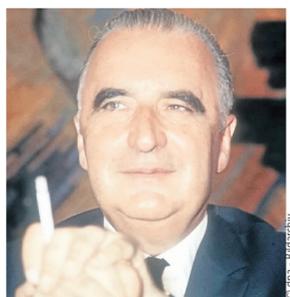
Taschentücher für den WHM

Was haben Recep Tayyip Erdogan und Volker Kauder gemeinsam? In ihren Bücherschränken werden wir das Werk „Der weiße Mann. Ein Anti-Manifest“ von Luca di Blasi wohl vergeblich suchen. Der deutsch-italienische Philosoph stimmte Ende vergangenen Jahres nämlich nicht weniger als den Abgesang auf den „WHM“ an. Der WHM – das Kürzel steht für weißer, heterosexueller Mann – gilt unter Feministinnen und Feministen, Vorkämpferinnen und Vorkämpfern des „gender mainstream“ als der idealtypische Hauptverantwortliche für alles, was seit der Vertreibung von Eva und Adam aus dem Paradies schief gelaufen ist – bis hin zu Rainer Brüderles missglücktem Dirdl-Dialog. Ob Unterdrückung der Frau, Rassismus oder Diskriminierung von Homosexuellen – WHM habe stets die erste Geige gespielt. Doch damit soll nun Schluss sein. Nur Erdogan weiß das noch nicht. Gleichstellung der Frau? Mit ihm nicht zu machen, stellte er kategorisch fest. Das widerspreche dem Islam, sei unnatürlich und schade außerdem der türkischen Nation. Und Kauder? Er ahnt wohl was. Zumindest musste er sich von SPD und Grünen vorhalten lassen, er solle sich seine an Manuela Schwesig adressierten „Macho-Sprüche“ sparen und nicht „rumheulen“. Vielleicht hätte er die verschmähten Taschentücher ja nicht nur zum Stillen eines unkontrollierten Tränenflusses. Man kann auch ganz hervorragend mit ihnen zum Abschied winken – so als WHM. Oder man schiekt sie nach Ankara. *Alexander Weinlein*

VOR 45 JAHREN...

Frischer Wind für Europa

1.12.1969: Haager Gipfelkonferenz Beobachter sprachen von frischem Wind in der Europäischen Gemeinschaft. Beim Gipfeltreffen in Den Haag am 1. und 2. Dezember 1969 debütierten Willy Brandt (SPD) als Bundeskanzler und Georges Pompidou als französischer Präsident auf internationaler Bühne. Beide reisten mit unterschiedlichen



Georges Pompidou

Zielen im Gepäck in die Niederlande. Dennoch wurde der Gipfel zum Wendepunkt in der europäischen Einigungsgeschichte. Vollendung, Vertiefung, Erweiterung – so lautete die französische Formel für die Entwicklung der EG. Und zwar in dieser Reihenfolge. Die anderen fünf Staaten, besonders Deutschland, pochten dagegen auf Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, die schon Pompidous Vorgänger Charles de Gaulles abgelehnt hatte. Paris ging es gleichzeitig um eine endgültige Regelung der Agrarfinanzierung. Ein Streit darüber hatte Mitte der 1960er Jahre eine Krise ausgelöst, als Frankreich durch die sogenannte „Politik des leeren Stuhls“ – das Fernbleiben vom Ministeramt – die EG lähmte. Während der zwei Tage in Den Haag ging man mehrere diplomatische Schritte aufeinander zu. So wurde beschlossen, zeitnah eine neue Agrarmarktordnung zu entwickeln. Gleichzeitig legte Pompidou die französische Blockadehaltung in der Briten-Frage ab und gab sein Einverständnis zu Beitrittsverhandlungen, die spätestens im Juli 1970 beginnen sollten. Der Startschuss zur EG-Nordenweiterung. Außerdem sollte ein Stufenplan zur Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion erstellt werden. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: FORUM DER VEREINIGUNG FÜR PARLAMENTSFragen



Das Podium bei der Diskussion: Eva Högl (SPD), Norbert Lammert (CDU), Heinrich Oberreuter und Dieter Grimm (von links)

© Deutscher Bundestag/Achim Meile

»Das Wahlgesetz ist ein teutonisches Monstrum«

Wenn sich die Teilnehmer einer Diskussionsrunde über die Bewertung des gesetzten Themas weitgehend einig sind, ist Langeweile programmiert? Das muss keineswegs so sein, wie am Donnerstagabend im Deutschen Bundestag zu besichtigen war. Jakob-Kaiser-Haus, Sitzungssaal 1.302, 18 Uhr. Der Raum ist bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen hatte zum Forum mit dem Thema „Hüter der Verfassung – das Spannungsverhältnis zwischen Bundestag und Bundesverfassungsgericht“ geladen. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) und Dieter Grimm, bis 1999 mehr als zwölf Jahre Bundesverfassungsrichter, waren gekommen, um sich unter der Moderation von Heinrich Oberreuter, dem ehemaligen Direktor der Akademie für politische Bildung in Tutzing, über das Zusammenspiel beider Verfassungsorgane auszutauschen. Ein Zusammenspiel, das keineswegs spannungsfrei sei, wie Eva Högl, Vorsitzende der gastgebenden Vereinigung und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, in ihrer Begrüßung feststellte. Deshalb habe der Bundestagspräsident in seiner Amtszeit schon mehrfach

Entscheidungen der Richter ebenso öffentlich wie deutlich kritisiert. Der Angesprochene nahm diesen Ball auf. Das Spannungsverhältnis zwischen Bundestag und Bundesverfassungsgericht sei systemimmanent, sagte Lammert. Aber: „Wenn es das nicht gäbe, müssten wir uns Sorgen machen.“ Parlament und Gericht seien „ungleiche Geschwister in der Familie der Verfassungsorgane“, die übrigens beide vor allem auch im Ausland einen exzellenten Ruf genossen. Die notwendige Machtbalance zwischen den Institutionen sei gut gelungen. Und: „Mir fällt kein zweites Land ein, wo das ähnlich gut gelungen wäre.“ Also kein Grund zur Kritik? So einfach ist es dann auch wieder nicht. Denn: „Das Bundesverfassungsgericht trifft eben nicht ausschließlich juristische, sondern hoch politische Entscheidungen“, betonte Lammert und erinnerte an die Rollenverteilung: „Hüter der Verfassung ist nicht der Bundestag, sondern das Bundesverfassungsgericht. Für die Gesetzgebung ist nicht das Bundesverfassungsgericht, sondern der Bundestag zuständig.“ Wenn die Richter also politische Abwägungen trafen, die ins Parlament gehörten, sei das problematisch. Oft ersetze das Gericht vertretbare

parlamentarische Entscheidungen durch eigene vertretbare Entscheidungen. Dieser Kritik schloss sich der ehemalige Bundesverfassungsrichter Dieter Grimm im Grundsatz an. Streitfragen würden auf der Grundlage der, oft vage gehaltenen, Verfassung entschieden. Vor diesen Entscheidungen stünde daher immer die juristische Interpretation. Das daraus folgende Urteil sei ebenso wie die Wirkung dieses Votums „unweigerlich politisch“. Wie zum Beispiel die jüngste Korrektur des Wahlgesetzes durch die Verfassungsrichter. Daraus, so Lammert, sei ein „teutonisches Monstrum“ entstanden mit dem Ergebnis, dass der Wähler nicht einmal wisse, wie viele Mitglieder des Bundestages er eigentlich wähle. Lammert mahnte dringend eine Korrektur an, die noch vor der nächsten Bundestagswahl 2017 erreicht sein müsse. Und doch: „Unter der Berücksichtigung gelegentlicher Ärgernisse“ sei das Zusammenspiel beider Verfassungsorgane ein gelungenes, resümierte Lammert am Ende des Abends. Nicken auf dem Podium, Beifall im Plenum, einweilen adventlicher Frieden – bis zum nächsten strittigen Urteil aus Karlsruhe. *Jörg Biallas*

Wenn Namen den Weg ebnen

PARLAMENTSGESCHICHTE Oft ebnet allein ein bekannter Name die Karriere – auch in der Politik. In der Geschichte des Reichstags von 1871 bis 1918 gehörten vor allem den liberalen Fraktionen Träger bekannter Namen an. Darunter war Gotthold Lessing, Nachfahre des Dichters und Mitbesitzer der „Vossischen Zeitung“ in Berlin. Ihm gehörte auch das Schloss Meseberg, das heutige Gästehaus der Bundesregierung. Ferner saßen im Parlament der Chemiker Wilhelm Büchner, jüngerer Bruder des Dramatikers Georg Büchner, sowie Franz von Liszt, bekannter Strafrechter und Vetter des Komponisten. Auch Eduard Brockhaus, Komplementär des Verlagshauses, Adolf Brüning, Mitbegründer der Farbwerke Hoechst, Hugo Buderus, Spross der Wetzlarer Eisendynastie, Georg Siemens, Wegbereiter der Deutschen Bank, sowie der Begründer der „Frankfurter Zeitung“, Leopold Sonnemann, gehörten dem Reichstag zu unterschiedlichen Zeiten an. MdR waren ferner Friedrich Kapp, Vater des 1920 putschenden Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp, dazu Max Weber, Vater des gleichnamigen Wegbereiters der Soziologie, Johannes Tönnies, Bruder des Soziologen Ferdinand Tönnies, und Paul Langerhans, dessen Sohn durch die Entdeckung der sogenannten Langerhansschen Inseln als Teil der Bauchspeicheldrüse den Weg zur modernen Diabetesforschung wies. Aber auch Verwandte bedeutender Persönlichkeiten sind zu nennen: Walter Dirichlet-Lejeune und Waldemar Graf von Oriola, Ersterer ein Neffe des Komponisten Felix Mendelssohn-Bartholdy, Letzterer ein Enkel Bettina von Arnims. *Bernd Haunfelder*

PERSONALIA

>Wolfgang Schollmeyer † Bundestagsabgeordneter 1969-1972, SPD Wie erst jetzt bekannt wurde, starb Wolfgang Schollmeyer am 25. Oktober im Alter von 80 Jahren. Der Berliner Rechtsanwalt und frühere Ministerialdirigent in der Verwaltung des Deutschen Bundestages trat 1962 der SPD bei, gehörte dem Vorstand des Ortsvereins Celle an und war seit 1964 dort Ratsherr. Im Bundestag arbeitete Schollmeyer im Rechtsausschuss sowie im Haushaltsausschuss mit.

>Manfred Luda † Bundestagsabgeordneter 1961-1980, CDU Am 24. November starb Manfred Luda im Alter von 93 Jahren. Der aus Meinerzhagen im Märkischen Kreis stammende promovierte Jurist, Rechtsanwalt und Notar trat 1949 der CDU bei, war von 1949 bis 1980 CDU-Vorstandsmitglied im Kreis Lüdenscheld und im Märkischen Kreis sowie Vorstandsmitglied seiner Partei in Westfalen-Lippe. Von 1964 bis 1970 und von 1979 bis 1989 war Luda Ratsherr seiner Heimatstadt sowie von 1956 bis 1964 und von 1979 bis 1982 Kreistagsabgeordneter. Luda, langjähriger Wirtschafts- und Finanzexperte der CDU/CSU-Fraktion sowie einer der wichtigsten Wegbereiter der „Mehrwertsteuer“, hat im Bundestag vorwiegend im Wirtschaftsausschuss mitgearbeitet.

>Reinhold Kreile Bundestagsabgeordneter 1969-1987, 1988-1990, CSU Reinhold Kreile vollendet am 1. Dezember sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt gehörte dem CSU-Parteipräsidenten und dem Parteivorstand an. Von 1983 bis 1987 amtierte er als finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Kreile, als Steuerfachmann weit über die Parteigrenzen hinaus geschätzt, ist außerdem Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu dieser Thematik und zum Urheberrecht. Er engagierte sich vorwiegend im Finanzausschuss.

>Paul Neumann Bundestagsabgeordneter 1965-1983, SPD Paul Neumann vollendet am 6. Dezember sein 85. Lebensjahr. Der kaufmännische Angestellte aus Stelle/Kreis Harburg trat 1948 in die SPD ein, war dort 22 Jahre Ratsherr, amtierte von 1962 bis 1965 als Gemeindevorstand und von 1968 bis 1971 sowie von 1986 bis 1996 als Bürgermeister. Neumann, von 1975 bis 1983 Obmann und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Fraktion, engagierte sich im Bundestag im Verteidigungsausschuss. *bmh*

LESERPOST

Zur Ausgabe 46 vom 10. November 2014, „Inakzeptable Positionen“ auf Seite 13:

In seinem Bericht geht der Autor auf die Legitimität der Wahlen in der Ostukraine ein. Diese Frage ist von zentraler Bedeutung, seitdem Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Pressekonferenz in Mailand, nach ihrem ausführlichen Gespräch mit Putin, diese Frage zum Kern des Konflikts zwischen Russland und dem „regelgebundenen“ Westen erklärt hat. Spätere Einlassungen der Pressesprecher (von Frau Merkel als auch des Auswärtigen Amtes) zeigen, dass eigentlich die Kompatibilität mit dem Protokoll von Minsk gemeint ist. Diese behauptete Inkompatibilität ist bislang weder in den Medien noch seitens der Bundesregierung dargelegt. Die Schlussfolgerung des Autors, „die Separatisten [hätten mit] ihren eigenen Wahlen ... den gesamten Deeskalationsprozess infrage [gestellt]“ sehe ich noch nicht. *Jochen Luhmann, Wuppertal*

Zur Debatte um die Commerzbank und die Rolle der Regierung: Der Staat hält an der Commerzbank noch 17 Prozent Anteile im Wert von knapp 1,8 Milliarden Euro – gekauft zu

5,1 Milliarden Euro. Was gedenkt die Regierung damit zu tun? Wie sieht das Meinungsspektrum aus? Kommt die Konsolidierung der Bank voran? Die Bankenkrise ist jetzt sechs Jahre her. Was tut die „Bad Bank“ der Commerzbank? Muss der Staat hier erneut Geld zuschießen? Ist für das Aktienpaket ein Käufer in Sicht? Will der Bund überhaupt aussteigen? Über ein paar Antworten der Regierung würde ich mich freuen. *Andreas Scheuer, Kerpen*

Zu „Das Parlament“ und „Aus Politik und Zeitgeschichte“ im Allgemeinen: Ich habe das Abonnement von „Das Parlament“ bisher nicht bereut. Ich finde

die Berichterstattung und die Informationen, die mit ihrer Zeitung an die Leser herangetragen werden, sehr interessant. Neben der Berichterstattung zur Politik und zur Arbeit des Deutschen Bundestages sowie zur Wiedergabe der wichtigsten Reden von den Bundestagssitzungen interessieren mich auch die in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ behandelten Themen. *Gerhard Miska, Chemnitz*

Die Zeitung „Das Parlament“ ist überall zu finden. Ich habe ein Exemplar in einem „Cinema Club“ gefunden. Wo?, wird man sich fragen. In Verkade Fabriek – das ist im holländischen Herzogen-

busch, etwa 80 Kilometer südlich von Amsterdam. *Bart van der Veer, per E-Mail*

Zur Ausgabe 46 vom 10. November 2014, „Flucht und Verantwortung“ auf Seite 1:

Viele Flüchtlinge kommen aus den armen Ländern Afrikas nach Deutschland. Nicht selten spielen dabei auch finanzielle Aspekte eine Rolle. Von den 2013 alleine nach Deutschland eingereisten minderjährigen Asylbewerbern sind über 80 Prozent männlich. Deutschland hat sich als Ziel gesetzt, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die Entwicklungshilfe zu investieren. Ein Teil der durch Asylbewerber verursachten Kosten wird in die Entwicklungshilfeausgaben eingerechnet und steht somit nicht mehr in Krisen- und Entwicklungsländern zur Verfügung. Deutschland sollte seine Hilfe vor Ort konzentrieren, um möglichst viele Menschen gerecht, unabhängig vom Geschlecht und nachhaltig zu erreichen. *Sebastian Richter, Berlin*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 8. Dezember.

SEITENBLICKE



BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 1. – 5.12.2014

Flüchtlinge in Deutschland (Do)
Afghanistan-Mandat (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Dr. Sahra Wagenknecht, DIE LINKE:

Opferrituale vor Ihrer neuen Göttin – der »schwarzen Null«



Sahra Wagenknecht (*1969)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Frau Bundeskanzlerin, Sie werden hier gleich ans Mikrofon treten und wieder ausgiebig Ihre Politik loben.

Aber wenn man sich die derzeitige Politik und die derzeitige Situation in Deutschland, in Europa und in der Welt ansieht und wenn man vor allen Dingen Ihre ganz persönliche Mitverantwortung für diese Situation in Rechnung stellt, dann fragt man sich schon, wie Sie darauf auch noch stolz sein können.

Ja, wir leben in einem reichen Land, das gute Autos und international gefragte Maschinen produziert. Aber es ist ein zutiefst gespaltenes Land. Es ist ein Land, in dem selbst fleißige Arbeit nicht mehr vor Armut schützt und in dem inzwischen die Auswahl des Elternhauses wichtiger geworden ist als die Auswahl des Berufs. Es ist ein Land, in dem kaum noch investiert wird, in dem Straßen und Brücken verrotten, in dem viele Kinder in verwahten Wohngebieten aufwachsen, in dem ihnen elementare Bildung vorenthalten wird.

Was tun Sie, Frau Bundeskanzlerin? Statt Problemlösungen liefern Sie Taschenspielertricks, statt solider Finanzierungen liefern Sie kreative Buchführung, und statt wirtschaftspolitischer Rationalität liefern Sie okkulte Opferrituale vor Ihrer neuen Göttin, der schwarzen Null, die Ihnen trotz

aller Beschwörungsformeln im nächsten Jahr wieder nicht erscheinen wird.

Solide öffentliche Finanzen gibt es eben nicht ohne eine dynamische Wirtschaft. Es gibt sie nicht ohne Konsumenten, die genug Geld in der Tasche haben, um sich ein gutes Leben leisten zu können, und es gibt sie auch nicht ohne Unternehmen, die genau wegen dieser Nachfrage Anreize haben, zu investieren, statt ihr Geld zu bunkern oder ihre Aktionäre mit immer neuen Rekorddividenden glücklich zu machen. Es gibt solide öffentliche Finanzen auch nicht, wenn gerade die reichsten Familien und die größten Konzerne kaum noch einen müden Euro zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen und der Staat dabei wegschaut.

Und deswegen ist für mich die schwarze Null eigentlich ein Ausdruck einer Null-Kompetenz in der Wirtschaftspolitik.

Das ist das Urteil des Wirtschaftsweisen Peter Bofinger über Ihre Politik, Frau Kanzlerin. Vielleicht erinnern Sie sich auch noch, was Sie im August im schönen Lindau am Bodensee von den Wirtschaftsnobelpreisträgern zu hören bekommen haben.

Ich gebe eine kleine Kostprobe:

Merkel verfolgt ... eine völlig falsche Politik.

Merkel scheint den Ernst der Lage nicht kapiert zu haben.

Merkels Rede sei eine einzige Katastrophe gewesen. Wohlgermerkt: Das ist kein Mitschnitt aus einer Mitgliederversammlung der Linken. Das waren die Urteile international renommierter Wirtschaftsnobelpreisträger über Ihre Politik, Frau Merkel. Wenn Sie einmal zuhören könnten, vielleicht würde Ihnen das zu denken geben, aber offensichtlich interessiert Sie das überhaupt nicht.

Weggucken, wegducken, wegreden – das ist Ihr Dreiklang im Umgang mit den Gefahren und Problemen der Gegenwart.

Aber die Gefahren sind einfach zu groß und die Probleme zu ernst, als dass wir so weiter mit ihnen umgehen könnten. Die deutsche Wirtschaft stagniert. Alle Prognosen für das nächste Jahr mussten nach unten korrigiert werden.

Aus konjunkturellen wie aus prinzipiellen Gründen braucht dieses Land endlich mehr Investitionen. Sie haben nun lauthals ein Investitionsprogramm angekündigt. Aber was sieht man, wenn man in das Kleingedruckte schaut? Dann sieht man, dass nach Ihren eigenen Planungen der Anteil der Investitionsausgaben des Bundes weiter sinken soll, nämlich von aktuell 10,1 Prozent auf nur noch 8,3 Prozent im Jahr 2018. So viel wirtschaftspolitische Ignoranz kann einem wirklich die Sprache verschlagen.

Es geht nicht nur um Straßen, es geht auch nicht nur um Brücken, es geht auch um Zukunftstechnologien und Innovationen. Wer meint, dafür wird schon der Markt sorgen, der sollte sich einmal fragen, warum sich eigentlich alle wichtigen digitalen Technologien heutzutage in der Hand von US-Unternehmen befinden, die Möglichkeit zur globalen Überwachung inklusive. Nicht, weil der Markt jenseits des Atlantiks so viel besser funktioniert, sondern weil sich der Staat das zumindest früher ziemlich viel hat kosten lassen. Fast die gesamte Technologie, die heute in einem iPhone steckt, ist doch nicht in Steve Jobs Garage entwickelt worden. Die ist in staatlichen Forschungszentren entwickelt worden. Wer glaubt, dass ein fundamentaler technologischer Umbruch wie die Energiewende möglich wäre ohne massive öffentliche Investitionen in die Erforschung und Umsetzung alternativer Technologien, der hat wirklich nichts verstanden.

Aber statt über solche Fragen auch nur nachzudenken, verhandelt diese Regierung lieber über Investorenschutz. Genau genommen verhandelt sie nicht, sondern der Wirtschaftsminister führt einen unglaublichen Eiertanz auf, um der Öffentlichkeit Sand in die

Augen zu streuen. Ich rede von den geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP, und ich rede von den Sondergerichten für große Konzerne, mittels derer diese Konzerne den deutschen Staat in Zukunft für jede Mindestlohnerhöhung und für jedes Umweltschutzgesetz vor den Kadi ziehen können.

Aber offensichtlich hat Herr Gabriel in seiner politischen Laufbahn nicht mehr vor, den Mindestlohn zu erhöhen oder die Umwelt zu schützen. Zumindest habe ich vernommen, dass er der Öffentlichkeit mitgeteilt hat, diese Sondergerichte ließen sich – leider, leider – nicht mehr aus dem Abkommen CETA herausverhandeln. Ja, Herr Gabriel, wenn sich diese Sondergerichte nicht mehr herausverhandeln lassen, dann muss Deutschland diese Abkommen eben ablehnen. Dann muss man CETA ablehnen, und das Gleiche gilt auch für TTIP.

Beide Abkommen haben doch im Kern nur das Ziel, Löhne, Sozialstandards und Verbraucherschutz noch weiter auf Sinkflug zu schicken und den Kapitalismus endgültig vor den Zumutungen der Demokratie zu schützen; das ist doch das, worum es bei diesen Abkommen geht. Das ist das Letzte, was wir brauchen. Denn dann kann man auf Wahlen und Parlamentarismus konsequenterweise auch ganz verzichten. Wenn wir hier im Bundestag keine Gesetze mehr machen können, die den Banken und Konzernen nicht gefallen, dann verkommt das, was wir hier tun, wirklich zu einer schlichten Theatervorstellung. Da muss ich Ihnen sagen: Für ein Theater ist dieses Haus wirklich zu teuer und am Ende vielleicht auch zu wenig unterhaltsam.

Der bekannte Ordoliberaler Alexander Rüstow – vielleicht gibt es bei Ihnen noch den einen oder anderen, der ihn kennt – hat bereits vor einem halben Jahrhundert gewarnt, dass – ich zitiere – der Staat, der damit anfängt, die Raubtiere der organisierten Unternehmerinteressen zu füttern, letzten Endes von ihnen verschlungen wird.

Gerade deshalb haben die Ordoliberalen ja immer wieder davor gewarnt, Unternehmen oder

auch Banken so groß oder so mächtig werden zu lassen, dass sie die Allgemeinheit erpressen oder ihr schlicht auf der Nase herumtanzen können. Es war ihre zentrale Botschaft, dass das verhindert werden muss.

„Versagt der Staat auf diesem Felde, dann ist es bald um die soziale Marktwirtschaft geschehen“, war Ludwig Erhards knappe Prognose zu diesem Thema. Gerade Sie von der CDU/CSU, die Sie sich so gern auf Ludwig Erhard berufen, sollten zugeben, dass er recht behalten hat. Der Staat hat auf diesem Feld versagt. Deswegen ist es um die soziale Marktwirtschaft geschehen. Wir haben nämlich keine mehr.

Auch in Brisbane haben Sie, Frau Merkel, und auch die anderen Regierungschefs wieder auf vielen wichtigen Feldern vor den Raubtieren kapituliert: bei der Finanzmarktregulierung, beim Klimaschutz und natürlich auch bei der Bekämpfung der Steuerflucht von Konzernen. Es ist einem schon aufgefallen, wie eilig sich diese Regierung, als die Enthüllungen über die Steuersparmodelle in Luxemburg in der Presse waren, bemüht hat, zur Tagesordnung überzugehen. Nun nehme ich Ihnen ja ab, dass Sie über die Enthüllungen nicht besonders verblüfft waren. Auch ich war nicht besonders verblüfft. Es ist lange bekannt, dass es solche Steuersparmodelle gibt, und zwar nicht nur in Luxemburg, sondern auch in vielen anderen EU-Staaten. Es ist auch bekannt, dass dem deutschen Staat – dem Bund, den Ländern und auch den Kommunen – schätzungsweise 100 Milliarden Euro im Jahr entgehen, weil es solche Modelle gibt. den Euro!

Fortsetzung auf nächster Seite

Weggucken, wegducken, wegrennen – das ist Ihr Dreiklang mit den Gefahren der Gegenwart.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

Die Unternehmen gehen sogar ganz offen damit um, dass sie das praktizieren. Die Deutsche Bank zum Beispiel lobt sich in ihrem Geschäftsbericht ausdrücklich dafür, dass sie durch eine, wie es vornehm heißt, vorteilhafte geografische Verteilung ihres Konzernergebnisses ihre Steuerzahlungen minimiert, sprich die Öffentlichkeit kräftig geschädigt hat. Ich finde, das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Eine Bank, die es ohne die Milliardenzahlungen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler überhaupt nicht mehr gäbe, die bankrott gewesen wäre, ist auch noch stolz darauf, dass sie solche Modelle nutzt und dadurch die Öffentlichkeit in Milliardenhöhe schädigt. Natürlich ist das kriminell.

Aber genauso kriminell ist eine Politik, die die passenden Gesetze dafür liefert oder eben die passenden Gesetze akzeptiert. Da muss man sich gar nicht hinter der EU verstecken. Natürlich könnten wir solche Praktiken hier in Deutschland verhindern. Man muss einfach gesetzlich festlegen, dass Zinsen, Lizenz- oder Patentgebühren, die im Empfängerland nicht mit wenigstens 25 Prozent besteuert werden, in Deutschland nicht mehr steuerlich abzugsfähig sind. Das könnte man doch gesetzlich regeln.

Wenn Sie zu einem so einfachen Gesetz nicht in der Lage sind, dann hören Sie, verdammt noch mal, auf, der Bevölkerung zu erzählen, was in diesem Land alles angeblich nicht finanzierbar ist, zum Beispiel eine gute Rente. Es ist noch keine Woche her, dass das Statistische Bundesamt alarmierende Zahlen veröffentlicht hat. Danach ist das Armutsrisiko älterer Menschen seit 2006 kontinuierlich gestiegen. Immer mehr ältere Menschen müssen Grundsicherung beantragen. Das heißt ganz brutal: Sie müssen ihren Lebensabend auf Hartz-IV-Niveau fristen.

Was fällt der Bundesregierung dazu ein? Sie kürzen den Bundeszuschuss zur Rentenkasse, um ihre schwarze Null zu retten, und senken auch noch den Beitragssatz zur Rentenversicherung. Je weniger aber in einen Topf eingezahlt wird, desto weniger kann man natürlich auch aus diesem Topf wieder herausnehmen – in diesem Fall für die Rentnerinnen und Rentner –, und genau das scheint auch das Ziel zu sein.

Seit den von SPD und Grünen eingeleiteten Rentenkürzungen ist das Rentenniveau in Deutschland von früher 53 Prozent auf 48 Prozent gesunken. In Zukunft soll es noch weiter bergab gehen. Das heißt, bald blüht selbst einem Durchschnittsverdiener nach einem langen Arbeitsleben ein Lebensabend auf Hartz-IV-Niveau.

Ich finde, das ist einfach schändlich. Das ist Altersarmut per Gesetz.

Sagen Sie jetzt nicht, das liege am Geld. Gleichzeitig verpulvert der Bund nämlich Milliarden, um die Riester-Rente zu subventionieren. Inzwischen wurden 27 Milliarden Euro dafür verpulvert, Betrugsprodukte zu subventionieren, an denen sich bekanntermaßen nur die Provisionsjäger der Versicherungsindustrie, der Fonds und der Finanzindustrie goldene Nasen verdienen, während die Sparer in der Regel noch nicht einmal das herausbekommen, was sie eingezahlt haben. Und trotzdem soll das alles so weitergehen!

Wie man heute weiß, hat sich der Drückerkönig und Finanzhai Herr Maschmeyer beim damaligen Kanzler Schröder mit immerhin 2 Millionen Euro für dieses zuvorkommende Gesetz bedankt. Frau Nahles, ich weiß nicht, ob Sie hoffen, dass Ihnen irgendwann auch einmal jemand Ihre Biografie für 2 Millionen Euro abkauft. Man muss aber zumindest sagen: Ihr Festhalten an dieser Rentenpolitik ist verantwortungslos und übrigens auch ein klarer Bruch der SPD-Wahlversprechen.

Hören Sie deshalb auf, die Rentenkasse mit Beitragssenkungen und versicherungsfremden Leistungen weiter zu plündern!

Hören Sie auf, öffentliches Geld für Betrugsprodukte zu verschleudern, und stellen Sie wieder eine lebensstandardsichernde Rente ab 65 Jahren für alle Menschen her!

Es brennt aber nicht nur bei der Rente. Vor gut zwei Wochen wurde mit Unterstützung des größten deutschen Sozialverbandes, VdK, eine Verfassungsklage für menschenwürdige Pflege eingereicht. Es geht um die katastrophale Situation und den extremen Personalmangel in vielen Pflegeheimen.

Auch in vielen deutschen Krankenhäusern herrschen heute Zustände, die eines reichen Landes unwürdig sind, und auch die Gründe dafür lassen sich mit Zahlen messen: Seit Mitte der 90er-Jahre wurde an deutschen Krankenhäusern jede zehnte Stelle im Pflegebereich abgebaut. Was fällt Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, dazu ein? Deutschland geht es gut, und deshalb kürzen Sie den Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds in den nächsten zwei Jahren mal eben um 6 Milliarden Euro. Mögen Rentner durch Armut gedemütigt werden und Pflegebedürftige früher sterben, Hauptsache die schwarze Null lebt: Das scheint Ihre Logik zu sein. Was ist

das für eine unglaubliche Politik!

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“: Das ist der oberste Verfassungsgrundsatz der Bundesrepublik. Er gilt auch für Ältere, Kranke und Pflegebedürftige, und er steht ausdrücklich nicht unter Finanzierungsvorbehalt. Deswegen fordere ich Sie auf: Beenden Sie die unwürdige Zweiklassenmedizin! Schaffen Sie eine Bürgerversicherung, bei der jeder nach seinem Einkommen einzahlt und gleich gute Leistungen sowohl im Krankheits- als auch im Pflegefall bekommt! Krankheit ist keine Ware, die sich als Objekt von Renditejägern eignet.

Ihre Kürzung des Zuschusses zum Gesundheitsfonds zeigt natürlich auch noch in anderer Hinsicht, wie unehrlich Ihre Politik ist. Das Mantra „Keine Steuererhöhung“ gehört ja zu den Gebetsformeln, die diese Regierung unablässig vor sich hinmurmelt. Sie wissen aber ganz genau, dass die Kürzung des Bundeszuschusses bei vielen Krankenkassen zu Beitragserhöhungen führen wird und dass eine Beitragserhöhung das Nettoeinkommen ganz genauso reduziert wie eine Steuererhöhung. Aber richtig:

Es gibt einen wichtigen Unterschied. Eine Beitragserhöhung bezahlen ausschließlich die gesetzlich Versicherten, also vor allem die Arbeitnehmer. Sie belastet Normalverdiener weit mehr als Spitzenverdiener. Sogar Menschen mit sehr wenig Einkommen müssen diese Beitragserhöhung mit bezahlen.

Das heißt, Ihr ganzes Gerede gegen Steuererhöhungen ist im Kern vollkommen verlogen. Sie haben überhaupt keine Skrupel, die normalen Beschäftigten, die heute schon die Hälfte ihres Nettoeinkommens für Steuern und Abgaben bezahlen, noch stärker zu belasten. Sie predigen zwar keine Steuererhöhungen. Aber im Kern geht es Ihnen doch darum: keine Steuererhöhung für Reiche. Das ist es doch, was tatsächlich Ihre Politik bewegt. Geben Sie es doch wenigstens zu!

Offenbar, Frau Bundeskanzlerin, hat Ihnen noch niemand den Zusammenhang zwischen Schulden und Vermögen erklärt. Geld verschwindet nämlich nicht; Geld wechselt immer nur den Besitzer. In den letzten 15 Jahren hat unter Ihnen, Frau Merkel, und unter Ihrem Vorgänger Gerhard Schröder ganz besonders viel Geld in Deutschland den Besitzer gewechselt. Viele Milliarden Euro, die einst der Allgemeinheit gehörten, sind auf private Konten gewandert: durch Steuergeschenke an Vermögende und an große Unter-

nehmen und natürlich durch die milliarden schwere Bankenrettung.

Im Ergebnis haben sich in den letzten 15 Jahren eben nicht nur die öffentlichen Schulden, sondern auch die privaten Vermögen der Millionäre und Multimillionäre mehr als verdoppelt. Deshalb wäre die Wiedereinführung einer Vermögensteuer nicht etwa eine Enteignung, wie Sie das immer gerne darstellen, sondern sie wäre im Grunde eine Rückgabe.

Sie würde dafür sorgen, dass das Geld endlich einmal den Besitzer in die andere Richtung wechselt, nämlich weg von den privaten Konten der Millionäre und Multimillionäre und hin zu besserer Bildung, besserer Pflege und guten Renten. Da wäre das Geld auch besser angelegt.

Es fällt übrigens auch auf, dass Sie wieder nur mit den Vermögen der Reichen so rücksichtsvoll umgehen. Bei den Vermögen der kleinen Leute sind Sie viel weniger zimperlich. Die auch durch Ihre Europapolitik und Ihre Kürzungsdiktate verursachte Dauerkrise im Euro-Raum ist die letzte Ursache für die extremen Niedrigzinsen, die wir zurzeit haben. In der Konsequenz gibt es für normale Sparer mittlerweile kaum noch Anlagen, die auch nur den Werterhalt sichern. Das heißt, anders als der Millionär, der im Schnitt auf sein Vermögen Renditen zwischen 5 und 10 Prozent einfährt, zahlt der Kleinsparer längst mit seinen Spargroschen für Ihre falsche Krisenpolitik.

Aber diese Enteignung der kleinen Leute stört Sie offenbar nicht im Geringsten. Das lassen Sie laufen. Nur an das Vermögen des Geldadels wollen Sie nicht heran. Das nennt sich dann Volkspartei; eine Partei, die zulässt, dass das Volk enteignet wird, weil sie zu feige ist, an das Geld der oberen Zehntausend heranzugehen, um damit eine vernünftige Antikrisenpolitik zu finanzieren. Das ist wirklich skandalös.

Das gilt leider nicht nur für die CDU. Auch Herr Gabriel hat sich mittlerweile auf die Fahne geschrieben, die Vermögensteuer auch bei der SPD programmatisch zu entsorgen. Da kann man nur sagen: Mit so einem Vorsitzenden arbeiten Sie wirklich hart daran, dass die SPD nie wieder in die Nähe davon kommt, in diesem Land noch einmal den Kanzler zu stellen.

Nun muss man sagen: Auch andere Parteien hatten Vorsitzende, die sie klein gemacht haben, sogar bis zur letzten Konsequenz.

Eine dieser Parteien ist die FDP gewesen. Ich möchte hier einen

Satz zur Ehrenrettung der FDP sagen. Es gibt tatsächlich ein unsoziales Gesetz, das an der FDP gescheitert ist, und zwar das Gesetz zur sogenannten Tarifeinheit. Es ist wirklich unglaublich, dass dieses Gesetz jetzt ausgerechnet von der SPD wieder auf die Tagesordnung gehievt wird.

Schon der Name des geplanten Gesetzes ist doch der blanke Hohn: Gesetz zur Tarifeinheit. Ein Betrieb, ein Tarif: Das soll wieder gelten. Ich darf Sie, werte Damen und Herren von der SPD, daran

erinnern, dass Sie selbst es waren, die dieses Prinzip zerstört haben, dass Sie es waren, die es mit den Agendagesetzen den Unternehmen ermöglichen haben, ihre Belegschaft aufzusplitten: in Leihar-

beiter, in Werkvertrager, in Minijobber, in befristet Beschäftigte. Alle haben natürlich unterschiedliche Tarifverträge.

Sie haben damit alles dafür getan, dass die Gewerkschaften nicht mehr wirklich streikfähig sind; denn bestreiken Sie einmal einen Betrieb, in dem ein Drittel der Beschäftigten in Leiharbeit ist, ein Drittel einen Werkvertrag hat und viele andere einen befristeten Vertrag haben. Einen solchen Betrieb kann man faktisch nicht mehr bestreiken. Entsprechend schlecht ist auch die Lohnentwicklung in Deutschland.

Wenn Sie der Tarifeinheit wirklich wieder zum Durchbruch verhelfen wollen, dann nehmen Sie die Agendagesetze zurück! Verboten Sie Leiharbeit und den Missbrauch von Werkverträgen!

Verboten Sie die sachgrundlose Befristung, die die Beschäftigten in ständiger Abhängigkeit hält! Das wären Reformen, die dieses Land wirklich voranbringen würden. Aber dafür müsste man den Mut haben, sich dem „Raubtier der organisierten Unternehmerinteressen“ entgegenzustellen. Das war ein Zitat, falls Sie das nicht bemerkt haben.

Man hat allerdings den Eindruck, es gibt etwas, das Ihnen, Frau Merkel, noch wichtiger ist als die Interessen der deutschen Unternehmen: Das sind die Interessen der amerikanischen Regierung und der amerikanischen Wirtschaft. Bei Ihrer Rede in Sydney, Frau Merkel, haben Sie sich furchtbar darüber empört, dass es 25 Jahre nach dem Fall der Mauer immer noch altes Denken in Einflussphären gibt, das das internationale Recht mit Füßen tritt. „Wer hätte das für möglich gehalten?“, wurden Sie zitiert. Man fragt sich ernsthaft, Frau Merkel: Wo leben Sie eigentlich? Und wo haben Sie in den letzten Jahren gelebt?

Verboten Sie die sachgrundlose Befristung, die die Beschäftigten in ständiger Abhängigkeit hält!

Immer mehr ältere Menschen müssen Grundsicherung beantragen.

Wo haben Sie gelebt, als die USA das internationale Recht im Irak mit Füßen getreten haben, um ihre Einflussosphäre auf das irakische Öl auszudehnen? Wo waren Sie, als unter Beteiligung Deutschlands das internationale Recht in Afghanistan mit Füßen getreten wurde, was es im Übrigen immer noch wird? Wo waren Sie, als Libyen bombardiert wurde und als die syrische Opposition aufgerüstet wurde, Waffenlieferungen an den IS eingeschlossen?

War das alles Ihrer Meinung nach in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht? Selbstverständlich ging es dabei auch nie um Einflussosphären.

Ich darf Ihnen die Lektüre eines Buches von Zbigniew Brzezinski, langjähriger Vordenker der US-Außenpolitik, empfehlen.

Das Buch aus dem Jahr 1997 trägt den schönen Titel Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft. In Bezug auf Europa plädiert Brzezinski darin für eine konsequente NATO-Osterweiterung zunächst nach Mitteleuropa, dann nach Süden und über die baltischen Republiken bis zur Ukraine, und zwar weil, wie der Autor schlüssig begründet – ich zitiere – „mit jeder

Ausdehnung ... automatisch auch die direkte Einflussosphäre der Vereinigten Staaten erweitert“ wird.

Dieses alte Denken in Einflussosphären, das sehr erfolgreich umgesetzt wurde, ist Ihnen wirklich nie aufgefallen, Frau Merkel?

Dabei gehörten Sie doch zu denen, die genau das in Europa weiter umgesetzt und unterstützt haben. Sie gehörten doch zu den Vassallen, um in der Sprache Brzezinskis zu bleiben, die genau diese Strategie mitgetragen haben.

Ich war bei Brzezinski, der NATO-Osterweiterung und der deutschen Politik in dieser Hinsicht stehen geblieben. Frau Merkel, jetzt haben Sie Deutschland in die Neuaufgabe eines Kalten Krieges mit Russland hineingetrieben, der das politische Klima vergiftet und den Frieden in ganz Europa gefährdet.

Sie haben einen sinnlosen Wirtschaftskrieg angezettelt, der vor allem der deutschen und der europäischen Wirtschaft massiv schadet. Da Sie so stöhnen: Sie müssen ja nicht in den Unternehmen sitzen, denen die Aufträge wegbrechen. Sie sind da nicht Arbeitnehmer oder Unternehmer. Sie müssen das nicht ausbaden, was Sie angerichtet haben.

Sie warnen vor einem Flächenbrand, Frau Merkel. Aber Sie gehören doch zu denen, die mit brennendem Zündholz herumlaufen. „Verbale Aufrüstung war noch immer der Anfang von Schlimmerem.“ Das hat Ihnen Hans-Dietrich Genscher nach Ihrer Rede in Sydney zugerufen.

Nein, man muss Putin wirklich nicht mögen. Man muss auch den russischen Kapitalismus mit seinen Oligarchen nicht mögen.

Aber Diplomatie heißt, die Interessen des Gegenübers ernst zu nehmen und sich nicht ignorant über sie hinwegzusetzen. Es fällt schon auf, dass Helmut Kohl und Michail Gorbatschow nahezu wortgleich warnen, dass ohne eine deutsch-russische Partnerschaft keine Stabilität und keine Sicherheit in Europa möglich sind. Der frühere SPD-Vorsitzende Platzek hat darauf hingewiesen, dass der Handel zwischen Russland und den USA in diesem Jahr zugenommen hat, während der Handel zwischen Russland und Europa und vor allen Dingen Deutschland massive Einbrüche erlebt hat. Als Reaktion arbeitet die CDU/CSU daran, sogenannte vermeintliche Russland-Versteher wie Herrn Platzek aus dem Petersbur-

ger Dialog herauszudrängen.

Statt auf Verstehen setzen Sie offenbar lieber auf Unverständnis. In der Ukraine kooperieren Sie mit einem Regime, in dem wichtige Funktionen des Polizei- und Sicherheitsapparates mit ausgewiesenen Nazis besetzt werden. Der Präsident Poroschenko redet vom totalen Krieg und hat den Krankenhäusern und den Rentnern in der Ostukraine alle Zahlungen abgeklemmt. Für Premier Jazenjuk sind die Aufständischen – ich zitiere – „Unmenschen, die es auszulöschen gilt“. Statt sich mit solchen Hasardeuren zu verbünden, brauchen wir endlich wieder eine deutsche Außenpolitik, der Sicherheit und Frieden in Europa wichtiger sind als Anweisungen aus Washington.

In einem Jahr, in dem sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum 100. und der Beginn des Zweiten Weltkriegs zum 75. Mal jährt, wäre es dringend angebracht, sich an die Aussage Willy Brandts zu erinnern: „Krieg ist nicht mehr die Ultima Ratio, sondern die Ultima Irratio.“ Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein, Frau Merkel.

Deshalb: Kehren Sie auf den Weg der Diplomatie zurück! Stellen Sie die Sanktionen ein! Sollten

sich in der SPD tatsächlich die Stimmen der außenpolitischen Vernunft durchsetzen – von Helmut Schmidt bis Matthias Platzeck –, dann, bitte, Frau Merkel, hören Sie auf Ihren Koalitionspartner. Beenden Sie dieses Spiel mit dem Feuer!

Ich fasse zusammen. Ihre Politik, Frau Merkel, spaltet Deutschland und versündigt sich an der Zukunft, weil Sie nicht den Mut haben, sich den organisierten Interessen von Banken und Konzernen entgegenzustellen. Sie haben das Erbe der Entspannungspolitik verspielt und Europa in einen neuen kalten Krieg und an den Rand eines Flächenbrands geführt, weil Sie nicht den Mut haben, der US-Regierung Paroli zu bieten. Das ist keine Bilanz, auf die Sie stolz sein sollten. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes jedenfalls haben eine bessere Politik verdient, eine Politik, die den Anspruch auf Wohlstand für alle endlich wieder ernst nimmt und die zurückkehrt zu einer Politik der guten Nachbarschaft mit allen europäischen Nachbarn.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Angela Merkel, CDU/CSU, Bundeskanzlerin:

Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Vor zehn Tagen habe ich am Treffen der 20 größten Volkswirtschaften in Brisbane in Australien teilgenommen. Die jährlichen G-20-Treffen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs sind eine Antwort auf Herausforderungen der internationalen Finanzkrise im Jahre 2008. Damals stand vor allem die Notwendigkeit einer globalen Regulierung der Finanzmärkte auf der Tagesordnung. Richtigerweise wurde der Anspruch formuliert, jeden Finanzmarktprodukt und jeden Finanzmarktakteur einer Regelung zu unter-

werfen. Seitdem ist manches erreicht, insbesondere bei der Regulierung international agierender Banken. Wenn diese in Zukunft in Schwierigkeiten geraten, gibt es inzwischen weltweit Mechanismen, die Banken abzuwickeln, ohne dass zuerst der Steuerzahler dafür haften muss. Das ist ein Erfolg.

Mit dieser Regelung werden außerdem Ansteckungsgefahren minimiert. Aber wir müssen sehen: Eine solche einheitliche Regulierung gibt es noch nicht für die systemrelevanten, global agierenden Schattenbanken. Sie soll bis 2016 vorliegen. Das Ziel wurde in Brisbane noch einmal bekräftigt, das weitere Vorgehen konkretisiert. Deutschland wird allerdings darauf drängen, dass wir dieses Ziel auch wirklich erreichen und nicht auf halber Strecke stehen bleiben.

Qualitative Fortschritte wurden im G-20-Prozess auch bezüglich der Themen Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit erzielt. Sie erinnern sich an die internationale Konferenz am 29. Oktober hier in Berlin, von Wolfgang Schäuble organisiert. Damit wurde eine neue Phase der Zusammenarbeit eingeleitet. Über 50 Länder haben sich

ab 2017 zum automatischen Informationsaustausch bei Steuerfragen verpflichtet. Ohne die G 20 wäre ein solcher Erfolg nicht möglich gewesen.

Ebenfalls vorangekommen sind wir bei der Aufgabe, multinationalen Konzernen die Möglichkeit zu nehmen, durch Tricks keinerlei Steuern zu zahlen. Hier gibt es insbesondere in Europa deutliche Fortschritte, und auch in Brisbane wurde das Ziel der Steuergerechtigkeit noch einmal betont. Neben Fragen der Finanzmarktregulierung standen auf dem Gipfel vor allem die Fragen der Weltwirtschaftslage im Vordergrund. Gemeinsam war dort das Bekenntnis zu nachhaltigem Wachstum. Einen Schwerpunkt legte die australische Präsidentschaft auf das Thema Infrastrukturinvestitionen.

Aber etwas war jenseits der Tagesordnung an diesem G-20-Gipfel besonders. Im Vorfeld dieses Gipfels hatten sich die Länder der

Asien-Pazifik-Region beim Asien-Pazifik-Gipfel in Peking und beim ASEAN-Gipfel in Myanmar getroffen. Die dann anschließend auch beim G-20-Gipfel teilnehmenden Staaten der Asien-Pazifik-Region machten in Brisbane deutlich, dass für sie eine wesentliche Triebkraft für wirtschaftliches Wachstum – und die Dynamik in der Region ist groß – der Freihandel ist. Dazu werden die Verhandlungen zur transpazifischen Partnerschaft, dem pazifischen Äquivalent zum Transatlantischen Freihandelsabkommen, zügig vorangetrieben und eventuell schon in der ersten Jahreshälfte 2015 abgeschlossen. Während des bilateralen Besuchs des chinesischen Präsidenten Xi in Australien nach dem G-20-Gipfel wurde ein Freihandelsabkommen zwischen Australien und China unterzeichnet.

Das sind nur zwei Beispiele von vielen in der Region, die deutlich machen: Die Welt wartet nicht auf Europa.

Wenn es uns nicht gelingt, das Transatlantische Freihandelsabkommen zügig zu verhandeln, werden wir nicht nur im internationalen Handel große Nachteile gegenüber anderen Regionen haben – eine schwere Bürde für ein Exportland wie Deutschland –, sondern wir werden auch Chan-

cen verpassen, internationale Standards im globalen Handel im Blick auf Ökologie, Verbraucherschutz und rechtsstaatliche Mittel überhaupt noch mitbestimmen zu können, und das wollen wir ja.

In Brisbane war mit Händen zu greifen, mit welcher Dynamik sich gerade der asiatisch-pazifische Raum wirtschaftlich entwickelt und wie er sich mit großem Selbstbewusstsein präsentiert. Das war erkennbar eine Herausforderung für die teilnehmenden europäischen Länder. Neben Deutschland waren das Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien sowie die Europäische Kommission und der Präsident des Europäischen Rates. Deshalb war es richtig und wichtig, dass wir Europäer gemeinsam mit Präsident Obama am Rande des G-20-Gipfels noch einmal unterstrichen haben, dass die Verhandlungen der Europäischen Union mit Amerika über ein Transatlantisches Freihandelsabkommen absolute Priorität haben. Die Entwicklung Europas wird weltweit sehr genau verfolgt, zumal der Weg aus der europäischen Staatsschuldenkrise alles andere als einfach ist.

Dennoch: So schwierig und langwierig der Weg auch ist, in Europa sind wir insgesamt auf richtigem Kurs. Das durchschnittliche Haushaltsdefizit hat im Euro-Raum 2013 mit 2,9 Prozent des Brutto-

Fortsetzung auf nächster Seite

**So langwierig
der Weg auch ist,
in Europa sind
wir insgesamt
auf dem
richtigen Kurs.**

inlandsprodukts erstmals seit 2008 wieder die Maastricht-Grenze unterschritten. Die Bundesregierung unterstützt die Europäische Kommission darin, die Haushaltsplanungen der Mitgliedstaaten strikt zu prüfen. Die Verlässlichkeit der gemeinsamen Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist von großer Bedeutung für das Vertrauen in den Euro-Raum insgesamt.

Dabei geht es immer um einen Dreiklang:

Erstens: Solide Haushalte. Dafür gilt der Stabilitäts- und Wachstumspakt. Der Name ist Programm; denn nachhaltiges Wachstum und solide Haushaltsführung bedingen einander; das zeigt sich immer wieder.

Zweitens: Wachstumsfördernde Strukturereformen. In den von der Krise besonders betroffenen Ländern, aber nicht nur dort, sind diese Reformen unabdingbar für nachhaltiges Wachstum. Der in der Wirtschafts- und Währungsunion beschrittene Weg ist der richtige. Das zeigen die Länder, die ihre Anpassungsprogramme erfolgreich beendet haben. Irland zum Beispiel wächst in diesem Jahr mit 4,6 Prozent stärker als jedes andere Land im Euro-Raum. Portugal wächst erstmals seit zwei Jahren wieder und liegt sogar leicht über dem Durchschnitt des Euro-Raums. Die Arbeitslosigkeit geht in beiden Ländern Schritt für Schritt zurück, voraussichtlich noch stärker als im Frühjahr prognostiziert. Allerdings: Der Weg zu mehr Arbeitsplätzen, insbesondere für junge Menschen, ist noch lang und steinig.

Deshalb muss Europa – drittens – Investitionen in die Zukunft fördern. Wir leisten mit mehr Investitionen in eine gute Zukunft unseres Landes auch einen Beitrag zu einer guten Zukunft Europas. Die

Bundesregierung unterstützt daher im Grundsatz das heute von Kommissionspräsident Juncker vorgelegte Paket, mit dem die Kommission zusammen mit der Europäischen Investitionsbank zusätzliche Investitionen in Höhe von über 300 Milliarden Euro mobilisieren will. Wir betonen, dass Investitionen wichtig sind, dass aber vor allem klar sein muss, wo die Projekte der Zukunft liegen. Ein wesentlicher Schwerpunkt ist für mich, die Chancen der Digitalisierung für Europa zu ergreifen. Europa muss vor allem wieder attraktiver werden für private Investitionen. Es kommt zentral auf einen investitionsfreundlichen Rahmen an, etwa durch Bürokratieabbau, um kleine und mittlere Unternehmen als wichtige Träger von Wachstum und Beschäftigung zu entlasten, sowie durch die notwendigen Strukturereformen in den Mitgliedstaaten, um Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben den Themen der Finanzmarktregulierung und des wirtschaftlichen Wachstums hat am Rande des G-20-Gipfels natürlich immer auch die geopolitische internationale Lage eine zentrale Rolle gespielt. Im Übrigen liegt auch gerade in diesem Austausch über die weltweite außen- und sicherheitspolitische Lage die große Chance solcher internationalen Konferenzen. Dialog kann Konflikte entschärfen, Gemeinsamkeiten aufzeigen und Vertrauen schaffen.

Drei Themen standen in Brisbane dabei besonders im Mittelpunkt unserer Gespräche:

Ein wesentlicher Schwerpunkt ist für mich, die Chancen der Digitalisierung zu ergreifen.

Erstens: Ebola. Diese schreckliche Krankheit breitet sich in Westafrika aus. Tausende Opfer sind in Liberia, Guinea und Sierra Leone zu beklagen. Die betroffenen Länder gehören zu den ärmsten Ländern der Welt. Unter der Krise drohen die fragilen staatlichen Strukturen zusammenzubrechen. Es besteht die Gefahr, dass sich die Epidemie immer weiter ausbreitet. Deshalb ist Ebola auch zusehends eine Gefahr für die internationale Sicherheit. Die G 20 haben sich in einer gemeinsamen Erklärung verpflichtet, alles Notwendige zu tun, um sicherzustellen, dass die internationalen Bemühungen, die Ebolaepidemie einzudämmen und zu stoppen, auch erfolgreich sind. Auf lange Sicht müssen wir Strukturen schaffen, und zwar internationale Strukturen, die ein besseres Krisenmanagement in solchen Situationen gewährleisten. Entscheidend ist eine bessere Umsetzung der Gesundheitsregeln der Weltgesundheitsorganisation, und es ist wichtig, die Gesundheitssysteme weltweit zu stärken. Die Bundesregierung unterstützt die internationalen Hilfsanstrengungen mit über 100 Millionen Euro. Ich danke dem Bundestag für die Bewilligung dieser Mittel – sie werden dringend benötigt –, und ich danke vor allen Dingen auch den Hilfsorganisationen, die unter schwierigsten Umständen in den betreffenden Ländern Außerordentliches leisten.

Zweitens. Breiten Raum bei den Gesprächen in Brisbane hat die Krise in der Ukraine eingenommen. Erinnern wir uns: Vor fast genau einem Jahr habe ich in meiner Regierungserklärung zum Gipfel der Östlichen Partnerschaft in Vilnius mit Blick auf das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine, Georgien und Moldawien und das Verhältnis zu Russland unter anderem hier im Deutschen Bundestag gesagt – ich darf zitieren –:

Die EU hat immer wieder Gesprächsangebote an Russland gerichtet, um die beiderseitigen Vorteile einer Kooperation herauszuarbeiten. Wir müssen – das ist meine tiefe Überzeugung – weiter daran arbeiten, dass es kein Entweder-oder zwischen einer Annäherung der Länder der Östlichen Partnerschaft an die EU und dem russischen Bemühen um eine engere Partnerschaft mit diesen Ländern geben sollte. Die EU hat Russland dafür Vorschläge unterbreitet, über die wir schnellstmöglich sprechen müssen.

So weit meine Regierungserklärung hier in diesem Haus am 18.

November 2013.

Was dann geschah, wissen wir: Präsident Janukowitsch hat das Abkommen in Vilnius nicht unterzeichnet. Das war selbstverständlich seine freie Entscheidung als Präsident der Ukraine. Es folgten die Demonstrationen auf dem Maidan, die Flucht von Präsident Janukowitsch nach Russland, später dann die Annexion der Krim durch Russland. Um es ganz klar zu sagen: Bei allen Schwierigkeiten, die aus der Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit der EU für den ukrainisch-russischen Handel ohne jeden Zweifel entstehen können und über die ich auch wieder und wieder mit dem russischen Präsidenten gesprochen habe, muss gelten: Nichts davon rechtfertigt oder entschuldigt die Annexion der Krim durch Russland.

Nichts davon rechtfertigt oder entschuldigt die direkte oder indirekte Beteiligung Russlands an den Kämpfen in Donezk und Luhansk.

Russland missachtet die territoriale Integrität der Ukraine, und das, obwohl Russland sich gemeinsam mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika im Budapester Memorandum 1994 genau zum Schutz dieser territorialen Integrität verpflichtet hat. Das Vorgehen Russlands stellt die europäische Friedensordnung infrage und bricht internationales Recht. Meine Damen und Herren, militärisch ist dieser Konflikt nicht zu lösen. Die Politik der Bundesregierung folgt vielmehr einem Ansatz aus drei Elementen:

Erstens. Wir unterstützen die Ukraine politisch und auch ökonomisch.

Zweitens. Wir lassen nichts unversucht, in Gesprächen mit Russland zu einer diplomatischen Lösung zu kommen, ich zuletzt in Brisbane bei meinen Gesprächen mit dem russischen Präsidenten, genauso wie der Außenminister Steinmeier bei seinen Gesprächen mit dem russischen Außenminister und dem russischen Präsidenten vor wenigen Tagen in Moskau und jetzt auch wieder in Wien. In allen Verhandlungen haben wir uns für die Sicherheit der Gaslieferungen eingesetzt. Für das Handelsabkommen mit der Ukraine haben wir eine Verhandlungszeit von zwölf Monaten eingeräumt, um die Probleme zu lösen, die Russland in seinen Änderungsvorschlägen für das Handelsabkommen vorgelegt hat. Wir setzen uns für die Einhaltung des Minsker Abkommens ein. Wir sind bereit zu Gesprächen zwischen der Europäischen Union und der Europä-

ischen Union über Handelsfragen.

Und dennoch: Noch immer ist die Situation in Luhansk und Donezk weit entfernt von einem Waffenstillstand. Deshalb sind und bleiben drittens wirtschaftliche Sanktionen weiterhin unvermeidlich.

Es zeigt sich: Für unsere Bemühungen, die Krise zu überwinden, brauchen wir Geduld und einen langen Atem. Das Ziel unseres Handelns ist eine souveräne und territorial unversehrte Ukraine, die über ihre Zukunft – nicht mehr und nicht weniger – selbst entscheiden kann.

Das Ziel ist die Durchsetzung der Stärke des Rechts gegen das vermeintliche Recht eines Stärkeren. So anstrengend und lang der Weg auch ist, so überzeugt bin ich dennoch, dass er uns gelingen wird.

Meine Damen und Herren, alle Teilnehmer des G-20-Gipfels bewegten in Brisbane außerdem die Tragödie in Syrien und die Lage im Irak. In beiden Ländern wütet die Terrormiliz IS. Sie ist eine der brutalsten Bedrohungen für das Leben der Menschen in der Region – mehr noch: für ganze Staaten –, die es je gegeben hat. Der IS lockt zudem Tausende ausländische Kämpfer an, auch aus den G-20-Ländern, im Übrigen aus allen G-20-Ländern, egal ob sie auf der anderen Erdhalbkugel liegen oder hier in Europa. Seine radikale Enthemmung und Bereitschaft zu morden bedrohen auch unsere Sicherheit.

Die Bundesregierung trägt deshalb aktiv zum Kampf gegen den IS im Irak bei: durch Lieferung von Ausrüstung und Munition an die kurdische Regionalregierung. Es bedarf auch hier der gemeinsamen Anstrengung der Weltgemeinschaft gegen diese Bedrohung.

Eine der dramatischsten Folgen der weltweiten Krisen, Kriege und humanitären Katastrophen ist ohne Zweifel ein starker Anstieg der weltweiten Flüchtlingszahlen, der uns alle vor große Herausforderungen stellt. Allein nach Deutschland werden 2014 voraussichtlich mehr als 200 000 Asylbewerber kommen. Wir versuchen, den vielen Menschen, die derzeit keinen anderen Weg sehen, als ihre Heimat zu verlassen, auch dadurch zu helfen, dass wir die Ursachen der Flucht in ihren Heimatländern bekämpfen. Auch deshalb engagieren wir uns gegen den IS in Syrien und im Irak, und deshalb engagieren wir uns auch in Zukunft weiter in Afghanistan. Dort löst am 1. Januar 2015 die Mission Resolute Support den ISAF-Einsatz ab. In Zukunft betei-

Ebola ist zusehends eine Gefahr für die internationale Sicherheit.



Die deutsch-russischen Beziehungen waren Thema der Debatte.

ligen wir uns daran, afghanische Sicherheitskräfte auszubilden, zu beraten und zu unterstützen.

Das, meine Damen und Herren, ist das weltwirtschaftliche und geopolitische Umfeld, in dem heute unsere Beratungen zum Bundeshaushalt 2015 stattfinden. Natürlich bleibt diese geopolitische Lage nicht ohne Auswirkungen auch auf die wirtschaftliche Lage in unserem Land. Denken wir nur daran, dass Wirtschaftssanktionen gegen Russland natürlich auch die deutsche Wirtschaft treffen. Daran kann es keinen Zweifel geben. Es kann deshalb gar nicht hoch genug geschätzt werden, dass es Deutschland trotzdem gelingt, mit diesem Haushalt für Deutschland einen Wendepunkt zu markieren; denn mit diesem Haushalt muss der Bund im kommenden Jahr zum ersten Mal seit 46 Jahren keine neuen Schulden machen, um seine Vorhaben und Verpflichtungen bezahlen zu können.

Das gilt auch für kommende Jahre. Jahrzehntlang hat der Staat über seine Verhältnisse gelebt. Damit machen wir Schluss.

Deutschland ist Garant für Verlässlichkeit und Stabilität – für die Bürger wie für die Wirtschaft. Das ist wichtig für unser Land, aber auch wichtig für die Europäische Union und die Euro-Zone; denn Deutschland wird als Stabilitätsanker und Wachstumsmotor gebraucht.

Das Ziel, keine neuen Schulden zu machen, ist realistisch; denn obwohl sich die Wirtschaftsdaten aufgrund der vielen internationalen Krisenherde zuletzt eingetrübt haben, ist die Ausgangslage robust. Die Zahl der Arbeitslosen ist weiter gesunken. Sie lag im Oktober bei 2,7 Millionen, die Arbeitslosenquote bei 6,3 Prozent. Die Zahl der Erwerbstätigen hat ein historisches Hoch erreicht. Knapp 43 Millionen Menschen haben einen Arbeitsplatz, und der Anstieg geht vor allem auf den Anstieg der Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse zurück; die Zahl liegt jetzt bei über 30 Millionen.

Die gute Lage am Arbeitsmarkt ermöglicht auch spürbare Lohnzuwächse; das war ja viele Jahre nicht so. Gute Beschäftigung sowie kräftige Lohnabschlüsse und stabile Preise sorgen insgesamt für eine stabile Binnenkonjunktur. Das Wirtschaftswachstum wird in diesem Jahr voraussichtlich 1,2 Prozent betragen. Die Lohnzusatzkosten bleiben in etwa konstant. Die Senkung der Rentenbeiträge auf 18,7 Prozent fängt die Steigerung der Pflegebeiträge in etwa auf. Ziel der Bundesregierung ist es, durch vernünftige Haushaltspolitik in den kommenden drei Jahren die gesamtstaatliche Schuldenquote auf weniger als 70 Pro-

zent des Bruttoinlandsprodukts zu reduzieren. Dadurch bleibt der Staat auch in Zukunft handlungsfähig, wenn der demografische Wandel noch stärker als heute spürbar sein wird.

Meine Damen und Herren, künstliche Gegensätze oder Entweder-oder-Debatten, die in vergangenen Monaten immer wieder ausführlich geführt wurden, vernebeln nicht nur die Sicht auf die Realität; sie vernebeln auch die Sicht auf die Interessen Deutschlands und Europas. Ein solider Haushalt und eine Politik, die Wirtschaftswachstum fördert und investiert, sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten ein und derselben Medaille. Es gibt nicht gute Sozialpolitik oder gute Wirtschaftspolitik; nur zusammen wird ein Schuh daraus, nur zusammengedacht ist es das, was wir soziale Marktwirtschaft in unserem Lande nennen.

Zukunftsweisende Umwelt- und Energiepolitik sind keine Gegensätze zu wirtschaftsfreundlicher Politik, sondern sie sind moderne Wirtschaftspolitik. Wir schaffen für Bürger und Unternehmen stabile und verlässliche Rahmenbedingungen, damit sie in die eigene Zukunft investieren können – sei es der Einzelne, der für seine Familie spart, sei es der Unternehmer, der in die Zukunft der Firma investiert. Dafür muss der Staat Vertrauen schaffen und erhalten – Vertrauen in stabile politische Rahmenbedingungen, Vertrauen in gute Infrastruktur, Vertrauen in verlässliche Sozialsysteme, Vertrauen in einen Staat, der gut haushaltet, der mit den Steuern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber verantwortungsvoll umgeht. Dann investieren Menschen in Deutschland, dann entstehen weitere Arbeitsplätze, und die vorhandenen können gesichert werden; dann kann unser Land mit den vielfältigen Herausforderungen der Zukunft umgehen.

Meine Damen und Herren, es ist richtig: Deutschland ist heute eines der wettbewerbsfähigsten Länder der Welt. Dies bestätigte jüngst wieder der Report zur globalen Wettbewerbsfähigkeit des Weltwirtschaftsforums. Dort nehmen wir den fünften Platz ein. Er stellt zudem fest, dass der Bestand an öffentlichen Investitionen in Deutschland hoch und qualitativ gut ist. Beim Infrastrukturindex belegt Deutschland Rang 7 von 144 Ländern. Aber darauf ruhen wir uns nicht aus. Wettbewerbsfähigkeit muss immer wieder neu erarbeitet werden. Dazu muss unser Land innovativ bleiben und in

Produkte und Dienstleistungen von morgen investieren.

Wir haben im Koalitionsvertrag als Bundesregierung vereinbart, in Deutschland eine Investitionsquote anzustreben, die dauerhaft über dem Durchschnitt der OECD liegt. Die Bundesregierung arbeitet an einer Investitionsstrategie, die unsere Möglichkeiten systematisch erfasst und Verbesserungen aufzeigt. Vor allem bürokratische Lasten für die Wirtschaft sollen möglichst gering gehalten werden. Dazu haben wir gerade gestern wieder Beschlüsse gefasst.

Darüber hinaus wollen wir die Investitionen des Bundes ab 2016 nochmals um 10 Milliarden Euro erhöhen. Gerade durch Haushaltsdisziplin werden nachhaltige Investitionen möglich: im Verkehrsbereich, in der Energieversorgung, bei der Gestaltung des digitalen Wandels und in Bildung und Forschung.

Deutschland hat eines der besten Verkehrsnetze weltweit, und die Bundesregierung wird über die ganze Legislaturperiode hinweg 5 Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln bereitstellen, um die Erhaltung und Modernisierung unseres Verkehrsnetzes voranzutreiben. Die Aufwendungen des Bundes für Verkehrsinfrastruktur summieren sich auf 34 Milliarden Euro bis 2017.

Meine Damen und Herren, wenn wir über die Infrastruktur sprechen, dann ist natürlich auch die Energie ein wichtiges Thema. Die EEG-Novelle ist seit dem 1. August dieses Jahres in Kraft. Diese Reform schafft klare Rahmenbedingungen für den weiteren Um- und Ausbau unserer Energieversorgung. Zugleich gibt sie Planungssicherheit für notwendige Investitionen. Es ist weiter unser Ziel, die Kostendynamik bei der Entwicklung der EEG-Umlage zu durchbrechen. Aktuelle Zahlen zeigen, dass wir dieses Ziel im kommenden Jahr erreicht haben werden. Es bleibt aber eine langfristige Aufgabe, die Energiewende so zu gestalten, dass auch Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt und Bezahlbarkeit für alle gegeben ist.

Die Energiewende ist eine der größten Herausforderungen – für Politik wie für die Volkswirtschaft insgesamt. Sie ist und bleibt eine Herkulesaufgabe, eine nationale Kraftanstrengung, und sie geht nicht ohne Strukturveränderungen und Härten ab. Aber sie ist eine der großen Investitionen in die Zukunft Deutschlands, in Wachstums- und Arbeitschancen und damit in zukünftigen Wohlstand.

Die nächsten Schritte sind: Klarheit über den Leitungsausbau –

beschleunigter Leitungsausbau im Übrigen –, Entscheidung über das Ob und Wie von Kapazitätsmärkten und die Aufgabe, den Einklang von Energiewende und Klimaschutzverpflichtungen herzustellen.

Meine Damen und Herren, wir gestalten den digitalen Wandel – eine, wenn vielleicht nicht die zentrale Gestaltungsaufgabe für Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung die Digitale Agenda als eines der großen Projekte dieser Legislaturperiode definiert. Dazu gehören die flächendeckende Breitbandversorgung und die geplante Versteigerung der 700-Megahertz-Mobilfunkfrequenzen. Ich bin zuversichtlich, dass die ausstehende Einigung mit den Ländern zur Bereitstellung der zusätzlichen Frequenzen bis zur Ministerpräsidentenkonferenz im Dezember gelingt.

Das Kursbuch Netzausbau, das die Netzallianz Digitales Deutschland Anfang Oktober beschlossen hat, konkretisiert Maßnahmen und Weichenstellungen für den zügigen Breitbandausbau. Wir kommen damit dem Ziel näher, bis 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung mit Geschwindigkeiten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde zu erreichen. Das ist wichtig für Unternehmen, wichtig für die deutsche Forschungslandschaft, wichtig für den Alltag und die Lebensqualität jedes Einzelnen.

Wir müssen allerdings die Digitale Agenda auch im europäischen Rahmen umsetzen. Das Telekommunikationspaket mit so wichtigen Fragen wie Netzneutralität wird diese Woche wieder in der Europäischen Union beraten, genauso laufen die entscheidenden Beratungen zur Datenschutzgrundverordnung. Bei beidem wird über nicht mehr und nicht weniger entschieden, ob Europa ein spannender Investitionsstandort im globalen Wettbewerb sein wird in den nächsten Jahren und ob es uns gelingt, den Wandel der Industrie zur Industrie 4.0 zu gestalten, beides absolut entscheidende Zukunftsaufgaben.

Meine Damen und Herren, die Innovationskraft Deutschlands und die Spitzenstellung als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort sind das Ergebnis unseres konsequenten Engagements für Bildung und Forschung. Von 2005 bis 2013 hat der Bund seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung um knapp 60 Prozent gesteigert. Mittlerweile liegen die Ausgaben bei rund 14,4 Milliarden Euro. Heute gehören wir zur Spit-

zengruppe in Europa, und wir werden auch in den kommenden Jahren alles tun, um das Ziel zu erreichen, 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren.

2015 steigt der Haushalt des Bundesbildungsministeriums um 1,3 Milliarden Euro auf knapp 15,3 Milliarden Euro. In dieser Legislaturperiode investieren wir insgesamt 9 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung und Forschung, und dazu gehört die 100-prozentige Übernahme der Finanzierung des BAföG für Schüler und Studierende. Wir entlasten die Länder erheblich, und wir entlasten sie dauerhaft. Der Bund erwartet, dass diese Mittel für die Bildung natürlich auch in den Ländern diesem Zweck zugutekommen, insbesondere den Hochschulen.

Wichtig ist: Beim Thema Bildung geht es eben nicht nur um Wissenschaftler, um Forschung und Spitzenleistungen, sondern es geht genauso um Ausbildung und berufliche Bildung.

Deutschland wird weltweit um das duale System der Berufsbildung beneidet, und das zu Recht. Sie bietet jungen Menschen solide und praxisnahe Qualifizierung und einen erfolgreichen Einstieg in den Beruf an.

Wir wollen Qualität und Attraktivität der beruflichen Bildung weiter stärken und junge Menschen im Ausbildungssystem besser begleiten, sofern das nötig ist. Die Bundesregierung will deshalb gemeinsam mit Ländern und Sozialpartnern eine Ausbildungsallianz beschließen, und ich hoffe, dass die Verhandlungen bald abgeschlossen werden können.

Außerdem wollen wir die Potenziale von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien besser wecken. Aus diesem Grund wird der 7. Integrationsgipfel in der nächsten Woche, am 1. Dezember, den Schwerpunkt „berufliche Ausbildung“ haben.

Junge Familien wollen darüber hinaus natürlich Familie und Beruf vereinbaren. Das Elterngeld Plus macht es für Mütter und Väter künftig einfacher, Elterngeldbezug und Teilzeitarbeit miteinander zu kombinieren. Auch die Elternzeit wird deutlich flexibler. Ziel ist es, den jungen Eltern den Rücken zu stärken, die gemeinsam für ihre Kinder da sein wollen. Ich weiß, dass diese Regelung allen, auch den Arbeitgebern, mehr Flexibilität aberlangt. Dies gilt im Übrigen auch für die Frauenquote.

2015 steigt der Haushalt des Bundesbildungsministeriums um 1,3 Milliarden Euro.

Deutschland ist Garant für Verlässlichkeit und Stabilität – für die Bürger wie für die Wirtschaft.

Dennoch: Sie ist beschlossen, und sie wird kommen. Wir werden uns noch im Dezember, am 11. Dezember, im Kabinett damit befassen. Wir können es uns nicht leisten, auf die Kompetenzen der Frauen zu verzichten.

Meine Damen und Herren, die Menschlichkeit unserer Gesellschaft entscheidet sich auch an ihrem Umgang mit denen, die Pflege brauchen. Der Deutsche Bundestag hat am 17. Oktober das Erste Pflegestärkungsgesetz beschlossen. Es tritt zum 1. Januar 2015 in Kraft, und wir haben damit ein Leistungspaket für alle Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen verabschiedet, das die Leistungen der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie der Tages- und Nachtpflege verbessert. Es wird vor allen Dingen auch die Lebensqualität der Pflegebedürftigen in Pflegeheimen verbessert. Die Pflege in Deutschland soll sich damit stärker am Menschen, am Bedürftigen orientieren.

Zu den Schwächsten einer Gesellschaft gehören im Übrigen auch die, die wegen Verfolgung oder aus Not und Verzweiflung ihre Heimat verlassen und zu uns kommen. Wir stehen zu unserer Verantwortung, Flüchtlinge zu unterstützen und politisch Verfolgten Asylrecht zu gewähren.

Die Bundesregierung hat eine

Reihe von Maßnahmen ergriffen, um Länder und Kommunen bei der Bewältigung dieser Herausforderung besser zu unterstützen. Deshalb stellen wir den Kommunen Liegenschaften zur Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung und haben im Haushalt 2014 300 neue Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geschaffen.

Es war richtig und politisch geboten, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien zu sicheren Herkunftstaaten zu erklären. Seit Anfang November können von vornherein erkennbar aussichtslose Asylansprüche von Angehörigen dieser Staaten schneller bearbeitet und somit die Anträge tatsächlich politisch Verfolgter zügig entschieden werden. Das muss unser Ziel sein.

Der Bund ist mit den Ländern über weitere Unterstützungsmöglichkeiten gerade in diesen Tagen im Gespräch.

Natürlich muss dies alles untrennbar damit verbunden sein, alles dafür zu tun, dass die Menschen vor allem in ihren Heimatländern eine Zukunft sehen und dass sie dort eine Zukunft haben. Dafür setzt sich die Bundesregie-

rung ein; die Initiativen von Bundesminister Müller zielen genau in diese Richtung.

Im Übrigen wird auch das kommende Jahr ohne Zweifel im Zeichen der globalen Herausforderungen stehen. Deutschland hat im Augenblick die G-7-Präsidentschaft inne. Sie wird unsere Arbeit im Jahr 2015 maßgeblich prägen. Im Rahmen der deutschen G-7-Präsidentschaft wollen wir gezielt die Themen aufgreifen, die für die Zukunft der einen Welt von großer Bedeutung

sind. Dazu gehören die Erarbeitung neuer Entwicklungsziele, die sogenannte Post-2015-Agenda, die die bisherigen Millenniumsziele ablösen werden; dazu gehört die Überwindung der absoluten Armut bis 2030; dazu gehört der Schutz des Klimas und der Meere; dazu gehört der Kampf gegen Antibiotikaresistenzen und vernachlässigte tropische Krankheiten; dazu gehören auch die Stärkung von Frauen bei der Selbstständigkeit und bei der beruflichen Bildung sowie die stärkere Beachtung sozialer und ökologischer Standards im internationalen Handel. Das sind unsere Schwerpunktthemen,

die wir gemeinsam als Bundesregierung erarbeitet haben.

Wir wollen in unserer Präsidentschaft konkrete Verbesserungen für die Menschen erreichen, in den Ländern der G 7, aber auch weit darüber hinaus, nicht zuletzt auch in den Entwicklungsländern.

Ein Beispiel ist der Kampf gegen die sich weltweit ausbreitenden Antibiotikaresistenzen. In der Folge wird die Behandlung vieler Infektionskrankheiten immer schwieriger, Infektionen dauern länger, die Sterblichkeit steigt. Ich begrüße ausdrücklich eine Reduzierung des Einsatzes von Antibiotika vor allem bei der Nutztierhaltung. Wir müssen überlegen, was wir tun können, damit Ausbrüche von Infektionskrankheiten in Zukunft schneller und besser bekämpft werden können. Zur Verhinderung solcher Epidemien in der Zukunft können Impfungen einen entscheidenden Beitrag leisten. Ich freue mich deshalb, dass die GAVI-Geberkonferenz – das ist die Global Alliance for Vaccines and Immunization, also für Impfungen – im Rahmen der deutschen G-7-Präsidentschaft im nächsten Januar hier in Berlin stattfindet.

Wir hoffen natürlich auf ein gutes Ergebnis. Am 7. und 8. Juni nächsten Jahres wird dann in Elmau der G-7-Gipfel stattfinden.

Dort werden wir neben den genannten humanitären Fragen natürlich auch die Lage der Weltwirtschaft sowie Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik erörtern. Wir werden das Gespräch mit der Zivilgesellschaft suchen, mit der wir die Kräfte bündeln wollen. Selbstverständlich wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag regelmäßig zum G-7-Gipfel unterrichten.

Meine Damen und Herren, nach einigen Jahren gravierender wirtschaftlicher Krisen mit großen Auswirkungen auf die Menschen sind wir in diesem Jahr in -besonderer Weise mit sicherheitspolitischen und humanitären Krisen konfrontiert, die weltweit viele Menschen bedrohen oder töten und Staaten an den Rand des Zerfalls bringen. Einmal mehr spüren wir, wie sehr die Politik gefordert ist. Sie ist gefordert, Verantwortung zu übernehmen für unsere Werte und Interessen, für die Gestaltung einer menschlichen Weltordnung. Sie ist gefordert, Position zu beziehen für Frieden und Freiheit. Die Bundesregierung ist sich ihrer Verantwortung gegenüber den Menschen unseres Landes und gegenüber unseren Partnern in Europa bewusst.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU, anhaltender Beifall bei der SPD)

Dr. Anton Hofreiter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Es fehlt die Vision für die Zukunft



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, bei den Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der friedlichen Revolution haben Sie einen bemerkenswerten Satz gesagt: „Nichts muss so bleiben, wie es ist.“ Das ist ein Satz, der Mut macht. Er strahlt aus, dass wir unser Schicksal in der Hand haben. Diese Gewissheit hat den Menschen die Kraft gegeben, für eine bessere Zukunft aufzustehen. Für mich ist das Teil der großartigen Geschichte der friedlichen Revolu-

tion vor 25 Jahren.

Dieser Satz kann uns auch heute Mut machen. Auch in einer Zeit voller Krisen können wir unsere Zukunft selbst gestalten und zum Besseren wenden. Aber dieser Satz macht nur dann Mut, wenn man eine Ahnung hat, was in Zukunft sein soll. Da frage ich mich: Was folgt für Sie, Frau Kanzlerin, aus Ihrem Satz für Deutschlands Zukunft?

Was ist Ihre Vision für unser Land? Wie soll es in 10, 20 oder 30 Jahren aussehen? Wenn ich Ihnen zuhören, dann sehe ich nur diffusen grauen Nebel vor mir.

Ohne gute Ideen, ohne eine Vorstellung von unserer Zukunft hat Deutschland schlechte Aussichten. Wenn wir nicht endlich beim Klimaschutz wirklich vorangehen, dann zerstören wir unsere Lebensgrundlagen. Wenn wir nicht endlich die Elektromobilität vernünftig umsetzen, bauen am Ende Tesla und Google die Fahrzeuge der Zukunft und nicht Mercedes und VW. Wenn wir Frauen nicht endlich anständig bezahlen,

dann ist das nicht nur ungerecht, sondern dann werden auch Wissen und Fähigkeiten verschwendet.

Wenn weiter nur darüber geredet wird und die Banken und das Finanzsystem insgesamt nicht wirklich reguliert werden, droht die Gefahr, dass wir wieder mit Milliarden an Steuerzahlergeld unser Finanzsystem retten müssen. Glauben Sie denn im Ernst, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen Koalition, dass Sie mit Rentengeschenken an Ihre Stammwähler, mit Kohlekraftwerken aus der Zeit Konrad Adenauers und der Ausländermaut die Zukunft Deutschlands sichern? Das ist doch wirklich aberwitzig, was Sie hier machen. Frau Bundeskanzlerin, schauen Sie sich hier, in Ihrem Raum, um.

Hier sitzen wirklich Unmengen

von Leuten. Hier sitzt Ihre Große Koalition. Aber Ihre Maximalkoalition macht nichts anderes als Miniaturpolitik. „Nichts muss bleiben, wie es ist.“ Dieser Satz würde Mut machen, wenn er für Ihren Koalitionsvertrag gelten würde. Aber wenn ich in Ihren Koalitionsvertrag schaue, finde ich keine Ideen für die Zukunft. Finden Sie Ideen für die Zukunft? Ich würde Ihnen eines vorschlagen: Schmeißen Sie einfach Ihren Koalitionsvertrag weg, und fangen Sie noch mal neu an! Sie haben immerhin noch drei Jahre zur Verfügung.

Ich will, wir Grünen wollen ein Deutschland, das Energie aus Wind, Sonne und Wasserkraft gewinnt, das die Kohle unter Tage lässt, kein Öl mehr verbrennt und keine Atome mehr spaltet, in dem die Stoffkreisläufe geschlossen sind und kein Müll mehr die Welt verpestet, ein Land, das die besten Kitas, Schulen und Unis und das schnellste Internet hat, in dem jedes Kind sich voll entfalten kann, egal wie viel Geld seine Eltern haben, in dem sich Männer und Frauen Familien- und Erwerbsarbeit fair teilen, in dem pflegebedürftige und kranke Menschen

würdig und anständig versorgt sind.

Ich wünsche mir ein Land, das Weltmeister in der Flüchtlings- und Entwicklungshilfe ist, ein Deutschland, das ohne räuberischen Verbrauch von Ressourcen auskommt, mit einer vielfältigen und kleinräumigen Landwirtschaft, dank der wir keine Angst vor multiresistenten Keimen aus tierquälerischen Massentierhaltungsställen haben müssen, ein Land, in dem wir uns schnell, nachhaltig und pünktlich auf der Schiene bewegen, ein Land mit E-Autos und E-Bikes. So eine Vision könnte einen Aufbruch schaffen, könnte Ideen freisetzen und, ja, sogar ein neues Wirtschaftswunder schaffen.

Ihre Politik, Frau Merkel, lebt leider von einer unterschweligen Angst, von einer Angst vor Veränderungen, von einer Angst vor der Konkurrenz aus China und -Indien, von einer Angst vor der Welt da draußen, wegen der wir uns angeblich keinen Umbau in der Wirtschaft leisten können, angeblich keine Reformen, angeblich nicht mehr Sozialpolitik, nicht mehr Gerechtigkeit, nicht mehr Umweltschutz, nicht mehr Nachhaltigkeit, nicht mehr Zukunft. Aber wissen Sie, diese Angst produziert nur Stillstand. Was wir brauchen, ist ein Aufbruch. Wir brauchen einen echten Fortschritt

Ihre Politik lebt leider von einer unterschweligen Angst, von einer Angst vor Veränderungen.

und Visionen von einem besseren Deutschland.

Und wenn sich doch mal eine kleine, nette Fortschrittsidee in Ihren Koalitionsvertrag verirrt hat, wie die Frauenquote, dann veranstalten Sie, liebe Herren – da muss man wirklich sagen: liebe Herren von der Union, ein veritables Heulsusenkonzert. Ihre Quote ist doch gerade mal ein Quötchen. Es kommen so seltsame Aussagen wie: Frauen seien eine Belastung, für die man ein Moratorium brauchte. Das ist doch wirklich absurd. Wir wissen doch alle, dass Frauen in Aufsichtsräten oder in Unternehmen überhaupt diese Unternehmen stärken und mehr Wirtschaftskraft schaffen.

Da wird einfach eine Rezessionsangst zur Verteidigung vor einem „old boys' club“ in den Chefetagen instrumentalisiert, und Sie, liebe Kollegen von der Union, lassen sich dafür einspannen. Ich sage mal so: Wegen so ein bisschen Quote, Herr Kauder, müssen Sie doch wirklich nicht so rumweinen. In der Jugendsprache würde man sagen: Heul doch!

Wenn wir uns unsere Energieversorgung anschauen, stellen wir fest, dass die erneuerbaren Energien in den letzten Jahren wunderbar gewachsen sind – dank eines rot-grünen Gesetzes. Aber immer noch produzieren wir drei Viertel unseres Stroms aus Atom, Kohle und Gas. Die Menge des Klimakillers CO₂ hat unter Ihrer Regierung sogar zugenommen. Von den zehn dreckigsten Kohlekraftwerken ganz Europas stehen alleine sechs in Deutschland. Frau Merkel und Herr Gabriel – man muss ihn ja jetzt leider den „schwarzen Gabriel“ nennen – bewahren die Kohledinosaurier mit dieser Politik leider vor dem Aussterben.

Deutschlands Versprechen, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent zu senken – das ist ein Versprechen der ersten Großen Koalition –, werden Sie so nie einhalten können. Wenn Sie jetzt davon reden, dass Sie bei der Kohle vielleicht 22 Megatonnen CO₂ einsparen wollen, dann klingt das ja erst mal nach viel. Aber man muss sich klarmachen, wie viel die Kohlekraftwerke Deutschlands im Jahr ausstoßen. Sie stoßen 340 Megatonnen CO₂ aus. Das heißt, wir reden von noch nicht einmal 7 Prozent. Für diese 7 Prozent lassen Sie sich feiern? Glauben Sie wirklich, so das Klima retten zu können? Das ist doch kein wirklicher Fortschritt! Das ist doch keine wirkliche Klimapolitik!

Dann kommt hinzu: Glaubt denn hier im Raum jemand noch ernsthaft, dass diese Ankündigung wirklich wahrgemacht wird? Wir haben schon so viele Ankündigungen und einen solchen Zickzackkurs von Herrn Gabriel in die-

sem Bereich erlebt. Mal war er der Schutzpatron der Kohle, mal war er der Klimaretter. Es gibt ja auch in anderen Bereichen schöne Ankündigungen von Herrn Gabriel. Glaubt das denn noch irgendwer?

Denken Sie nur an den Investorenschutz – da haben Sie ja sogar einen entsprechenden Beschluss gefasst – oder an andere Beispiele.

Deshalb: Wir glauben es ihm nicht. Wir sehen einen Herrn Gabriel, der wild durch die Energiepolitik schlingert. Wir sehen einen Herrn Gabriel, der wie ein politischer Wackelpudding agiert. Auch wenn er jetzt nicht mehr hier ist, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, muss ich sagen – das ist vielleicht nicht besonders nett, und eigentlich mag ich Sigmar Gabriel echt gern; aber wenn es um die Energiepolitik geht, fällt mir immer dieses Bild ein –: Er agiert leider wie ein rot angestrichener Seehofer.

Es ist einfach bitter, wenn die SPD in manchen Politikbereichen anfängt, genauso zu agieren wie Herr Seehofer.

Ich meine, dafür muss man sich schon etwas schämen. Da können Sie sich natürlich aufregen und dazwischenplärren; das kann ich verstehen.

Aber anstatt hier dazwischenzuplärren, wäre es klüger, Sie würden Herrn Gabriel dazu bringen, keine seehoferhafte, sondern eine vernünftige Politik zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, aber auch liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, wer eine wirklich erfolgreiche Energiepolitik machen will, der muss raus aus der Kohle – natürlich nicht auf einen Schlag, sondern Schritt für Schritt. Diese Schritte müssen eingeleitet werden. Wir müssen raus aus der Kohle.

Das ist auch nicht unmöglich. Das ist auch gar nicht so schwer, wie man es sich vorstellt. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Dänemark: Dänemark will ab dem Jahr 2030 sowohl die Wärme als auch den Strom vollständig aus erneuerbaren Energien erzeugen und bis zum Jahr 2050 sogar komplett auf erneuerbare Energien umstellen. Nennen wir das doch einfach eine pragmatische Vision – ehrgeizig, aber machbar. Das wäre ein echtes Vorbild. Nehmen Sie sich doch ein Beispiel daran!

Dazu kommt noch etwas weiteres Schönes: Dänemark wird von da an keine einzige Krone mehr an Russland oder Saudi-Arabien überweisen müssen – weder für Öl noch für Gas noch für Kohle. Das gesparte Geld kann dann in Dänemark eingesetzt werden und dort

neue Werte und Arbeitsplätze schaffen, anstatt letztendlich autoritäre Regime zu stabilisieren. Deutschland hingegen überweist immer noch über 30 Milliarden Euro pro Jahr für Öl, Gas und Kohle an Russland und stabilisiert damit das System Putins. Das muss doch überhaupt nicht so bleiben. Das könnten wir durch Politik doch ändern! Das könnten Sie, das könnte diese Große Koalition doch ändern!

Dass nichts so bleiben muss, wie es ist, gilt auch für die völlig verfehlte Agrarpolitik hier im Land. Mit dieser Agrarpolitik der Großen Koalition zerstören wir weiterhin unsere Böden und wird dafür gesorgt, dass immer mehr Gensoja nach Europa importiert wird, wird dafür gesorgt, dass noch mehr Treibhausgase in der Landwirtschaft entstehen und dass mehr Gülle produziert wird, die unser Grundwasser verseucht. Sie erhöhen durch den ungezähmten Antibiotikamissbrauch das Risiko multiresistenter Keime, ja, Sie sind noch nicht einmal in der Lage, Reserveantibiotika zu verbieten. Das ist doch einfach wirklich ekelhaft – das ist nicht nur ekelhaft, das ist

auch schlecht: schlecht für die Menschen, schlecht für die Tiere und schlecht für unser Land, und damit muss einfach endlich mal Schluss sein.

Ihre Politik führt am Ende auch dazu, dass sich die Investi-

tionen der vielen anständigen Landwirte und Bauern in den Tier- und Umweltschutz nicht mehr lohnen. Die warmen Worte und vielen Lippenbekenntnisse, die wir hier immer wieder hören, helfen ihnen nichts, und zwar so lange nicht, wie das Geld vor allem auf die Großagrarindustriekonzerne konzentriert wird und die kleinen und anständigen Bauern, die Milchbauern nichts davon haben. Sie lassen sie einfach konstant hopsgehen. Seit Jahren wird ein Landwirt nach dem anderen gezwungen, aufzugeben, und nimmt die Anzahl der Bauernhöfe ab. Das ist doch keine Politik, die irgendetwas mit „konservativ“ oder „christlich“ zu tun hat und irgendwie gut für den ländlichen Raum ist.

Sie reden auch immer gerne von Marktwirtschaft und von den Märkten. Merken Sie nicht, dass Sie hier einen sich entwickelnden Markt verschlafen? Die Menschen sind sehr viel weiter als die Große Koalition. Sie kaufen schon längst Bio, und die Menschen kaufen doch längst regional. Das Problem ist nur: Sie sorgen dafür, dass diese Produkte nicht in Deutschland produziert werden können. Mit Ihrer Art von Landwirtschaftspoli-

tik halten Sie das Angebot klein. Sie bremsen den Ökolandbau aus und fördern stattdessen Agrarexporte. Damit führen Sie nicht nur die Bauern, sondern auch die Verbraucher in die Sackgasse. Der Effekt ist, dass wir die Biolebensmittel aus Österreich, aus der Schweiz und aus vielen anderen Ländern importieren müssen, weil Ihre Politik in Deutschland dafür sorgt, dass sie hier nicht produziert werden können.

Stattdessen gibt es hier eine sogenannte Tierwohlinitiative von Landwirtschaftsminister Schmidt. Das ist eine schöne Tierwohlinitiative. Sie setzt darauf, dass sich die Agroindustrie freiwillig besert. Ja, glauben Sie denn wirklich im Ernst, dass sich Wiesenhof

freiwillig bessert? Die Leute von Wiesenhof brauchen keine netten Ansprachen, nach dem Motto: „Jetzt reden wir mal miteinander, Firma Wiesenhof. Halten Sie doch Ihre Hühner und Puten mal ein bisschen besser“, sondern sie brauchen vernünftige Gesetze. Man muss sich gegenüber diesen Lobbyisten einfach trauen, vernünftige Gesetze durchzusetzen. Die Mehrheit dafür müssten Sie hier doch zustande bringen mit Ihren 80 Prozent.

Das Gleiche gilt für den Haushalt. Auch im Haushalt müsste eigentlich nichts so bleiben, wie es ist. Es muss nicht dabei bleiben, dass Deutschland zu wenig in Schienen, Brücken und Schulgebäude investiert, und es muss auch nicht dabei bleiben, dass wir Anfang des 21. Jahrhunderts noch immer in vielen Ecken kein funktionierendes Internet für alle haben. Es muss doch nicht so bleiben, dass im Bildungssektor, von der Kita über die Schulen bis zu den Universitäten, schlicht zu wenig Geld vorhanden ist. All das könnte man doch ändern. Das müsste doch mit einer 80-Prozent-Mehrheit änderbar sein, oder etwa nicht?

Aber dafür müssten Sie eine andere Politik machen. Dafür müssten Sie einfach Geld in die Hand nehmen, Geld, das im Grunde im Haushalt vorhanden ist. Dafür müssten Sie ein paar ökologisch schädliche Subventionen streichen und dann das Geld sinnvoll ausgeben. Stattdessen lassen Sie sich für ein 10-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm feiern. Von diesem 10-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm soll im nächsten Jahr de facto nichts kommen und in den folgenden Jahren vielleicht jeweils 3 Milliarden Euro. Also bitte! Welcher Anteil vom Bundeshaushalt ist denn das? Ein 10-Milliarden-Euro-Investitionspro-

gramm klingt zwar gut, aber das ist ungefähr 1 Prozent des darauffolgenden Haushalts. Das kann doch nicht wirklich Ihr Ernst sein.

De facto sind das nur Krumen, die vom Tisch des Finanzministers fallen. Die Folge davon ist, dass sich Ihre Minister um diese Krumen streiten wie die Spatzen im Biergarten. Es ist doch nicht so, dass wir Breitbandausbau oder Gebäudesanierung brauchen, dass wir Straßen- und Schienenerhalt oder Geld für die Kommunen brauchen. Nein, wir brauchen bei-

des. Deshalb geben Sie Ihren Ministern nicht nur Krumen, sondern geben Sie ihnen endlich Geld, damit sie sich nicht so kindisch um diese Kleinigkeiten streiten müssen!

Deutschlands Zukunft braucht beides.

Deutschland bräuchte wirklich einen Investitionsschub. Sie aber legen einfach die Hände in den Schoß und betreiben Schönfärberei. Erst heute haben Sie wieder Schönfärberei betrieben. Wissen Sie, Frau Merkel, Sie müssen uns von der Opposition nichts glauben. Sie müssen auch mir nichts glauben.

Schauen Sie sich doch einfach einmal den Bericht der OECD an. In dem Bericht der OECD steht, dass sich die Wachstumsaussichten für Deutschland halbieren werden. Die Euro-Zone wird als der kranke Wirtschaftsraum des Globus identifiziert, und massive Investitionen in Bildung und Infrastruktur werden angemahnt.

Das ist das bittere Urteil der OECD über Ihre fatale Haushaltspolitik, über Ihre schwächliche Investitions-politik, Ihre fehlgeleitete Politik.

Aber anstatt das ernst zu nehmen, produzieren Sie einfach weiter Verlierer und sorgen nicht dafür, dass ausreichend Geld investiert wird.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben mit Ihren Kollegen in Brisbane ein wunderschönes Wachstumspaket mit sagenhaften 800 Maßnahmen geschnürt. Aus Deutschland kommt allerdings überhaupt nichts Neues. Sie haben einfach den Koalitionsvertrag genommen und die darin enthaltenen Maßnahmen ins Abschlussdokument kopiert. Das war es dann: „copy and paste“. Und dafür sind Sie um die halbe Welt geflogen?

Aber es gab wunderschöne Fotos, die wir bewundern konnten. Dieses Mal waren es keine schönen Fotos mit roter Windjacke vor Eisbergen, sondern stattdessen

**Deutschland
bräuchte einen
Investitions-
schub. Sie aber
legen die Hände
in den Schoß.**

**Wir sehen
einen Herrn
Gabriel, der wild
durch die
Energiepolitik
schlingert.**

schöne Fotos von nächtlichen Abstechern in die Pubs von Brisbane. Dazu kann man sagen: Immerhin, dafür hat sich die Reise gelohnt.

Allerdings: Zukunft gestalten geht heute eben nur noch global. Gerade im nächsten Jahr werden wichtige Weichen gestellt. Da kommt es entscheidend auf Deutschland an.

In der Tat haben wir heute den wunderschönen Beginn Ihres Gipfeltheaters erlebt. Ich sehe das nächste Jahr schon vor mir: Da holen Sie, Frau Merkel, wieder das schöne rote Jäckchen aus dem Schrank, weil das mit den Grönlandfotos damals so gut geklappt hat. Der liebe Sigmar büstet sich ein bisschen den Kohlestaub vom Jackett. Dann machen Sie sich beide fein für den Klimagipfel und für die G-7-Präsidentschaft.

Aber wissen Sie: Beim Klimaschutz zählt nicht die -Optik, sondern da zählen die realen Taten. Was die angeht, sind Sie kein schönes Paar. Während in den USA und in China neue Bewegungen entstehen, herrscht in Deutschland und Europa Stillstand. Diesen können Sie auch mit Ihren schönen Worten nicht mehr kaschieren. Auch bei den anderen globalen Herausforderungen übernehmen Sie keine Führung.

Wo bleiben denn Ihre konkreten Vorschläge gegen Steuertricksereien, wie sie der Konservative Juncker in Luxemburg oder der Sozialdemokrat Dijsselbloem zu verantworten haben? Dazu sagen Sie nichts. Wir hören zwar zum wiederholten Male, dass die Banken und das Finanzsystem jetzt reguliert sind und etwas gegen die Steuertricksereien unternommen wird, aber vom Reden alleine wird das alles nicht unterbunden. Wir wünschen uns schlichtweg Taten von Ihnen. Denn auch von noch so schönen Reden – ehrlich gesagt, sie waren eher ermüdend – und von noch so schönen inhaltlichen Aussagen

Deutlich wurde allerdings, was Ihnen wichtig ist: das globale sogenannte Freihandelsabkommen TTIP.

Damit kann es Ihnen gar nicht schnell genug gehen. Da werden einfach der Rechtsstaat und die rechtsstaatlichen Maßnahmen zu sogenannten nichttarifären Handelshemmnissen erklärt. Wir brauchen allerdings in Deutschland kein Abkommen für Konzerne mit besonderen Klageprivilegien.

Wir haben in Deutschland einen funktionierenden Rechtsstaat mit demokratisch legitimierten Gerichten.

Sie reichen aus, und sie haben sich bewährt.

Wir brauchen auch kein Standarddumping. Ich finde, wir müssen das europäische Vorsorgeprin-

zip behalten. Wir brauchen kein Handelsabkommen, das Gewinne für wenige organisiert, sondern wir brauchen endlich ein Handelsabkommen, das fairen Handel für alle organisiert. Das erwarten wir von Ihnen.

Wir haben in der Ukraine erlebt, dass tatsächlich nichts so bleiben muss, wie es ist. Vor einem Jahr haben sich die Menschen in der Ukraine auf dem Maidan versammelt. Die Menschen, die aus allen Teilen des Landes kamen, bekannten sich zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in einer offenen Gesellschaft. Diese Menschen können sich unserer Solidarität sicher sein.

Ein Jahr danach ist nichts mehr, wie es einmal war. Die Krim ist von Russland militärisch annektiert worden: ein ganz klarer Verstoß gegen das Völkerrecht. In der Ostukraine setzt die russische Führung ihre Destabilisierungspolitik fort.

Thomas Oppermann, SPD:

Es gibt keinen Grund für Alarmismus



Thomas Oppermann (*1954)
Wahlkreis Göttingen

Ich freue mich, dass es der Koalition gestern Abend gelungen ist – die Bundeskanzlerin hat das schon erwähnt –, sich auf die wesentlichen Inhalte der Frauenquote zu einigen. Das zeigt, dass wir in der Koalition auch bei kontrovers diskutierten Themen entscheidungsfähig sind.

Die Quote kommt, und sie kommt genau so, wie wir sie im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Sie kommt mit Gesetzeskraft, ohne Ausnahmen, ohne Härtefallklauseln. Das ist ein großer gesellschaftlicher Fortschritt.

Diese Quote hat durchaus eine historische Dimension; denn mit ihr wird die Gleichberechtigung in den Vorstandsetagen und Auf-

In dieser verfahrenen Situation können Deutschland und die EU nur mit Geschlossenheit Fortschritte erreichen. Diese Geschlossenheit herzustellen ist Ihre Verantwortung. Das ist die Verantwortung unserer Bundesregierung.

In der Ostukraine setzt die russische Führung ihre Destabilisierungspolitik fort.

In dieser Krise helfen uns auch keine markigen Worte der NATO und Gedankenspiele in Richtung NATO-Mitgliedschaft der Ukraine. Das kann uns nicht helfen und wird auch den Frieden in Europa nicht erhalten.

Grundfalsch wäre es aber, gegenüber dem russischen Präsidenten den geringsten Zweifel daran zu lassen, dass Europa entschlossen ist, in dieser Frage zusammenzustehen. Denn Sicherheit und Frieden kann es in Europa zwar nur mit Russland geben, aber Putin zeigt derzeit kaum Bereitschaft zur Lösung des Konfliktes. Er nutzt stattdessen den Konflikt, um gegen Kritikerinnen und Kritiker

innerhalb Russlands vorzugehen. Deshalb waren die verhängten Sanktionen unumgänglich, und ich sehe derzeit keine Grundlage, um sie wieder aufzuheben. Ja, wir sind auf der Seite der Menschen in der Ukraine, aber wir sind auch auf der Seite der Opposition in Russland.

Sehr geehrte Frau Kanzlerin, kürzlich war im Spiegel ein Interview mit einer 20-jährigen Frau zu lesen. Seit diese Frau Politik wahrnimmt, kennt sie nur Sie als Kanzlerin, Frau Merkel. Seit dieser Zeit kennt sie nur Sie bewusst als Kanzlerin; eine Fünfjährige nimmt Politik nicht wahr. Diese Frau ist über Ihre Arbeit als Kanzlerin befragt worden. Ich zitiere wörtlich:

Dieses Abwarten von ihr, dieses Passive macht mich wütend. Dass sie uns keine klaren Standpunkte zutraut, dass sie sich das nicht zutraut. So eine schlaue Frau, aber was will sie denn? Ich weiß nicht, was sie will. Ich kann sie nicht verstehen.

Tja, Frau Merkel, damit spricht sie vielen Menschen in Deutschland aus der Seele. Ihre heutige Regierungserklärung hat uns wie-

der kein Stück vorangebracht. Ihre Regierungserklärung ist wieder vollkommen durch das Ungefähre gewabert, ohne anzuecken, ohne vorauszublicken, ohne irgendetwas anzustoßen. Der Klimawandel wartet doch nicht. Unsere Kinder haben doch keine Zeit mehr zu verschwenden in nicht sanierten Schulen. Die Unternehmen brauchen doch endlich ein schnelles Internet. Die Flüchtlinge brauchen unsere bedingungslose Hilfe, und Europa braucht vernünftige Investitionen. Drei weitere Jahre, in denen Sie weiter so amts müde und ideenlos vor sich hinwerkeln, kann sich unser Land, kann sich unsere Zukunft nicht leisten. „Nichts muss so bleiben, wie es ist.“ – Ja, das gilt auch für Sie, Frau Bundeskanzlerin. Sie könnten sich doch noch einmal einen Ruck geben. Schmeißen Sie Ihren Koalitionsvertrag weg! Entwickeln Sie eigene Ideen! Unserem Land und unserer Zukunft wäre es zu wünschen. Uns allen wäre es zu wünschen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

gegenüber 1990 zu reduzieren, und wir stehen auch zum Umbau unseres Energiesystems. Bis 2050 werden 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien kommen. Aber wozu wir auch stehen, ist, dass dieser Umbau sozialverträglich gestaltet wird, dass die Strompreise auch für die Wirtschaft bezahlbar bleiben und dass der Strom verlässlich aus der Leitung kommt.

Sozialverträglich, bezahlbar und verlässlich, an diesen Kriterien hängt die Akzeptanz der Energiewende. Die bekommen Sie eben nicht mit der Brechstange, wenn Sie gleichzeitig aus Atomstrom und Kohlestrom aussteigen wollen.

Natürlich muss auch der Kraftwerkspark einen fairen Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen leisten. Deshalb hat Sigmar Gabriel der Energiewirtschaft eine klare Marschroute vorgegeben. Die Kraftwerksbetreiber müssen bis 2020 mindestens 22 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen einsparen. Wie dieses Ziel erreicht wird, entscheiden die Unternehmen. Das halte ich für eine kluge Lösung, die Ökonomie und Ökologie zusammenbringt.

Deshalb gibt es keinen Grund zu Alarmismus, weder bei den Gegnern der Kohle noch bei ihren Befürwortern. Den einen geht der Beitrag der Kohle zu weit, den anderen geht er nicht weit genug; das ist ein gutes Indiz dafür, dass Sigmar Gabriel mit seinem Vorschlag genau richtig liegt.

Was wir jetzt brauchen, ist ein schneller Einstieg in die Energieeff-

sichtsräten der Unternehmen in Deutschland einen gewaltigen Sprung nach vorne machen. Das ist vor allem ein starkes Signal an die qualifizierten Frauen in diesem Land. Sie sind keine Belastung für die Wirtschaft. Sie sind eine Bereicherung und eine Verstärkung für die Wirtschaft.

Ich möchte allen in beiden Koalitionsfraktionen und in der Bundesregierung danken, die auf diese Einigung hingearbeitet haben. Vor allem aber möchte ich der Frauenministerin Manuela Schwesig danken, dass sie so hartnäckig, so selbstbewusst und so erfolgreich für diese Quote gekämpft hat. Es ist gut, dass wir eine starke Frauenministerin haben.

Vor einigen Wochen hat uns die Konjunkturprognose 1,3 Prozent Wachstum für das nächste Jahr vorhergesagt, übrigens so viel wie seit Jahren nicht mehr. Aber wer die Debatte in Deutschland verfolgt, hat das Gefühl, dass wir in einer anderen Welt leben. Bei den Grünen ist eine bessere Rente für Mütter und Langzeitarbeitnehmer eine Belas-

tung für die Konjunktur.

Bei den Wirtschaftsprofessoren ist ein ausgeglichener Haushalt eine Bedrohung für künftige Generationen. Der Mindestlohn ist schuld daran, dass die Wirtschaft weniger wächst. Wer solche Gegensätze aufbaut, verunglimpft nicht nur Arbeitnehmer und Rentner in diesem Land, sondern spielt auch Dinge gegeneinander aus, die nur zusammen funktionieren.

Unsere Konjunktur funktioniert nur mit einer guten Binnennachfrage. Künftige Investitionen funktionieren nur mit einer soliden Haushaltsführung. Eine erfolgreiche Wirtschaft funktioniert nur mit sozialer Gerechtigkeit. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag diese Dinge zusammengebracht, statt falsche Alternativen

aufzubauen. Eine falsche Alternative, lieber Toni Hofreiter, ist es auch, wenn Sie den Klimaschutz gegen die Wirtschaft in Stellung bringen.

Um es ganz klar zu sagen: Wir stehen zu dem Ziel, bis 2020 die CO₂-Emissionen um 40 Prozent

Die Quote kommt genau so, wie wir sie im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

fizienz. Nur wenn wir es endlich schaffen, weniger Energie zu verbrauchen und Energie besser zu nutzen, werden wir langfristig das Klima schützen können.

Meine Damen und Herren, wir beschließen in dieser Woche einen historischen Haushalt: seit 46 Jahren zum ersten Mal ohne Neuverschuldung. Das haben wir trotz einer schlechteren Konjunkturerwicklung geschafft, ohne soziale Kürzungen und mit mehr Geld für Bildung, Forschung, Kommunen und Infrastruktur. Das ist insgesamt eine gute Botschaft für junge Menschen in diesem Land. Wir wollen keine Politik mehr zulasten künftiger Generationen machen.

Denn selbst wenn wir uns heute zu Niedrigzinsen verschulden könnten, wozu uns einige raten, muss man doch sehen: Die Schulden bleiben uns über Jahrzehnte erhalten, und bei steigenden Zinsen müssen wir dafür teuer bezahlen.

Ich finde es ausgesprochen erfreulich und ich bin dem Finanzminister Schäuble sehr dankbar dafür, dass er für die Zeit ab 2016 Haushaltsreserven von 10 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen mobilisiert hat. Das ist ein starkes Signal für die Konjunktur in diesem Land. Wir sehen die Schwerpunkte für ein Investitionsprogramm bei der Infrastruktur, beim Netzausbau, bei energetischer Sanierung, beim Breitbandausbau, bei kommunalen Investitionen und im Städtebau.

Ich glaube, wir dürfen uns im Ergebnis aber nicht darauf beschränken, nur die öffentlichen Investitionen zu steigern; wir müssen auch die privaten Investitionen ankurbeln. Deshalb ist es gut, dass eine Expertenkommission des Bundeswirtschaftsministers an Vorschlägen für mehr Investitionen arbeitet.

Was Investitionen in der Wirtschaft auch erleichtern könnte, wäre ein Bürokratieabbau. Wir haben in den letzten Jahren Kosten für Informationspflichten in Höhe von 12 Milliarden Euro eingespart. Trotzdem ist die deutsche Wirtschaft immer noch mit Bürokratiekosten in Höhe von 40 Milliarden Euro belastet. Ich weiß, jede einzelne bürokratische Regelung hat immer auch einen rationalen Kern. Jede einzelne Regelung lässt sich für sich immer irgendwie begründen. Aber in der Summe sind diese Regelungen für die Wirtschaft oft eine fast unerträgliche Belastung. Deshalb müssen wir dieses Problem angehen.

Sigmar Gabriel hat ein Paket zum Bürokratieabbau vorgelegt.

Ich habe große Sympathie für die neue Regel „one in, one out“. Immer dann, wenn neue Bürokratie geschaffen wird, muss sie an anderer Stelle in gleichem Umfang abgebaut werden. Die letzte Große Koalition hat es geschafft, mit der Schuldenbremse die Neuverschuldung zu stoppen. Ich finde, diese Große Koalition muss jetzt mit einer Bürokratiebremse endlich dafür sorgen, dass die Bürokratie für Unternehmen gestoppt wird, dass Unternehmer und Arbeitnehmer sich wieder auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren können und dass sie wertschöpfende Tätigkeiten ausüben, ohne dabei von einem Übermaß an Bürokratie behindert zu werden, meine Damen und Herren.

Nur 8 Prozent des Bürokratieaufwandes betreffen die Statistik. Über 30 Prozent betreffen die Steuererklärung. Ein Beispiel dafür ist die Abschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter. Da kauft ein Schreiner einen PC für 500 Euro. Anstatt die Kosten direkt vom Umsatz abzuziehen zu können, muss er sie umständlich auf drei Jahre verteilen. Ich sehe keinen fiskalischen Sinn in einer solchen Aufteilung, und ich sehe darin auch keine Möglichkeit, Steuerbetrug zu verhindern. Deshalb sollten wir in dieser Wahlperiode über diese Themen zu gegebener Zeit noch einmal sprechen.

Es ist eindeutig sinnvoller, Steuerbetrug dort zu bekämpfen, wo er uns wirklich Geld kostet, nämlich bei den transnationalen Unternehmen, die in Luxemburg und in den Niederlanden Steuerschlupflöcher nutzen, während unsere Mittelständler hier 30 Prozent Steuern zahlen müssen. Steuerdumping in der EU ist unerträglich. Es schadet unseren Unternehmen und geht zulasten aller Steuerzahler in diesem Land. Deshalb finde ich es gut, dass sich Finanzminister Schäuble und Jean-Claude Juncker offen zeigen für die Einführung von Mindeststeuern in der Europäischen Union. Mindeststeuern für Unternehmen sind ein probates Mittel der Steuerumgehung. Wir wollen, dass Gewinne dort besteuert werden, wo sie auch erwirtschaftet werden.

Ausgeglichener Haushalt, Bürokratieabbau, Investitionen, das sind Weichenstellungen für die Zukunft. Aber für künftige Generationen ist auch wichtig, wie wir in der Welt miteinander Handel treiben. Ich bin davon überzeugt: Ein Land wie Deutschland, das 40 Prozent seiner gesamten Wirtschaftsleistung im Export verdient, darf sich nicht vom Handel ab-

schotten, sondern muss dem internationalen Handel offen gegenüberstehen. Die EU und die USA bilden mit 800 Millionen Einwohnern den größten Markt der Welt. Für große Konzerne ist es kein Problem, auf diesen Märkten zu agieren. Aber unsere Mittelständler können es sich kaum leisten, teure Expertengruppen zu bezahlen, um die unterschiedlichen technischen Systeme zu überwinden oder gleich eine eigene Fabrik in den USA zu bauen. Deshalb ist eine gute Handelspartnerschaft mit den USA eine gute, große Chance für unsere mittelständischen Unternehmen.

Unser Ziel ist es, bei TTIP die bestmöglichen Standards zu erreichen – für die Verbraucher, für die Arbeitnehmer, für die Umwelt. Natürlich muss der Zugriff auf unsere kommunale Daseinsvorsorge und auf unsere kulturellen Institutionen von vornherein ausgeschlossen bleiben. Dass in entwickelten Rechtssystemen Investor-Staat-Schiedsverfahren nicht mehr zeitgemäß sind, das ist inzwischen gründlich dargelegt worden. Wir treten dafür ein, dass alle Investoren, unabhängig davon, ob sie Inländer oder Ausländer sind, effektiven Rechtsschutz bekommen und dass er am besten vor staatlichen Gerichten aufgehoben ist.

Jetzt geht es darum, gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für erfolgreiche Verhandlungen zu sorgen. Die Forderungen nach Verhandlungsabbruch sind abstrus; denn wenn wir nicht verhandeln, dann werden andere verhandeln. Die Standards, auf die andere sich verständigen, das werden nicht unsere Standards sein. Entweder die Globalisierung gestaltet uns, oder wir gestalten die Globalisierung. Ich bin eindeutig für Letzteres.

Meine Damen und Herren, auch 25 Jahre nach dem Mauerfall bleibt der Aufbau Ost eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch viele Regionen im Westen Deutschlands brauchen Unterstützung. Dass dafür die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag auch nach 2019 noch gebraucht werden, hat die Bundeskanzlerin schon vor einem Jahr klargestellt, und darin sind sich auch alle Fraktionen in diesem Hause einig.

Die rot-grünen Ministerpräsidenten und Finanzminister Schäuble haben vorgeschlagen, wie das gehen könnte. Der Soli würde in die Einkommensteuer integriert, und dabei könnte man auch das Problem der kalten Progression lösen. Das wäre ein Weg, wie man einen Teil des Soli an die Steuerzahler zurückgeben könnte.

Wer diesen Weg nicht gehen will – man mag das gut oder schlecht finden –, wer ihn schlecht findet und die Integration nicht will, der muss konkrete

Vorschläge machen, wie ein anderer Weg aussehen könnte.

Eines ist klar: Wir brauchen in Zukunft eine Solidarität zwischen den Regionen, die sich nicht nach Himmelsrichtungen, sondern nach dem Bedarf richten, meine Damen und Herren.

Dieser Bedarf ist so verschieden wie unser Land. Dresden und Leipzig sind heute attraktive Wachstumskerne, die qualifizierte Zuwanderer anlocken. Aber nicht überall im Osten ist das so. Das Saarland und Bremen haben mit einer erdrückenden Schuldenlast zu kämpfen.

NRW hat einen Strukturwandel hinter sich, der es in seiner Dimension durchaus mit dem Aufbau Ost aufnehmen kann. Seit der Kohle- und Stahlkrise im Ruhrgebiet sind 1,2 Millionen Arbeitsplätze allein im Bergbau und im Bereich Stahl weggefallen. Trotzdem gibt es im Ruhrgebiet heute mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als vorher. Ob in Marl, Essen, Dortmund, Duisburg oder Bottrop – in vielen Städten wurden innovative neue Zentren für Dienstleistungen, Wissenschaft und Industrie aufgebaut. Damit ist NRW heute sogar Nettozahler im Länderfinanzausgleich, wenn man auch den Umsatzsteuerausgleich zwischen den Ländern betrachtet. Ich finde, es ist eine enorme Leistung, die da vollbracht worden ist.

Aber dieser Strukturwandel hatte auch seinen Preis, und diesen Preis hat NRW bisher weitestgehend allein bezahlt. Auch darüber müssen wir reden, wenn wir die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu ordnen. Wir können einzelne Länder, die einen tiefgreifenden Strukturwandel durchmachen,

nicht alleinlassen, beim Strukturwandel vom Agrarland zu einem modernen Industrieland alleingelassen haben. Wir wollen nicht, dass sich die Gräben der Ungleichheit zwischen den Bundesländern weiter vertiefen. Das ist es doch, was unser Land eigentlich so stark macht: dass wir nicht auseinanderdriften wie etwa England und Schottland, wie

Flandern und Wallonien, wie Spanien und Katalonien, wie Nord- und Süditalien. Nur ein Deutschland mit gleichwertigen Lebensverhältnissen ist auf Dauer ein erfolgreiches und lebenswertes Land. Das ist jedenfalls die Richtschnur, mit der wir in diese Verhandlungen hineingehen.

Wir diskutieren im Rahmen der Verhandlungen über die Bundesländer-Finanzbeziehungen auch darüber, wie wir den Kommunen mit hohen Soziallasten am besten helfen können. Das ist auch richtig so; denn wir wollen, dass auch die finanzschwachen Kommunen wieder investieren können. Wichtig ist: Egal wo wir am Ende die Kommunen entlasten – die Reform der Eingliederungshilfe muss in jedem Fall kommen.

Die haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart; schließlich haben wir 2008 die UN-Behindertenrechtskonvention einstimmig ratifiziert. Bei der Eingliederungshilfe steht bisher im Vordergrund, dass die Menschen mit Behinderungen versorgt und verwaltet werden. Beim neuen Teilhaberecht wird es darum gehen, was ein Mensch mit Behinderungen braucht, um gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Fortsetzung auf nächster Seite

Eines ist klar: Wir brauchen in Zukunft eine Solidarität zwischen den Regionen.

Wir wollen keine Politik mehr zulasten künftiger Generationen machen.



TTIP-Gegner demonstrieren.

nen.

Das muss nicht immer teurer sein. Es geht nämlich nicht nur darum, wie viel Geld wir ausgeben, sondern auch darum, wie wir es ausgeben. Wir wollen ein Teilhaberecht, bei dem das Geld bei den Menschen mit Behinderungen ankommt, das echte Teilhabe und Inklusion ermöglicht.

Ich möchte zum Schluss noch auf die Außenpolitik zu sprechen kommen; denn die neuerlichen Gewaltausbrüche in der Ukraine und in Israel machen

uns allen große Sorgen. Seit Monaten ist die Außenpolitik der Bundesregierung extrem gefordert. Ich finde, dass Außenminister Steinmeier und Bundeskanzlerin Merkel unser Land mit großem Engagement und mit hohem persönlichen Einsatz außerordentlich gut vertreten.

Die Bundesregierung ist zusammengeblieben; auch die Europäische Union und die NATO-Part-

ner sind zusammengeblieben. Jetzt kommt es für die nächsten Monate darauf an, dass wir weiterhin zusammenbleiben. Wenn nun der Vorwurf in den Raum gestellt wird, es werde eine Nebenaußenpolitik betrieben, dann ist das völlig deplatziert. Die Außenpolitik ist in diesen Zeiten viel zu wichtig für unser Land, als dass wir sie für innenpolitische Ziele instrumentalisieren dürften, meine Damen und Herren. Es ist kein Widerspruch, den Dialog zu suchen und trotzdem klar zu sagen, was man von der russischen Politik hält und erwartet.

Seit Monaten ist die Außenpolitik der Bundesregierung extrem gefordert.

Russland hat eine Verantwortung für das, was dort passiert. Russland hat die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine zu verantworten. Damit stellt Russland die europäische Friedensordnung infrage. Das kann die EU nicht einfach akzeptieren. Deshalb war und ist die Entscheidung für gezielte Sanktionen richtig. Russland muss seine

Guerrillataktik beenden und aufhören, an der Spaltung der Ukraine zu arbeiten. Wladimir Putin muss klar bekennen, dass auch er weder Krieg noch Bürgerkrieg in Europa toleriert oder gar fördert.

Dennoch müssen wir im Gespräch bleiben; denn es kann nur eine politische Lösung für diesen Konflikt geben. Es kann auch nur eine Lösung mit Russland geben; das muss uns immer bewusst sein. Das ist die Komplexität der Außenpolitik, mit der wir uns auseinandersetzen müssen und der wir uns mutig stellen müssen. Es reicht nicht, nach einem einfachen Schema – wie es die Linke gerne macht – Putin zu bejubeln und Israel zu kritisieren. Damit stellen Sie sich nur ins Abseits, aber zeigen keine Verantwortung.

50 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, so viele wie noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. In dieser dramatischen Lage müssen wir unseren Beitrag leisten, damit die Flüchtlinge den nächsten Winter überhaupt überstehen können. Ich bin froh, dass wir in den parlamentarischen Beratungen die Haushaltsmittel für die zivile Kri-

senprävention und die humanitäre Hilfe um 313 Millionen Euro aufgestockt haben. Damit zeigen wir, dass wir internationale Verantwortung für diese Krise übernehmen wollen.

Jetzt müssen wir schauen, dass wir die Flüchtlinge in Deutschland gut unterbringen. Wir haben in diesem Herbst schon wichtige Verbesserungen beschlossen: Asylbewerber können schneller Arbeit finden und Sprachkurse besuchen. Wir haben die Residenzpflicht gelockert, und Asylanträge werden schneller bearbeitet. Aber das Wichtigste ist, dass wir jetzt auch die Kommunen in die Lage versetzen, die Flüchtlinge gut unterzubringen; denn es darf nicht sein, dass Kommunen mit der Unterbringung von Flüchtlingen aufgrund eines Geldmangels überfordert werden, und es darf nicht sein, dass durch überfüllte Provisorien Ressentiments gegenüber Flüchtlingen geschürt werden. Das

Jetzt müssen wir schauen, dass wir die Flüchtlinge in Deutschland gut unterbringen.

müssen wir schon im Ansatz unterbinden. Deshalb ist es gut, dass die Regierung jetzt mit den Ländern darüber verhandelt, wie man die Kommunen unterstützen kann. Hier ist ein Kraftakt notwendig. Mit dieser finanziellen Unterstützung helfen wir aber nicht nur den Kommunen, sondern ermutigen auch die Bürgerinnen und Bürger, die sich in unserem Land für die Flüchtlinge engagieren, die ihnen bei Arztbesuchen helfen, sie bei Behördengängen unterstützen und dazu beitragen, dass die Kinder in die Schule gehen können. Das alles zeigt, dass die große Mehrheit der Deutschen ganz klar sieht, dass wir Verantwortung für die Flüchtlinge haben. Das ist gelebte Solidarität. Ich möchte allen, die sich daran beteiligen, die dabei mitwirken, ganz herzlich danken.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Volker Kauder, CDU/CSU:

Vor uns liegen große Aufgaben



Volker Kauder (*1949)
Wahlkreis Rottweil - Tuttlingen

Die Beratungen des Bundeshaushaltes für das Jahr 2015 finden in einer bewegten Zeit statt. Vor uns liegen große Aufgaben in unserem Land und auch in der Welt. Mit diesem Bundeshaushalt reagieren wir auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Trotzdem kommt er ohne neue Schulden aus. Die großen Herausforderungen, die es in unserem Land gibt, betreffen auch die Investitionen zur Stärkung der wirtschaftlichen Aktivitäten.

Auf die Frage von Frau Haßelmann hat Kollege Oppermann geantwortet, dass wir in unserer Regierungszeit die Investitionen stärken werden. Es steht auch im Ko-

alitionsvertrag festgeschrieben, dass wir in den nächsten Jahren weitere 10 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung stellen. Aber diese 10 Milliarden Euro müssen dann auch in Investitionen fließen, und zwar dorthin, wo es Probleme gibt, nämlich in die Infrastruktur, sowohl im digitalen Bereich als auch im Verkehrsreich. Im Bereich der digitalen Infrastruktur ist es zwingend notwendig, dafür zu sorgen, dass das Internet schneller wird, und zwar nicht nur für die Familien zu Hause. Wenn Industrie 4.0 gelingen soll – und das muss gelingen –, brauchen wir ein Internet, das die Maschinen in Istzeit verbindet. Damit können wir nicht mehr lange warten. Die Zeit drängt. Mit diesem Haushalt werden die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen.

Auch Maßnahmen zum Klimaschutz sind eine große Investition.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen natürlich alles tun, um die deutsche Wirtschaft, nachdem wir erkennen, dass der Wachstumskurs nicht

mehr ganz so dynamisch ist, weiter zu unterstützen. Wir haben überhaupt keinen Grund, die Dinge schlechtzureden. Wir werden auch im nächsten Jahr Wachstum haben. Jetzt aber geht es darum, die ganze Kraft darauf zu verwenden, dieses Wachstum zu unterstützen. Eine der großen Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft, eine der großen Wachstumsfragen ist: Können wir der Wirtschaft genügend qualifiziert ausgebildete junge Menschen anbieten? Es geht nicht mehr um den Arbeitsplatz, sondern darum, den besonders qualifizierten Arbeitsplatz zu besetzen. Wir haben bereits in der letzten Koalition erfolgreich begonnen, eine der größten Investitionen in Angriff zu nehmen, nämlich die Investition in Bildung, Forschung und Innovation.

Ich bin manchmal fassungslos, wenn ich höre, dass man sich bezogen auf die Investitionsquote dieses Bundeshaushalts nur anschaut, was in die Infrastruktur, in Gebäude und vieles andere investiert wird. Dazu kann ich nur sa-

gen: Eine Investition in ein Gebäude ist das eine. Aber wenn in der Schule oder in der Uni nicht in den Inhalt investiert wird, dann nützt das nichts. Deshalb sind die 15 Milliarden Euro, die wir im Etat von Frau Wanka veranschlagen, Investitionen in die Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist eine der größten Investitionsquoten überhaupt.

Wenn wir uns die Herausforderungen ansehen, auf die der Bundeshaushalt Antworten gibt: Auch Maßnahmen zum Klimaschutz sind eine große Investition; der Kollege Oppermann sprach es an. Beim Klimaschutz gibt es natürlich eine Reihe von Bereichen, die zu betrachten sind. Es ist klar, dass auch die Energiewirtschaft ihren Beitrag leisten muss. Für unsere Wirtschaft ist es zentral, dass wir den Klimaschutz einhalten; wir müssen aber auch Sicherheit bei der Energieversorgung herstellen und den Preis halten. Deshalb muss ich schon sagen: Wir sollten vor allem dort tätig werden, wo die Chancen groß sind, dass wir den Klimaschutz in besonderer Weise voranbringen, und das ist immer noch der Gebäudebestand in unserem Land. Wenn wir uns vornehmen, jedes Jahr nur 1 Prozent unseres Gebäudebestands energetisch zu sanieren, so ist dies eine große Aufgabe. Aber das ist schon das absolute

Wir haben überhaupt keinen Grund, die Dinge schlechtzureden.

Minimum. Daher erwarte ich, dass die Länder hier ihre Möglichkeiten nutzen. Wir versuchen seit einiger Zeit krampfhaft, ein energetisches Gebäudesanierungsprogramm auf den Weg zu bringen. Man kann nicht, wie in NRW, der Kohle das Wort reden, aber dann bei der Gebäudesanierung nicht mitmachen wollen. Jeder muss seinen Beitrag leisten: der Bund die eine Hälfte und die Länder die andere Hälfte. Dann kommen wir einen gewaltigen Schritt voran.

Noch immer sind 85 Prozent der Heizungsanlagen in den Privatgebäuden nicht auf dem neuesten Stand. Wenn wir dort etwas tun, können wir Millionen einsparen. Das wird ein Schwerpunkt im Investitionsbereich werden müssen – Kollege Oppermann wies darauf hin –, auch wenn wir uns im nächsten Frühjahr mit dem Haushalt 2016 beschäftigen.

Neben diesen Themen gibt es ein Thema, das jeden Tag Hunderte von Menschen unmittelbar betrifft; es ist erstaunlich, wie wenig darüber gesprochen wird. Jeden Tag – jeden Tag! – sind in den letzten zwölf Monaten 400 Häuser oder Wohnungen aufgebrochen worden, und die Leute wurden ausgeraubt. Es geht nicht nur um den materiellen Verlust. Die Menschen, die davon betroffen sind, sind ein Leben lang trauma-

tisiert, weil sie Angst haben und sich nicht mehr in ihre Häuser zurücktrauen. Da kann man nicht so tun, als ob das kein Problem wäre. Vielmehr ist es richtig, zu sagen: Die Sicherheit des Einzelnen ist eine Kernaufgabe unseres Staates, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Da tragen der Bund und die Länder gemeinsam Verantwortung. Wir wollen, auch im Rahmen von Investitionen, überlegen, was man noch machen kann, um unsere Wohnungen, unsere Häuser sicherer zu machen.

Darüber hinaus war es natürlich notwendig – ich bin dankbar, dass es gelungen ist, dies im Haushaltsausschuss durchzusetzen –, dass wir für den Bereich innere Sicherheit, also den Geschäftsbereich von Thomas de Maizière, nach den Maßnahmen in den letzten Jahren bei der Bundespolizei noch etwas Bedeutendes haben machen können. Wir sind da noch nicht am Ende; aber die Botschaft lautet: Wir werden nicht achselzuckend hinnehmen, dass Banden durch unser Land ziehen, Häuser aufbrechen können und wir keine Antwort auf diese die Menschen bewegende Frage geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Haushaltsberatungen finden natürlich auch in bewegter Zeit statt, weil wir weltweit einige große Probleme haben. Die Bundeskanzlerin hat zu Recht die Ebolakrise angesprochen und auch den Beitrag, den wir dazu leisten können. Aber auch das Verhältnis von Russland, der Ukraine und Europa ist ein Thema. Ich möchte sagen: Die Überzeugung und Wahrnehmung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die, dass unsere Bundeskanzlerin und unser Bundesaußenminister an einem Strang ziehen und dass sie eine ausgezeichnete Politik machen, die nicht nur die Menschen in der Ukraine, sondern auch die Stabilität Europas im Auge hat. Dafür sage ich einen herz-

lichen Dank.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts der derzeitigen Situation kommt es natürlich ganz entscheidend darauf an, dass wir in Europa beieinanderbleiben, so wie diese Koalition in dieser wichtigen Frage beieinanderbleibt. In diesem Zusammenhang muss ich immer wieder darauf hinweisen, dass wir mehr darüber reden müssen, was Europa gerade in diesen wichtigen außenpolitischen Handlungsfeldern bedeutet. Mir wird zu viel über das Europa von Euro und Cent gesprochen und viel zu wenig über das Europa der Werte und der gemeinsamen Schicksalsgemeinschaft.

Es ist schon bemerkenswert, dass es gerade Papst Franziskus gewesen ist, der gestern genau auf diesen Punkt hingewiesen hat, nämlich dass dieses Europa etwas selbstbewusster, etwas dynamischer, etwas jünger an die Themen herangehen sollte. Er hat uns ins Stammbuch geschrieben, wir sollten uns nicht damit abfinden, dass Europa immer älter wird, auch wenn dieser Eindruck immer mehr vorherrscht. Ich kann nur sagen: Die europäischen Ideen vom Zusammenarbeiten, von Frieden und Freiheit, von Religionsfreiheit und von Chancen für alle, diese Ideen müssen in Russland lange gesucht werden. Das sind aber die Ideen, die Europa stark machen und die auch eine so starke Anziehungskraft dieses Europas ausmachen.

Darüber müssen wir immer wieder auch klar und deutlich sprechen.

Wenn wir von den genannten Werten sprechen, möchte ich hinzufügen: Es müssen auch all diejenigen, die sich Europa nähern wollen und in Europa mitmachen wollen, wissen, dass wir nicht nur nach der Wirtschaftskraft von Ländern urteilen können, sondern auch nach dem urteilen müssen, was sie in dem Bereich machen, der unseren Wertebereich ausmacht. Wir erleben im Augenblick

die Diskussionen in der Türkei. Es mag jetzt einmal egal sein, ob die Türkei Amerika entdeckt hat oder nicht; darüber will ich gar nicht reden. Aber dass die Türkei noch einen erheblichen Nachholbedarf bei der Umsetzung der Religionsfreiheit hat, das ist Fakt. Das muss sich ändern, sonst ist der Weg nach Europa sehr, sehr schwer.

Natürlich ist eine zentrale Aufgabe – das muss ich sagen; auch die Bundeskanzlerin hat davon gesprochen – die Bekämpfung des internationalen Terrors. Wir alle spüren – Thomas de Maizière hat in den letzten Tagen darauf hingewiesen –, dass diese Sorge nicht nur im Mittleren und Nahen Osten zu verorten ist. Sie ist inzwischen mitten in unserem Land, in unserer Gesellschaft angekommen. Wenn man sich vor Augen führt, dass mehr als 500 junge Menschen in den Krieg nach Syrien und in den Irak ziehen und zum Teil auch wieder zurückkommen, und wenn man weiß, dass für die Überwachung von sogenannten Gefährdern 25 Personen am Tag benötigt werden, weiß man, wie groß die Aufgabe ist. Deswegen müssen wir alles daran setzen, die Sympathiewerbung für solche Einsätze zu verbieten. Es ist doch geradezu grotesk, wenn junge Menschen im Internet angeworben werden können, wenn ihnen angeboten werden kann, in einen Krieg zu ziehen, in dem die Menschen enthauptet werden, in dem Frauen entführt und vergewaltigt werden. Ich habe die herzliche Bitte, dass wir das Verbot, für solche Gruppen zu werben, endlich durchsetzen, dass wir damit endlich ernst machen.

Auf IS bzw. ISIS eine Antwort zu geben, ist nicht einfach. Wir dürfen nicht glauben, dass wir dieses Problem in wenigen Wochen bewältigen können. Das ist eine Aufgabe, die noch mehrere Jahre dauern wird. Sie ist auch nicht allein mit Luftsätzen und Unterstützung der Bodenkraft mit Waffen zu bewältigen. Alles, was wir diesbezüglich tun, ist völlig richtig. Aber diesen Gruppen muss auch der ideologische Nährboden entzogen werden, damit sie sich nicht auf eine besondere Ideologie berufen können. Wir haben lange darauf gewartet; jetzt können wir aber dankbar feststellen, dass der Zentralrat der Muslime in Deutschland sich klar distanziert hat. Besonders beeindruckt hat mich – das war ein wichtiger erster Schritt, auch wenn weitere folgen müssen –, dass sich führende islamische Theologen aus einigen arabischen Ländern, dass sich der Großscheich der Universität Kairo, die syrisch-orthodoxen und die koptischen Christen zusammengefunden haben und eine gemeinsame Erklärung herausgegeben haben, nach der Menschenrechts-

verletzungen so schwerer Art, wie die ISIS sie begeht, in keiner Religion akzeptiert werden können, dass sie nicht Teil einer Religion sein können. Menschenrechtsverletzungen sind durch die Religionsfreiheit nicht gedeckt! Das war die Botschaft, und das ist die richtige Botschaft.

Ich unterstütze das und freue mich, wenn weitere Schritte folgen, weil es wirklich darauf ankommt, den Menschenrechten zum Durchbruch zu verhelfen und denjenigen, die glauben, mit solchen Methoden, mit solchen Schikanen im Namen einer Religion Verunsicherung verbreiten zu können, den Boden zu entziehen.

Wir müssen natürlich auch unseren Beitrag leisten; das ist bereits angesprochen worden, sowohl von der Kanzlerin als auch vom Kollegen Oppermann. Wir formulieren es klar und deutlich: Wir wollen, dass die Menschen in aller Welt ihre Religion frei leben können. Diese Menschen im Nahen und Mittleren Osten können das aber nicht, weil man sie verfolgt, auch wegen ihrer Religion – nicht nur, aber auch wegen ihrer Religion. Wenn diese Menschen keinen anderen Ausweg mehr sehen, als zu uns zu kommen, dann erwarte ich – das muss ich sagen –, dass wir diese Menschen bei uns aufnehmen und sie anständig unterbringen.

Was sollen die Christen und andere Betroffene wie die Jesiden eigentlich davon halten, wenn wir sagen, wir treten für Religionsfreiheit ein und stehen an der Seite derjenigen, die verfolgt werden, wenn sie dann zu uns kommen und dies nicht spüren? Nein, wenn sie bei uns sind, müssen sie spüren, dass wir unseren Worten auch Taten folgen lassen.

Natürlich sind 200 000 Flüchtlinge eine große Aufgabe. Vor kurzem waren zwei Mitarbeiter unserer Fraktion in Arbil und Dohuk in Kurdistan. Dort werden jetzt langsam winterfeste Quartiere gebaut. Da kann man nur sagen: Ich danke dem Auswärtigen Amt, dem Außenminister und dem Entwicklungshilfeminister dafür, dass sie trotz der zähen Arbeit vorankommen. Manches ist besser geworden, als man in der Öffentlichkeit so hört. Auch die Mitarbeiter des Konsulats, Herr Bundesaußenminister, machen einen wirklich guten Job.

Wir haben uns angeschaut, was in dieser Region passiert. Dort leben 4,5, vielleicht 5 Millionen Kurden. Inzwischen gibt es dort über 1 Million Flüchtlinge, die betretet und untergebracht werden

müssen. Da kann ich nur sagen: Wenn eine so kleine Region wie Kurdistan mit seinen 5 Millionen Einwohnern mit über 1 Million Flüchtlinge fertig werden muss, dann werden wir das bei uns bei 250.000 Flüchtlingen auch schaffen. Da bin ich zuversichtlich.

Nicht mit dem Finger zeigen! Das ist nicht die Zeit. Wir alle müssen uns anstrengen, und das werden wir auch machen.

Ich bin dem Bundesfinanzminister, der den Haushalt zusammenhält und die große Leistung der schwarzen Null vollbracht hat, dankbar dafür, dass er gesagt hat: Das, was notwendig ist,

um den Flüchtlingen vor Ort und hier zu helfen, werden wir auch leisten können. – Lieber Wolfgang Schäuble, herzlichen Dank für diese klare Aussage.

Der Bundeshaushalt 2015, der in dieser Woche verabschiedet wird, gibt Antworten auf die drängenden großen Fragen in unserer Gesellschaft und in unserem Land. Er gibt aber auch Antworten auf die großen, wirklich existenziellen Herausforderungen, die wir in der Welt haben. Herr Hofreiter, Sie haben heute über unseren Koalitionsvertrag gesprochen. Ich kann nur sagen: Ich bin schon zufrieden damit.

Wir haben einen Koalitionsvertrag, den wir Punkt für Punkt umsetzen. Es braucht sich daher niemand aufzuregen. Alle Punkte, die darin enthalten sind, werden eins zu eins umgesetzt. Wir von der Koalition sind aber auch handlungsfähig, was die Aufgaben angeht, die nicht im Koalitionsvertrag enthalten sind. Wir kannten sie nämlich noch nicht, als wir die Koalition gebildet haben. Man muss es erst einmal schaffen, den Koalitionsvertrag eins zu eins umzusetzen, keine neuen Schulden zu machen und bei den Herausforderungen in der Welt voll dabei zu sein und zu wissen, was man macht. Diese Koalition – das wird von der Opposition natürlich nicht gesagt, obwohl sie es sieht – leistet eine gute Arbeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem Rolf Mützenich (SPD), Gerade Hasselfeldt (CDU/CSU), Johannes Kahrs (SPD), Ana Hajduk (B90/Die Grünen), Ulrike Gottschalk (SPD), Sigrid Hupach (Die Linke), Rüdiger Kruse (CDU/CSU), Martin Dörmann (SPD), Marco Wanderwitz (CDU/CSU), Siegmund Ehrmann (SPD) und Petra Hinz (SPD).



Räumung des Münchener Flüchtlingscamps

© dpa

Debatte zum Haushalt 2015 / 68. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages vom 25. November 2014

Dr. Dietmar Bartsch, DIE LINKE:

Denkmal zulasten künftiger Generationen



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Da ich der erste Redner in der Haushaltswoche bin, will ich die Gelegenheit nutzen, um mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Haushaltsausschusses sowie bei den vielen fleißigen Mitarbeitern in den Ministerien, insbesondere bei jenen, die für Haushaltsfragen zuständig sind, zu bedanken. Das war eine wertvolle Unterstützung für die Regierung und auch für die Opposition. Herzlichen Dank! Es war wieder toll mit Ihnen.

Meine Damen und Herren, wir hatten sehr interessante Haushaltsberatungen. Da wurde ein erster Haushaltsentwurf vorgelegt, der im Ergebnis genau eine schwarze Null vorsah. Dann hatten wir intensive Beratungen. Es

gab gewaltige Veränderungen. Es gab auch gewaltige Veränderungen bei den Rahmenbedingungen; zum Beispiel ist die Prognose zum Wachstum des -Bruttoinlandsprodukts im nächsten Jahr von Herrn Gabriel nach unten korrigiert worden – von 2,0 Prozent auf 1,5 Prozent. Die EU-Kommission sieht das alles noch problematischer: Sie geht von einem Wachstum von 1,1 Prozent aus. Die Steuereinnahmen sind rückläufig. Ich könnte jetzt viele Beispiele für dunkle Wolken, die am Himmel sind, aufzählen. Dazu kommen die Krisenherde im Nahen Osten, in der Ukraine usw. Doch wie von Zauberhand haben wir nach Monaten wieder einen Entwurf, der genau eine schwarze Null vorsieht. Das ist aber ein Zufall! – Das ist keine seriöse Haushaltspolitik; das kann keine seriöse Haushaltspolitik sein. Das ist der Versuch, sich ein Denkmal zu setzen. Herr Schäuble, sagen Sie bitte laut und deutlich, dass Sie sich kein Denkmal zulasten künftiger Generationen setzen wollen. Denn das ist in diesem Haushalt angelegt.

Bei der Mütterrente vertiefen Sie diese Spaltung sogar. Das ist inakzeptabel.

Ich will einige Punkte nennen.

Zunächst: Wir haben eine blamable Investitionsquote. Wir als Opposition – die Grünen genauso – haben bereits bei den letzten Haushaltsberatungen darauf hingewiesen. Sie versuchen jetzt, dies zu überdecken, indem Sie sagen: In den Jahren 2016 bis 2018 legen wir 10 Milliarden Euro drauf. – Beim Gipfel der G-20-Staaten wurde beschlossen, dass in den nächsten Jahren zusätzlich 1,6 Billionen Euro investiert werden sollen. Die 10 Milliarden Euro, die Deutschland investieren will, würden dabei 0,5 Prozent ausmachen. Na, das ist ja mal eine Investitionsquote! – Das ist blamabel, meine Damen und Herren!

Angesichts der Situation unserer Straßen, unserer Brücken und der digitalen Infrastruktur muss im Investitionsbereich deutlich mehr getan werden. Experten schätzen den jährlichen Bedarf allein im Bereich der Verkehrsinfrastruktur auf 7 Milliarden Euro. Das DIW – wahrhaftig nicht links – schätzt die inzwischen in Deutschland aufgelaufene Investitionslücke auf jährlich 75 Milliarden Euro in den Jahren 1999 bis 2012. Und Sie halten an diesem Programmchen mit einem Volumen von 10 Milliarden Euro fest – obwohl wir nicht einmal wissen, wer 2018 die Regierung stellt. Nötig wäre ein grundlegender Kurswechsel, nicht nur in der Haushaltspolitik.

Wir haben die Große Koalition, aber wo sind denn die großen Reformvorhaben? – Fehlanzeige, meine Damen und Herren! Stattdessen bewegen Sie sich in politischer Geschäftigkeit auf dem Niveau der Dobrindt-Maut; diese sollten Sie nicht ernsthaft versuchen umzusetzen.

Diese Regierung hat weder Lösungen für die entscheidenden tagespolitischen Herausforderungen noch für die Zukunftsfragen.

Sie reden darüber, die Märkte zu beruhigen, das Vertrauen der Märkte zurückzugewinnen. Notwendig wäre aber, an der Gestaltung einer besseren Gesellschaft zu arbeiten. Es darf in diesem Land niemand mit Existenzangst leben.

1 Million Langzeitarbeitslose: Was geschieht denn mit denen? – Da gibt es nur ein Miniprogramm von Frau Nahles. Jedes Kind in Armut ist eines zu viel, jeder Rentner in Armut ist einer zu viel in diesem reichen Land.

Eine Gesellschaft, in der es zwischen den Generationen, zwischen Ost und West und auch bei den Vermögen und Einkommen gerechter zugeht, wäre notwendig.

Frau Merkel, gestatten Sie mir eine Bemerkung: Wir haben jetzt zu Recht gemeinsam 25 Jahre Mauerfall gefeiert. Aber wir haben immer noch die Situation, dass wir bei den Renten ein geteiltes Land sind. Jemand, der das Glück hatte, im Osten 25 Jahre zu arbeiten, hat 25 Jahre lang einen niedrigeren Rentenwert erworben. Das ist 25 Jahre nach dem Mauerfall ein Riesenskandal, und im Haushalt wird nichts getan, daran etwas zu ändern.

Bei der Mütterrente vertiefen Sie diese Spaltung sogar. Das ist inakzeptabel, meine Damen und Herren.

Ich will den Kolleginnen und Kollegen der SPD zurufen: Haben Sie Mut! Stehen Sie zu Ihren Wahlkampfversprechen des Jahres 2013. Da war auch manch Kluges dabei, zum Beispiel der Satz:

Die finanziellen Mittel für die Rückkehr zu einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik dürfen ... nicht durch neue Schulden aufgebracht werden, sondern durch ... gerechte Besteuerung ...

Das ist doch völlig richtig.

Dieses Land braucht eine Umkehr der jahrzehntelangen Umverteilung von unten nach oben. Das ist notwendig, meine Damen und Herren.

Wir haben als Linke konkrete Vorschläge dazu vorgelegt, wie wir die Einnahmen erhöhen wollen. Wir wollen 45 Milliarden Euro mehr einnehmen, und das ausdrücklich nicht durch allgemeine Steuererhöhung. Vielmehr wollen wir diejenigen stärker beteiligen, die leistungsfähig sind und die über große Vermögen verfügen. Die 500 reichsten Familien in Deutschland besitzen ein Vermögen von 615 Milliarden Euro. Das sind zwei Bundeshaushalte. Das ist doch nicht normal! Da muss man doch etwas tun!

Warum ziehen Sie nicht die Einführung einer Millionärsteuer in Erwägung? Warum reformieren Sie nicht die Erbschaftsteuer, wie das noch im Wahlprogramm der Sozialdemokraten stand? In Groß-

britannien ist die Erbschaftsteuer fünfmal so hoch wie in Deutschland, in Frankreich ist sie viermal so hoch,

Und in den Vereinigten Staaten ist sie zehnmal so hoch wie in Deutschland. Warum haben Sie nicht den Mut, hier zu reformieren? Niemand will enteignen, aber da muss mehr für das Gemeinwohl abgeschöpft werden, meine Damen und Herren.

An dieser Stelle will ich Ihnen noch eines sagen: Das vor kurzem aufgedeckte Steuervermeidungsmodell in Luxemburg ist einer der größten Skandale, die man sich überhaupt vorstellen kann.

Wer hat Herrn Juncker mit seinen Erfahrungen auf diesem Gebiet eigentlich zum Chef der EU-Kommission gemacht? Wer war in dieser Zeit an der Regierung in unserem Land? Wer hat denn ausgerechnet Herrn Juncker unterstützt?

Wie war denn das? Allein die deutschen Großkonzerne haben von 2002 bis 2010 durch diese Modelle 90 Milliarden Euro eingespart – ob sie legal sind, das werden wir erst noch feststellen. Und wir? Wir machen gar nichts. Doch da müsste einmal Druck gemacht werden. Ich will auch ein bisschen an die Moral der Unternehmer appellieren, dass so etwas doch nicht sein kann: Die fleißigen Menschen in unserem Land zahlen Steuern und die Unternehmer suchen sich Modelle wie in Luxemburg, um das zu umgehen. Das, meine Damen und Herren, ist wirklich ein Riesenskandal.

Es ist der falsche Weg, Haushaltskonsolidierung und Haushaltssanierung zulasten von Zukunftsgestaltung zu betreiben. Auch das Zu-Tode-Sparen der Zukunft ist falsch und geht auf Kosten der jüngeren Generation. Diverse Einzel-

zeletats – wir werden darauf zu sprechen kommen – sind chronisch unterfinanziert.

Der vorliegende Haushalt zeigt einmal mehr: Die CDU und die unionsgeführte Regierung sind eben nicht der haushaltspolitische Stabilitätsanker. Im Gegenteil: Ihr Kurs ist untauglich für die Gegenwart und stellt eine Fortschrittsbremse dar. Längst ist Handeln angesagt! Ich will mit Molière schließen, der gesagt hat: Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)



Der Plenarsaal während der Debatte

© picture-alliance/dpa

Norbert Barthle, CDU/CSU:

Die Große Koalition schreibt Geschichte



Norbert Barthle (*1952)
Wahlkreis Backnang-Schwäbisch Gmünd

Sehr verehrter Herr Kollege Bartsch, die Linke hat in den Haushaltsberatungen Mehrausgaben von sage und schreibe 54 Milliarden Euro gefordert. Sie haben nur zum Teil darüber gesprochen, wem Sie dieses Geld wegnehmen wollen. Ich finde, Sie sollten einmal genau sagen, wem Sie die 54 Milliarden Euro wegnehmen wollen, denn auch für die Linke fällt das Geld nicht vom Himmel. Seriös wirtschaften sieht anders aus. Deshalb spreche ich jetzt über unseren Haushalt. Wir, die Große Koalition, schreiben mit dem Bundeshaushalt 2015 Geschichte. Der Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ist der erste Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, der einen Haushaltsentwurf ohne neue Schulden vorlegt.

Wir, der Deutsche Bundestag, werden am Freitag erstmals einen Bundeshaushalt ohne neue Schulden beschließen. Das ist ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Für uns ist die schwarze Null kein Fetisch. Für uns ist die schwarze Null keine Monstranz oder heilige Kuh, oder, um es mit Wowereit zu sagen, das ist für uns nicht besonders sexy. Vielmehr machen wir das schlicht und einfach, meine Damen und Herren, weil wir der Auffassung sind: Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir mit dem Geld auszukommen haben, das uns die Bürgerinnen und Bürger über ihre Steuern, über Gebühren zur Verfügung stellen. Deshalb finanzieren wir die Ausgaben in Höhe von 299,1 Milliarden Euro in diesem Haushalt ohne zusätzliche, ohne neue Schulden. Wir steigen aus dem ewigen Kreislauf ständig neuer Verschuldung.

Etwas Weiteres beweisen wir damit: Die schwarze Null gefährdet nicht das Wachstum. Im Gegenteil: Das schrittweise Zurückfahren

der Verschuldung über die vergangenen Jahre hinweg endet im vorliegenden Haushalt, aber wir haben dennoch Wachstum, wir können dennoch in Zukunft investieren. Beides gehört für uns zusammen.

Der zentrale Satz im Haushaltsgesetz 2015 lautet: Im Haushaltsjahr 2015 nimmt der Bund keine Kredite zur Deckung von Ausgaben auf.

Das war übrigens, wie ich bereits gesagt habe, lange Zeit nicht so. Selbst 1969 unter Franz Josef Strauß waren im Entwurf noch Schulden in Höhe von 3,6 Milliarden D Mark vorgesehen. Im Ist war dann sogar ein Überschuss da.

Kompliment also auch an die CSU. Aber dennoch ist dies etwas Neues, was es bisher nicht gab. 1969 gab es also zuletzt einen ausgeglichenen Haushalt. Das war das Jahr, in dem Neil Armstrong den Mond betreten hat und in dem der Berliner Fernsehturm eröffnet wurde – das zur Erinnerung daran, was damals alles passiert ist.

Wir haben im Rahmen der parlamentarischen Beratungen den Haushalt nochmals verbessert. Der gute Entwurf des Finanzministers ist noch besser geworden, indem wir die Ausgaben um weitere 400 Millionen Euro abgesenkt und gleichzeitig die Investitionen um 360 Millionen Euro gesteigert haben. Ich möchte nur einige Beispiele für die politischen Schwerpunkte, die wir während der Haushaltsberatungen gesetzt haben, nennen:

Wir haben sehr viel für die innere Sicherheit getan. Die Bundespolizei wird mit gut 400 neuen Stellen ausgestattet und bekommt auch mehr Mittel zur Verbesserung der Personalstruktur. Wir geben zusätzliches Geld für moderne Schutz- und Einsatzbekleidung und für Fahrzeuge aus. Wir stellen das THW und auch die Feuerwehren besser. Wir stärken das Bundesamt für Verfassungsschutz;

denn das hat derzeit mit der Observation von Salafisten schwierige Aufgaben zu erfüllen. Der Etat wird um 10 Prozent aufgestockt. Das ist für die innere Sicherheit in diesen Tagen dringend notwendig.

Wir kommen aber auch unserer humanitären Verantwortung nach und erhöhen die entsprechenden Mittel im Etat des Auswärtigen Amtes und im Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,

im BMZ, um insgesamt fast 280 Millionen Euro, um damit den aktuellen Entwicklungen in den Krisengebieten Rechnung tragen zu können.

Wir erhöhen den Etat für die Kultur wie schon in den Vorjahren deutlich und können damit auch das Denkmalschutzprogramm für national bedeutsame Kulturgüter wiederauflegen. Wir haben das Bauhaus-Jubiläum berücksichtigt. Wir schaffen Vorsorge für die Errichtung eines Museums für die Kunst des 20. Jahrhunderts in Berlin. An dieser Stelle gratuliere ich unserer Staatsministerin Monika Grütters ganz besonders zu diesem wegweisenden Schritt. Das wird für die Zukunft bedeutsam sein.

Außerdem statten wir die Deutsche Welle besser aus. Gerade die Deutsche Welle hat angesichts der Tatsache, dass andere Sender, die weltweit informieren, mehr Geld ausgeben – dazu gehören zum Beispiel Russia Today und al-Dschasira –, zunehmend Aufgaben zu erfüllen. Es ist nicht einfach, dagegenzuhalten.

Wir stocken auch den Verkehrs-etat auf. Entsprechende Mittel für Lärmschutzmaßnahmen stehen zur Verfügung, und zwar mehr als bisher. Insbesondere tun wir etwas für die Deutsche Flugsicherung, indem wir ein 500-Millionen-Euro-Programm bis 2019 aufgelegt haben. Das verhindert unverhältnismäßig hohe Gebührenerhöhungen für die Fluggäste und stärkt somit den Luftfahrtstandort Deutschland. Auch das ist, glaube ich, ein wichtiges Signal.

Außerdem hat die Koalition ein Herz für den Sport. Wir erhöhen den Sportetat um 15 Millionen Euro, allerdings mit der klaren Aussage an die Organisationen und an den DOSB, dass wir im kommenden Jahr Vorschläge für Strukturreformen erwarten, die es ermöglichen, die Mittel effektiver einzusetzen und somit die Spitzensportförderung in den Zustand zu versetzen, dass wir international wieder wettbewerbsfähiger werden. Sportverbände, Trainer und der Kampf gegen Doping sollen insbesondere profitieren.

Wir haben den Personalbestand des Bundes trotz teilweise erheblicher Personalverstärkungen – zum Beispiel 350 zusätzliche Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für die Asylbewerberverfahren – insgesamt reduziert. Im Vergleich zum Jahr 2014 gibt es insgesamt 1 100 Stellen we-

niger. Der Personalbestand des Bundes umfasst insgesamt 248.400 Stellen. Das sind deutlich weniger als noch im Jahr der Wiedervereinigung. Damals hatten wir 301.500 Stellen allein in den westlichen Bundesländern.

Lassen Sie mich zwei Worte zur Kritik der Opposition sagen, die bereits im Vorfeld vorgetragen wurde. Da war immer von Trickereien und von Schattenhaushalten die Rede usw. usf. Davon kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Da wird nirgendwo getrickelt. Wir haben nicht nur eine sehr gute Fassade, sondern auch die Substanz dieses Haushalts stimmt.

Wir sparen auch nicht an der Zukunft dieses Landes. Das Gegenteil haben wir in den vergangenen Jahren bewiesen. Wir haben nicht nur die strukturelle Verschuldung sukzessive zurückgeführt, sondern wir haben auch die Neuverschuldung Jahr für Jahr sukzessive zurückgeführt. Bei der Neuverschuldung kommen wir von 80 Milliarden Euro, die für das Jahr 2010 vorgesehen waren – am Ende waren es 44 Milliarden Euro –, und haben dann die Neuverschuldung Jahr für Jahr sukzessive in gleichmäßigen Schritten zurückgeführt. Ich bin zuversichtlich, dass wir ebenso wie in den vergangenen Jahren, als wir jeweils besser abgeschnitten haben, als im Soll vorgesehen war, auch in diesem Jahr besser abschneiden werden und am Jahresende hoffentlich unter der vorgesehenen Nettokreditaufnahme von 6,5 Milliarden Euro bleiben können.

Wir halten die Schuldenbremse nicht nur ein; wir bleiben sogar deutlich unter der Grenze der Schuldenbremse. Wir haben die Kriterien bereits 2012 erfüllt, und auch dieses Mal bleiben wir deutlich unter den Vorgaben der Schuldenbremse.

Der Abbau der Neuverschuldung hat uns nicht geschadet, meine Damen und Herren. Trotz des Abbaus der Neuverschuldung haben wir ein ordentliches Wirtschaftswachstum. Eine solide und verlässliche Haushaltspolitik schafft Vertrauen, und Vertrauen ist die Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Genau diese Formel geht bei uns auf.

Die derzeitige Situation ist also nicht irgendeinem glücklichen Umstand zu verdanken und uns einfach in den Schoß gefallen. Natürlich sind die Umstände günstig, natürlich haben wir das Glück niedriger Zinsen; keine Frage. Aber dieses Glück trifft nicht nur uns in Deutschland; die niedrigen Zinssätze der EZB gelten für alle. Man muss sein Glück also auch nutzen, und wir nutzen unser Glück, indem wir richtig haushalten, indem wir richtig wirtschaften. Demzufolge können wir konsolidierte Haushalte vorlegen. Wir

haben in diesem Land glücklicherweise eine Beschäftigungsquote, die so hoch ist wie noch nie, und eine Arbeitslosenquote, die so niedrig ist wie nirgendwo sonst in der Europäischen Union. Aber auch das ist uns nicht in den Schoß gefallen, sondern das muss man sich erarbeiten. Somit hat das nur wenig mit Glück zu tun, aber viel mit solider Politik.

Jetzt komme ich zu einem weiteren Vorwurf der Opposition. Die Opposition behauptet immer wieder, wir würden in die sozialen Sicherungssysteme eingreifen.

Meine Damen und Herren, die Deutsche Rentenversicherung verfügt derzeit über Rücklagen in Höhe von gut 33 Milliarden Euro, und wir leisten einen Steuerzuschuss an die Rentenversicherung von jährlich gut 80 Milliarden Euro. Es ist also doch nur vernünftig, damit neue Belastungen zu finanzieren, anstatt die Rücklage noch stärker wachsen zu lassen.

Zum Gesundheitsfonds: Wir haben im vergangenen Jahr versprochen, dass wir den Zuschuss an den Gesundheitsfonds, der abgesenkt wurde, sukzessive wieder erhöhen. Das tun wir. In diesem Jahr wird der Steuerzuschuss an den Gesundheitsfonds um 1 Milliarde Euro erhöht. Auch an dieser Stelle lösen wir also unser Versprechen ein. Auch der Gesundheitsfonds verfügt über ordentliche Rücklagen. Das werden am Ende dieses Jahres rund 13 Milliarden Euro sein – zusätzlich zu den Rücklagen, über die die Krankenkassen verfügen. Daher muss kein Versicherter Sorge haben, dass seine Leistungen gekürzt werden.

Wenn irgendwo Zusatzbeiträge erhoben werden sollten, Herr Kollege Kindler, dann liegt das an der jeweiligen Kasse, nicht am Gesundheitsfonds. Der Gesundheitsfonds ist gut gefüllt.

Deshalb lautet mein Appell an die Opposition auch an dieser Stelle: Bleiben Sie bei der Wahrheit, und bauen Sie keinen Popanz auf!

Nebenbei bemerkt: Die exorbitant niedrigen Zinsen, die, wie gesagt, auf die Zinspolitik der EZB zurückgehen, schlagen sich selbstverständlich auch in den exorbitant niedrigen Zinssätzen für unsere Staatsanleihen nieder. Aber auch diese sehr niedrigen Risikoaufschläge – zehnjährige Staatsanleihen rentieren derzeit mit 0,8 Prozent – muss man sich erarbeiten. Wir haben uns das Vertrauen der internationalen Finanzmärkte erarbeitet. Auch das ist nichts, was einem in den Schoß fällt. Das ist vielmehr zurückzuführen auf die solide Politik der vergangenen Jahre.

Deshalb erlaube ich mir folgen-

den Hinweis, meine Damen und Herren: Wer sich im europäischen Raum umschaut, stellt sehr schnell fest, dass die gute Situation, in der wir uns befinden, nicht nur mit Zufall und Glück zu tun hat, sondern mit der Politik der vergangenen Jahre zu tun hat.

Die Situation in Frankreich ist so, dass Frankreich seine Staatsausgaben in den vergangenen Jah-

ren, zwischen 2010 und 2014, ordentlich erhöht hat: Im Haushaltsentwurf für 2014 waren Ausgabenzuwächse von 2,3 Prozent vorgesehen, für das kommende Jahr sind 1,8 Prozent vorgesehen, obwohl Frankreich unter dem Konsolidierungsdruck seitens der Europäischen Union steht. Wir haben einen Ausgabenzuwachs von 0,9 Prozent.

Wenn Sie sich die Entwicklung der Lohnstückkosten anschauen, werden Sie sehr schnell feststellen, dass sie bei uns stabil sind, dass sie in Spanien, in Portugal, in Griechenland deutlich zurückgegangen sind, dass sie aber in Frankreich und Italien gestiegen sind.

Das Glück der guten Begleitumstände dieser Zeit trifft also nicht

nur Deutschland; es trifft alle. Deshalb ist es bemerkenswert, dass die Staatsquote in anderen Ländern steigt – in Frankreich in dieser Zeit von 56,4 auf 57,9 Prozent –, während wir bei uns in Deutschland eine rückläufige Staatsquote haben. Das ist Ausweis klarer, solider Politik und einer Haushaltspolitik, die Wachstumskräfte möglich macht, anstatt

sie zu behindern. Lassen Sie mich abschließend sagen, meine Damen und Herren: Der Haushalt 2015 und die mittelfristige Finanzplanung markieren den Beginn einer neuen und besseren Ära in der Haushaltspolitik des Bundes. Wir werden diesen Weg erfolgreich weiter beschreiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Sven-Christian Kindler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Schulden werden im Schattenhaushalt versteckt



Sven-Christian Kindler (*1985)
Landesliste Niedersachsen

Herr Minister Schäuble, ich will am Anfang zugehen: Mit Ihrem Haushalt verfolgen Sie eine gute Marketingstrategie. Doch leider ist er die Fortsetzung der alten Schuldenpolitik. Sie verkaufen ihn nur besser als andere. Sie leihen sich zwar das Geld nicht mehr bei der Bank, aber Sie greifen in den Gesundheitsfonds, Sie nehmen bei der Rentenkasse Schulden auf und Sie fahren die Infrastruktur auf Verschleiß. Die Investitionsquote in diesem Haushalt sinkt rapide. Herr Schäuble, Sie verstecken Ihre Schulden nur in Schattenhaushalten. Das ist unehrlich. Wenn man ehrlich ist, muss man sagen: Bei diesem Haushalt steht in der Bilanz ein dickes, fettes Minus. Zur Wahrheit gehören die versteckten Schulden bei den Sozialkassen. Rund 10 Milliarden Euro verstecken Sie in Schattenhaushalten bei den Sozialkassen, 7 Milliarden Euro bei der Mütterrente, und Sie greifen 2,5 Milliarden Euro aus dem Gesundheitsfonds. Und warum? Alles nur, weil die Union zu feige war, eine gerechte Finanzpolitik zu machen, und weil die Union zu feige war, auch hohe Einkommen, hohe Vermögen heranzuziehen. Dabei ist jedem hier im Bundestag klar – das sagt auch die Deutsche Rentenversicherung –: Für die Mütterrente darf nicht die Rentenkasse geleert werden. Sie muss aus Steuermitteln bezahlt werden. Auch das

Projekt der SPD, die Rente mit 63, wird klar teuer; das wird jetzt deutlich. Das ist aber sowieso die falsche Antwort. Die Rentenkasse ist 2018 leer. Insgesamt machen Sie im Rahmen des Rentenpaketes nichts gegen Altersarmut. Das ist nicht nur unverantwortliche Finanzpolitik, sondern auch ein krasses Versagen bei diesem zentralen Gerechtigkeitsthema. Die Plünderung des Gesundheitsfonds führt übrigens dazu, dass fast alle gesetzlichen Krankenkassen jetzt schon angekündigt haben, 2015 Zusatzbeiträge zu erheben. Wozu führt Ihr Griff in die Sozialkassen? Große Einkommen werden geschont, und kleine und mittlere Einkommen, die Beitragszahler, werden die Zeche für Ihren Haushalt zahlen. Ich sage Ihnen: Das ist extrem ungerecht.

Ich finde einfach, Herr Schäuble, Sie handeln fahrlässig, ignorant und zukunftsvergessen. Sie setzen weiterhin auf das Prinzip Hoffnung. Machen wir uns doch einmal ehrlich: Bei der Steuerschätzung gab es viele glückliche Einmaleffekte. Ohne diese Einmaleffekte wäre sie doch eine Katastrophe für Sie geworden. Zu den Einmaleffekten gehören: 1,3 Milliarden Euro weniger bei den Zinsen, Sie bekommen 2015 2,2 Milliarden Euro von der Europäischen Union zurück, und 2015 gibt es einen Sondereffekt bei der Postbeamtenversorgungskasse in Höhe von 560 Millionen Euro. Das macht Einmaleffekte in Höhe von 4 Milliarden Euro. Das ist viel Glück! Sie machen am Haushalt aber nichts Strukturelles. Diese Arbeitsverweigerung, dass Sie nichts Strukturelles machen, wird uns später noch teuer zu stehen kommen. Ich finde, angesichts der historisch niedrigen Zinsen, der extrem großen Einmaleffekte 2015, Ihres Glückes und der gleichzeitig in den Sozialkassen versteckten Schulden ist dieser Haushalt kein Grund, um sich auf die Schulter zu klopfen. Diesen Haushalt mit seinen versteckten Schulden hätte

jeder Bundesfinanzminister irgendwie hingebogen; diesen Haushalt hätten auch Theo Waigel und Hans Eichel hingebogen. Aber mit Ehrlichkeit und Leistung hat dieser Haushalt nichts zu tun.

Sie trauen sich nicht, strukturell etwas an diesem Haushalt zu ändern. Sie schichten nicht um, Sie entrümpeln nicht, es gibt keinen Subventionsabbau und keine Verbesserung bei den Einnahmen.

Dabei gibt es in Bezug auf den Haushalt genug zu tun. Es gibt kaum Investitionen; die Investitionsquote im Finanzplan sinkt. Investitionen in den Klimaschutz und die Energiewende muss man mit der Lupe suchen, Investitionen in das Breitband sind 2015 Fehlanzeige. Sie verschlafen Investitionen in gute Bildung und gute Kitas und bauen lieber neue Autobahnen, statt jetzt bestehende Straßen und Brücken zu erhalten. Das heißt, Sie fahren diese Gesellschaft auf Verschleiß. Dieser Haushalt lebt von der Substanz, und das ist einfach total zukunftsvergessen. Auch Sie, Herr Schäuble, haben jetzt gemerkt, dass die Kritik an den Investitionen gesessen hat. Statt aber substanzvoll zu arbeiten, machen Sie weiter mit Ihrer Marketingstrategie. Zu dem 10-Milliarden-Euro-Paket, das Sie bei der Steuerschätzung verkündet haben, haben Sie im Haushaltsausschuss selbst gesagt, es gehe Ihnen hier vor allen Dingen um eine gute Kommunikationsstrategie. Das sieht man leider auch an diesem Paket. Es hat nur wenig Substanz, und das Ergebnis ist ziemlich ernüchternd: In 2015 gibt es nichts, diese 10 Milliarden Euro werden über drei Jahre verteilt, sodass es pro Jahr nur etwas über 3 Milliarden Euro sind, und im Finanzplan sowie im Haushalt ist bisher nichts gegenfinanziert. Insgesamt ist das leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Sie haben daneben noch eine zweite Marketingstrategie. Seit Monaten höre ich von Herrn Schäuble und Herrn Gabriel, dass

sie mehr privates Kapital für Investitionen aktivieren wollen. Das hört sich erst einmal gut an. Mir wird aber angst und bange, wenn ich höre, wie Sie wollen nämlich einen neuen Vorstoß für öffentlich-private Partnerschaften. Dabei zeigt der Bundesrechnungshof am Beispiel Straßenbau schon jetzt, dass dies zu Mehrkosten in Milliardenhöhe führt. Durch die höheren Zinskosten und die hohen Renditeerwartungen der Unternehmen führt dies dazu, dass die Schuldenbremse umgangen wird, dass es teuer wird und dass Schattenhaushalte aufgebaut werden. Insgesamt ist das ein Ausverkauf von öffentlicher Infrastruktur mit gravierenden Folgen. Ich sage Ihnen: Diese ÖPP-Strategie ist ein gefährlicher und teurer Irrweg.

Stattdessen sollten Sie im Haushalt lieber klare Prioritäten bei den Investitionen setzen, und das muss man auch solide gegenfinanzieren. Da muss man am Haushalt auch einmal arbeiten, indem man zum Beispiel umschichtet und entrümpelt. Da muss man das Betreuungsgeld streichen und Milliarden bei Rüstungsdessastern einsparen. Da muss man bei den Ausgaben für neue Autobahnen kürzen und dafür den Erhalt von Straßen finanzieren, und da muss man auch einmal an die Subventionen herangehen.

Der Staat verbrennt durch umweltschädliche Subventionen jedes Jahr 50 Milliarden Euro. Davon könnte man 2015 schnell rund 9 Milliarden Euro abbauen: bei den Subventionen für die Flugindustrie, das Erdöl, den Agrardiesel und die schweren Dienstwagen. Deswegen fordere ich Sie auf: Hören Sie mit dieser klimaschädlichen Subventionspolitik auf! Der Staat ist strukturell unterfinanziert. Deswegen muss man auch die Einnahmeseite verbessern, weswegen wir zum Beispiel dafür sorgen wollen, dass Kapitaleinkommen genauso wie Arbeitseinkommen wieder progressiv besteuert werden und die ungerechte Abgeltungsteuer abgeschafft wird; denn wir brauchen in Deutschland endlich mehr Steuergerechtigkeit.

Durch Entrümpeln, Umschichten, Subventionsabbau und Einnahmeverbesserungen können wir in diesem Haushalt pro Jahr einen

Spielraum von mehr als 10 Milliarden Euro schaffen: für Innovationen, für Investitionen und für Gerechtigkeit.

Wir Grünen haben hier viele Änderungsanträge eingebracht. Ich will nur einmal drei Schwerpunkte nennen:

Erstens wollen wir, dass die Energiewende wieder an Fahrt gewinnt. Wir wollen mit einem Energiesparfonds im Umfang von 3 Milliarden Euro dafür sorgen, dass Wohnungen und Gebäude saniert werden, und so das Klima schützen. Wir wollen zweitens dafür sorgen, dass es überall schnelles Internet gibt: von Stralsund bis Konstanz. Deshalb wollen wir 1 Milliarde Euro für den Breitbandausbau einsetzen.

Drittens wollen wir noch mehr für Flüchtlinge tun: im Nordirak und in Syrien, aber auch hier vor Ort in Deutschland, in den Kommunen. Der Winter steht jetzt vor der Tür. Wer nach Deutschland flieht, darf hier nicht in Zelten oder Turnhallen schlafen müssen.

Deswegen wollen wir die humanitäre Hilfe in Ländern wie Syrien und dem Irak und deren Nachbarländern deutlich erhöhen, und wir wollen 1 Milliarde Euro in Deutschland zur Unterstützung von Flüchtlingen und Kommunen einsetzen. Diese 1 Milliarde Euro haben jetzt ja auch Sigmar Gabriel und die SPD angekündigt. Ich finde es schön, dass Sie jetzt Verantwortung übernehmen wollen. Schauen Sie deswegen nicht mehr weg, und stimmen Sie unserem Antrag am Freitag bitte zu, liebe SPD! Ich bin sehr gespannt. Man muss sagen: Dieser Haushalt hat eine schillernde Fassade, aber dahinter bröckelt es gewaltig. Es gibt in diesem Haushalt viele Verlierer: das Klima und die Energiewende; die Flüchtlinge; Kinder und Jugendliche, denen es an Bildung fehlt; Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denen Sie in die Tasche greifen und die die Zeche für Ihren Haushalt zahlen. Herr Schäuble, Ihr Haushalt enthält viele versteckte Schulden, und es wird kaum investiert. Sie finanzieren diesen Haushalt auf dem Rücken von vielen Menschen: und im Rest der Welt. Deswegen werden wir diesen Haushalt ablehnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Johannes Kahrs, SPD:

Es ist nicht leicht, keine Schulden zu machen



Johannes Kahrs (*1963)
Wahlkreis Hamburg-Mitte

Uns liegt heute ein Haushalt vor, der bemerkenswert ist. Er ist deswegen bemerkenswert, weil wir seit ewigen Zeiten das erste Mal keine neuen Schulden machen. Das ist ein Grund, sich parteiübergreifend zu freuen.

Wenn man aus den Erfahrungen der letzten Jahre gelernt hat, dass es immer gute Gründe gibt, mehr Geld auszugeben, dann weiß man, dass es nicht leicht ist, keine neuen Schulden zu machen. Das klingt wie eine Selbstverständlichkeit, aber das ist leider keine. Der Kollege Norbert Barthle hat gesagt, dass es eigentlich selbstverständlich sein müsste, keine neuen Schulden zu machen. Da hat er eigentlich recht. Auf der anderen Seite haben wir das noch nie so gehalten.

Weil wir das noch nie so gemacht haben, ist diese Debatte an diesem Tag so bedeutsam. Wir müssen einfach einmal verinnerlichen, dass wir heute etwas Selbstverständliches machen, was wir in den letzten Jahren aber nicht getan haben.

Das wirklich Gute an diesem Haushalt ist nicht, dass wir es einmal geschafft haben, keine neuen Schulden zu machen, sondern es ist die Bereitschaft bei, wie ich glaube, allen Parteien in diesem Hause, das nicht nur in diesem Haushalt zu schaffen, sondern auch in den Haushalten der nächsten Jahre. Sinn macht diese Veranstaltung nämlich nur, wenn wir dauerhaft keine neuen Schulden machen. Das ist der Punkt.

Wir als Sozialdemokraten haben zusammen mit der Union in der letzten Großen Koalition dafür gesorgt, dass die Schuldenbremse ins Grundgesetz aufgenommen wird. Wir haben auch auf unseren Parteitagen immer beschlossen: Wir wollen keine neuen Schulden machen. Ich bin mir sicher, auch die Union hat immer

Ähnliches gemacht. Jetzt aber wird es getan.

Wichtig ist, dass wir über diese Linie die Schuldenbremse erreichen. Es ist gut, dass uns das so gelungen ist. Herr Minister Schäuble, ich bin dankbar, dass dies in guter Zusammenarbeit mit Ihrem Hause gelaufen ist. Im Gegensatz zu dem Kollegen Bartsch glaube ich auch nicht, dass es ein Zufall war, dass wir als Ergebnis langer Haushaltsberatungen – dabei waren wir durchaus unterschiedlicher Ansicht – keine neuen Schulden gemacht haben, sondern das war harte Arbeit, lange, harte Arbeit.

Es gibt immer viele Möglichkeiten und gute Gründe, mehr Geld auszugeben. Hier ist es uns einfach gelungen, das nicht zu tun.

Wichtig ist für uns alle das Vorhaben, dass das nicht nur für 2015 gilt, sondern auch für 2016, 2017, 2018, 2019, 2020. Das ist nachhaltige Politik. Das ist generationengerechte Politik. Das heißt, dass man nachfolgenden Generationen keine Schuldenberge hinterlässt. Es heißt aber auch, dass man mit dem vorhandenen Geld auskommen muss, dass man also, wenn es Wünsche und Bedarfe gibt, auch einmal innerhalb eines Etats und zwischen Etats umschichten muss.

Das haben wir in der Vergangenheit alle nicht geschafft, weil wir immer lieber mit frischem Geld neue Schulden gemacht haben, statt uns an bestehenden Besitzständen abzarbeiten und damit die eine oder andere Interessengruppe, die eine oder andere Lobby in diesem Land gegen uns aufzubringen. Davor haben wir immer Angst gehabt. Deswegen haben wir immer mehr Geld ausgegeben.

Eigentlich aber wissen wir alle, dass es natürlich Bereiche gibt, wo gespart werden kann. Ehrlich gesagt: In Zeiten, in denen es uns gut geht, in Zeiten, in denen wir hohe Steuereinnahmen haben, in denen wir eine geringe Arbeitslosigkeit haben, ist das, was wir hier machen, keine Atomphysik; das gebe ich zu. Aber sollte sich das einmal wieder ändern, sollten die Zeiten wieder schwieriger werden, ist das eine große Herausforderung. Wir haben das, was die Risiken angeht, schon angesprochen.

Wenn die Zinsen wieder auf ein halbwegs normales Niveau steigen, wie es sich jeder deutsche Sparer oder jeder, der eine Lebensversicherung abgeschlossen hat, wünscht, und bei 3 oder 4 Prozent

liegen, dann zahlen wir nicht mehr wie jetzt 25 Milliarden Euro jährlich an Zinsen. Dann sind es 45 Milliarden, 50 Milliarden oder, wenn wir Pech haben, 60 Milliarden Euro. Dann in diesem Haushalt keine neuen Schulden zu machen, das ist die eigentliche Herausforderung. Das wird man bei jedem Etat beachten müssen. Damit wiederum werden sich Haushaltspolitiker relativ unbeliebt machen. Dann werden Fraktionssitzungen nicht so charmant sein wie jetzt, wo man als Haushälter – Kollege Barthle hat es angesprochen – noch die eine oder andere vernünftige Sache umsetzen kann, sondern dann muss man erklären, warum man die eine oder andere eigentlich gute Sache nicht mehr macht. Das wird die Herausforderung werden. Deswegen sind diese Haushaltsberatungen meines Erachtens nicht das, was die Opposition zum Besten gibt, wenn sie von einer Nullnummer oder versteckten Schulden spricht. Wenn wir alle gemeinsam sagen: „Das ist ein An-

fang, der auch Konsequenzen haben muss, und das muss über die Jahre durchgezogen werden“, dann ist das ein wichtiger Haushalt. Dann ist es auch ein historischer Haushalt, und dann haben wir alle wirklich etwas geleistet.

Deswegen ist das nicht nur Glück – deswegen ist es auch nicht nur ein Zufall, Herr Bartsch –, sondern es ist harte Arbeit, die man durchzieht.

Das kann man dann auch in der mittelfristigen Finanzplanung sehen.

Ich glaube, Herr Kindler, dass es keine Geschenke sind, wenn man einen Mindestlohn oder die Rente mit 63 durchsetzt, die das Pendant zur Rente mit 67 ist. Denn all diejenigen, die wie ich erst sehr spät ins Arbeitsleben eingetreten sind, weil sie studiert haben, können gerne bis

67 arbeiten, während diejenigen, die mit 15, 16, 17 oder 18 Jahren angefangen haben, zu arbeiten, und das körperlich nicht länger können, gerne mit 63 in Rente gehen können. Das ist vernünftig, richtig und vor allen Dingen gerecht. Deswegen ist das kein Geschenk.

Das Gleiche gilt übrigens auch für die Mütterrente, die wir auch mitgetragen haben. Sie ist richtig und vernünftig.

Das sind keine Geschenke. Man muss nur darauf achten, dass sie

entsprechend finanziert werden. Wenn man sie jetzt beschließt, dann muss man sie auch dauerhaft finanzieren. Denn das ist der Sinn dieser Veranstaltung.

Deswegen ist es richtig, dass man sich darüber Gedanken macht, was man steuerpolitisch tut. Kollege Barthle hat es schon gesagt: Wir haben etwas im Bereich der Flugsicherung getan. Wir haben es leider nicht geschafft, uns die Luftverkehrssteuer zu schenken, die von Schwarz-Gelb in der letzten Legislaturperiode als Steuererhöhungsmaßnahme eingeführt worden war. Gut, das hat nicht geklappt. Aber im Ergebnis hat dieser Haushalt, glaube ich, gezeigt, dass man beides machen kann: keine neuen Schulden und gleichzeitig auch noch ein paar vernünftige Sachen. Ob beim THW, der Bundespolizei oder der Bundeszentrale für politische Bildung – du hast es schon erwähnt, Norbert Barthle –: Ich glaube, das sind Maßnahmen, die man durchführen muss, damit man in dem einen oder anderen Punkt vernünftige und gerechte Zustände hinbekommt. Aber das, was diesen Haushalt wirklich auszeichnet, ist, dass die beiden großen Volksparteien in diesem Land sich geschworen haben, dass wir keine neuen Schulden machen wollen. Wenn die Zeiten schlechter werden, dann muss hart gespart werden. Wenn wir das durchziehen, dann haben wir etwas geleistet.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Es gibt immer
viele Möglich-
keiten und gute
Gründe,
mehr Geld
auszugeben.**

Dr. Wolfgang Schäuble, CDU/CSU, Bundesminister der Finanzen:

Ein Anker für Vertrauen



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundesminister

Diese Bundesregierung hat nach der Wahl beschlossen, dass wir ab 2015 den Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung fahren wollen. Dieses Versprechen halten wir ein und setzen wir heute um.

Ich kann ja verstehen, dass es

für Sie, nachdem Sie in Meinungsumfragen gesehen haben, dass es sogar die Anhänger der Oppositionsparteien in großer Mehrheit für richtig halten, dass wir keine neuen Schulden machen, ein bisschen schwierig ist, hier dagegen zu polemisieren. Aber entscheidend ist etwas anderes. Eine nachhaltige, verlässliche und berechenbare Finanzpolitik, die Wort hält, ist ein Anker für Vertrauen. Vertrauen ist in einer Zeit, wo die wirtschaftliche Lage hochfragil und nervös ist, ein ganz wichtiges Kapital für eine nachhaltige, stabile wirtschaftliche Entwicklung.

Es ist übrigens nicht ganz von alleine gekommen, dass die breite Mehrheit des wirtschaftswissenschaftlichen Sachverständigen in Deutschland diese Finanzpolitik für richtig hält. Die Wirtschaftsforschungsinstitute der Projektgrup-

pe Gemeinschaftsdiagnose haben sich in ihrem aktuellen Herbstgutachten klar für diese Finanzpolitik ausgesprochen. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat sich ebenfalls klar für diese Finanzpolitik ausgesprochen. Sie reden gegen die breite Überzeugung der Bevölkerung wie des wirtschaftswissenschaftlichen Sachverständigen in Deutschland, wenn Sie diese Finanzpolitik kritisieren.

Natürlich ist das wirtschaftliche Umfeld seit der Einbringung des Bundeshaushalts ein Stück weit schwieriger geworden. Im ersten Halbjahr konnten wir uns vor Prognosen kaum retten, die jede Woche die wirtschaftliche Entwicklung für die nächsten Jahre

Fortsetzung auf nächster Seite

noch positiver eingeschätzt haben. Die Bundesregierung war eher auf der zurückhaltenden Seite. Im dritten Quartal dieses Jahres ist es dann plötzlich gekippt. Nun sind jeden Tag Meldungen zu lesen, dass es ein bisschen schlechter wird als im Frühjahr vorhergesehen. Das wird gleich als schlechte Nachrichten verstanden. Aber wir sind nicht in einer Rezession und auch nicht in einer Wirtschaftskrise. Die Wachstumsentwicklungen sind nicht ganz so gut wie im Frühjahr vorhergesehen. Aber wir sind nahe an der Normalauslastung unserer wirtschaftlichen Kapazitäten. Wir haben ein höheres Wachstum als in den zurückliegenden Jahren. Deswegen wäre es ein schwerer Fehler, wenn wir die Krise jetzt durch unbedachtes Gerede geradezu herbeireden würden. Davor kann ich nur warnen.

Herr Kollege Kindler, wenn ich den Versuch einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem, was Sie als Marketingstrategie bezeichnet haben, unternehmen darf: Ich bin gar nicht so anspruchsvoll. Ich wollte bewusst vermeiden – das habe ich so im Haushaltsausschuss und bei vielen anderen Gelegenheiten öffentlich bekannt –, dass eine Meldung, dass die Steuereinnahmen ein bisschen langsamer wachsen als noch vor fünf oder sechs Monaten geschätzt, erneut als eine negative Nachricht verstanden wird; denn wenn wir noch ein paar Missverständnisse dieser Art haben, dann entsteht die Krise einfach nach dem Prinzip der Selffulfilling Prophecy. Wir reden sie dann herbei. Genau das dürfen wir nicht machen. Deswegen habe ich gesagt: Nein, wir haben eine ordentliche wirtschaftliche Auslastung in einem schwieriger gewordenen wirtschaftlichen Umfeld. Aber damit wird sich die Bundestagsdebatte vermutlich morgen in der Generalaussprache stärker beschäftigen. Darum muss ich mich heute nicht kümmern. Aber es ist völlig klar, dass sich das wirtschaftliche bzw. geopolitische Umfeld auf die wirtschaftliche Entwicklung, die Einschätzungen und die Erwartungen auswirkt. Dass das etwas schwächer gewordene wirtschaftliche Umfeld in

Europa auch für Deutschland als das Land, das am meisten von der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas profitiert, Auswirkungen hat, ist auch nicht zu bestreiten. Deswegen ist es für uns entscheidend und wichtig, dass wir in Europa Stabilitätsanker und Wachstumslokomotive und zugleich Anker von Verlässlichkeit und Vertrauen bleiben. Wenn wir uns nicht an die Regeln in Europa halten, können wir es auch nicht von anderen erwarten. Schließlich haben wir es leichter als andere.

Damit es da gar keinen Zweifel gibt: Wir haben nach wie vor eine gesamtstaatliche Schuldenstandsquote im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt von annähernd 75 Prozent. Wir werden sie in den nächsten Jahren auf unter 70 Prozent zurückführen.

Wir erfüllen damit – und nur damit – die Verpflichtung des europäischen Regelwerks, dass wir bis in die 2020er-Jahre unsere Schuldenstandsquote auf 60 Prozent unserer gesamtwirtschaftlichen Leistungskraft zurückführen. Deswegen sage ich noch einmal: Wenn wir uns nicht an die europäischen Regeln halten, wie sollen wir es dann von anderen, die es aktuell schwerer haben, verlangen? Deswegen ist es wichtig, dass wir diese Finanzpolitik machen, auch als Beitrag zur Überwindung der Schwierigkeiten in Europa.

Weil Sie den G-20-Gipfel in Brisbane und anderes angesprochen haben, will ich folgende Bemerkung machen: Auf dem G-20-Gipfel haben wir wieder und wieder erklärt – am Ende ist das von den Staats- und Regierungschefs in Brisbane genau so in der Gipfelerklärung beschlossen worden –: Für ein nachhaltiges Wachstum sind Strukturreformen, mehr Investitionen und eine nachhaltige Finanzpolitik entscheidend. Eine nachhaltige Finanzpolitik wird immer vergessen.

Wie man sagen kann, wir könnten mehr für die Infrastruktur tun, indem wir die Ausgaben für den Autobahnbau kürzen – auch das haben Sie in Ihrer Rede gesagt –, hat sich mir nicht ganz erschlossen. Wenn wir Probleme bei der Verkehrsinfrastruktur haben, soll-

ten wir vielleicht mehr dafür tun, dass wir dort, wo Bedarf ist, zum Beispiel bei den Bundesfernstraßen, investieren. Man kann doch nicht sagen, wir müssten dort kürzen. Da mussten Sie Ihren Kotau vor der umweltpolitischen Komponente Ihres Parteitages, der gerade stattgefunden hat, machen. Das sei Ihnen verziehen, aber Sie verlieren ein bisschen Seriosität mit dieser Argumentation.

Es gilt auch in Europa: nachhaltige Finanzpolitik. Natürlich muss das in jedem Land nach den jeweiligen Möglichkeiten erfolgen. Diesen Zusammenhang wird die Europäische Kommission, die sich neu gebildet hat, berücksichtigen, wenn sie die Haushalte der Mitgliedstaaten jetzt beurteilt. Sie wird zu allen ihre Kommentare abgeben, und wir werden darüber in den europäischen Räten zu beraten und zu befinden haben. Das geschieht auf der Grundlage der Entscheidungen der Europäischen Kommission.

Aber kein Zweifel kann daran bestehen, dass wir alle, wo notwendig, Strukturreformen fortsetzen müssen. Wenn Europa nicht insgesamt daran arbeitet, wettbewerbsfähig zu bleiben oder wieder zu werden, dann wird Europa insgesamt irrelevant werden. Wir wollen, dass Europa insgesamt stark wird. Dazu leistet die deutsche Finanzpolitik einen Beitrag, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Deswegen werden wir auch im Rahmen dieser Finanzpolitik, aber eben nicht anstelle einer soliden und nachhaltigen Finanzpolitik, alle Spielräume für zusätzliche Investitionen nutzen. Vielleicht ist es doch manchmal ganz nützlich, das Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu lesen und zur Kenntnis zu nehmen. Darin ist wieder einmal – das tun andere Stellen auch; die Bundesbank schreibt es in jedem Monatsbericht – dieses Gerede von der angeblichen Investitionslücke in Deutschland ein ganzes Stück weit relativiert worden.

Sie sollten nicht irgendjemandem nachplappern. Wir haben, Bezug nehmend auf die Vereinten Nationen – deswegen erfolgte übrigens die Berichtigung in den europäischen Haushalten, die in anderen Mitgliedsländern zu großer Erregung geführt haben –, endlich im Rahmen der Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in die Investitionsausgaben einbezogen. Mit dieser Neuberechnung stehen wir im internationalen Vergleich ausgesprochen gut da.

Ich will auch auf die Investitionen der privaten Wirtschaft hinweisen. Deutschlands 45 größte

Unternehmen haben ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung allein zwischen Juli 2013 und Juli 2014 um 11,3 Prozent erhöht. Weltweit ist der Trend rückläufig. Es ist auch in der privaten Wirtschaft nicht so, dass es dort eine Investitionslücke gäbe. Einer plappert die falsche Nachricht des anderen nach. Das stimmt überhaupt nicht.

Man muss im Übrigen in Europa an Folgendes erinnern: Wenn man zu den Investitionen nur Bauinvestitionen rechnet, dann dürften wir eigentlich in einigen Ländern keine Probleme haben. Wenn ich mir manche Investitionsruinen, die auch durch europäische Programme finanziert wurden, anschau, dann muss ich sagen: Die Reduzierung von Infrastruktur und Investitionen nur auf Beton macht nicht unbedingt Sinn. Das kann man in manchen Teilen Europas besichtigen.

Entscheidend ist, dass wir vor allen Dingen mehr für Forschung und Entwicklung tun. Indem diese Ausgaben in die Investitionsquote einbezogen werden, liegen wir in Deutschland über dem europäischen Durchschnitt und nicht darunter. Das muss wenigstens einmal zur Kenntnis genommen werden.

Im Übrigen sind wir uns darüber einig – Sie werden es spätestens bei den Verhandlungen zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen sehen –, dass die Hauptträger öffentlicher Investitionen die Länder und vor allem die Kommunen sind. Die haben den größten Bedarf. Gesamtstaatlich sind die Investitionen in Deutschland stark gestiegen; die Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen sind insgesamt massiv gestiegen. Die Kommunen haben im ersten Halbjahr ihre Investitionen um insgesamt 17 Prozent erhöht. Die darin enthaltenen Bauinvestitionen sind um 15 Prozent gestiegen.

Auch der Bund wird in dieser Legislaturperiode über die zusätzlichen 5 Milliarden Euro für öffentliche Verkehrsinfrastruktur hinaus, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, investieren. Wir haben immer gesagt: Soweit wir Spielräume haben, werden wir zusätzlich investieren. Gemeint sind nicht die großen Programme; das habe ich auch nicht behauptet. Wir werden an dieser Finanzpolitik festhalten und die zusätzlichen Spielräume für die Verstärkung der Investitionen nutzen, wie es auch der Haushaltsausschuss in den letzten Jahren immer wieder beschlossen hat.

Aber entscheidend ist, dass wir in Forschung und Entwicklung investieren. Keine Regierung hat jemals mehr Ausgaben für Forschung, Bildung und Entwicklung getätigt als die von der Bundes-

kanzlerin Angela Merkel geführten Regierungen. Das ist der Schlüssel für den Erfolg unseres Landes.

Wir, der Bund, haben die Kommunen durch die vollständige Übernahme der Grundsicherung im Alter entlastet. Vieles ist ja schon vergessen. In den Jahren 2012 bis 2017 findet eine Entlastung der Kommunen um über 25 Milliarden Euro statt. Das ist die Grundlage für mehr Investitionen. Wir haben dafür gesorgt, dass sämtliche Ausgaben für das BAföG vom Bundeshaushalt übernommen werden. Die Länder haben zugesagt – ich hoffe, dass sie diese Zusage nicht vergessen haben –, dass sie die Mittel, die sie dadurch sparen, zusätzlich in Schule und Hochschule investieren. So fördert der Bund nicht nur seine eigene Investitionstätigkeit, sondern auch die von Ländern und Gemeinden. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen – Kollege Kahrs hat es eben gesagt –: Einmal die Null zu präsentieren – der Moment ist für manche sicherlich schön; ich habe schöne Momente wie diesen fast hinter mir –, ist überhaupt nicht relevant. Entscheidend ist, dass wir daran festhalten: Wir werden die Finanzpolitik als einen Schlüssel für eine Politik nachhaltigen Wirtschaftswachstums nur fortsetzen können, wenn wir das tun, Herr Kollege Kahrs, was Sie gerade gesagt haben – ob es ein bisschen schwieriger wird oder ob es einfacher wird –: daran festhalten, eine berechenbare, verlässliche Finanzpolitik zu betreiben. Sie ist ein Anker für die wirtschaftliche Entwicklung.

Lassen Sie uns doch in dieser Debatte nicht unterschlagen, dass diese Politik einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet hat, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland besser ist als in allen europäischen Ländern, dass wir eine Lage am Arbeitsmarkt haben, wie wir sie niemals in den letzten 25 Jahren, seit dem Fall der Mauer, hatten, dass die Realeinkommen der Beschäftigten in diesem Jahr stärker gestiegen sind – es kommt also etwas bei den Menschen an – als in den letzten Jahren. Das heißt, die Menschen haben etwas von einer soliden Finanzpolitik. Deswegen bitte ich Sie, dass wir genau daran festhalten.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem Axel Troost (Die Linke), Carsten Schneider (SPD), Tobias Lindner (B90/Die Grünen), Norbert Brackmann (CDU/CSU), Hans-Ulrich Krüger (SPD), Bartholomäus Kalb (CDU/CSU) und Cansel Kiziltepe (SPD).



Die Schuldenuhr soll nun nicht mehr steigen.

© picture-alliance/dpa

leicht
erklärt!

Ukraine

Probleme mit Russland



Was ist in der Ukraine los?

Die Ukraine ist ein Land in Europa.
Dort gibt es sehr viele Probleme.
Und das seit ungefähr einem Jahr.



Die Menschen sind dort auf die Straße gegangen.

Und zwar, um ihre Meinung zu zeigen.

Denn:

Sie waren unzufrieden.

Und das mit der Regierung von der Ukraine.



Die Regierung wollte weniger eng mit der Europäischen Union zusammenarbeiten.



Die Europäische Union ist eine Gruppe von Staaten. Die Staaten möchten gemeinsam etwas erreichen. Deshalb arbeiten sie zusammen.



Die Regierung wollte aber enger mit Russland zusammen arbeiten.
Das fanden viele Menschen schlecht.



Sie fanden:

Die Regierung von der Ukraine hat sich kaufen lassen.

Und zwar von der russischen Regierung.

Das schwere Wort dafür heißt: Korruption.



Die Menschen wollten etwas erreichen:

Eine neue Regierung.

Und zwar in der Ukraine.



Die Regierung hat dann aber etwas unternommen.

Und das gegen die Menschen auf der Straße.

Sie wollte die Leute vertreiben.

Und das mit der Hilfe von Polizisten. Die Polizisten wurden dabei auch gewalttätig.



Das hat die Menschen sehr verärgert. Einige von Ihnen wurden dann auch gewalttätig.

Der Umgang miteinander wurde dann immer schlimmer.

Am 18. Februar ist dann etwas sehr Schlimmes passiert:



Die Polizei hat geschossen.
Und einige Menschen auf der Straße
haben geschossen.
77 Menschen sind dabei gestorben.



Der Präsident von der Ukraine ist
dann geflüchtet.
Und das 3 Tage später.
Er heißt:
Wiktor Janukowytsch.
Er ist nach Russland geflüchtet.



Das Parlament hat dann etwas
gemacht:
Es hat Wiktor Janukowytsch
abgesetzt.
Das bedeutet:
Er war dann kein Präsident mehr.



Russland mischt sich ein

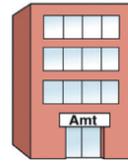
Es gab Unruhen.
Und zwar, als Janukowytsch weg war.
Denn:
Manche Menschen in der Ukraine
fanden die alte Regierung gut.
Und das, was die Regierung
gemacht hat.
Denn sie wollen:
Die Regierung von der Ukraine
soll lieber enger mit Russland
zusammen-arbeiten.



Das sind vor allem Menschen
aus dem Süden und Osten von
der Ukraine.
Sie wollen unabhängig sein.
Und zwar von der Haupt-Regierung
von der Ukraine.
Sie wollen daher ein eigenes Land
gründen.



Sie haben deshalb mit etwas
begonnen:
Sie haben Gruppen gebildet.
Diese Gruppen werden so genannt:
Milizen.
Sie kämpfen gegen die neue
Regierung.
Und das mit Gewalt.



Die Milizen haben Gebäude
gestürmt.
Es waren Verwaltungs-Gebäude.
Das heißt:
In diesen Gebäuden arbeiten
Menschen.
Diese Menschen kümmern sich
um etwas.
Und zwar, dass alles im Staat gut
funktioniert.
Dabei waren auch Polizei-Wachen.
Dabei wurden immer mehr Waffen
benutzt.



Der Streit wurde dann zu einem
richtigen Krieg.
Denn:
Die Milizen bekommen große
Unterstützung.
Und zwar von Russland.
Russland bestreitet das aber.



Die russische Regierung gibt aber zu:
Sie ist sehr unzufrieden.
Und zwar darüber, was in der
Ukraine passiert ist.
Nämlich die Absetzung vom
Präsidenten.
Sie findet:
Das war gegen das Gesetz.

Die beiden Seiten benutzen schwere
Waffen.
Deshalb sind schon viele Menschen
gestorben.
Und das in diesem Krieg.
Auch Menschen, die nichts damit zu
tun haben.



Zum Beispiel:
Ein Flugzeug wurde abgeschossen.
Und das, als es über die Ukraine flog.
Wer hat das Flugzeug abgeschossen?
Das ist unklar.
Denn beide Gruppen sagen:
Es waren die anderen.

Ungefähr 300 Menschen starben.
Und das bei dem Absturz.



Die Krim-Krise

Ab Februar gab es bereits ein großes Thema. Und zwar ein Thema, um das man sich gestritten hat. Es ging um ein bestimmtes Gebiet. Nämlich die Halb-Insel Krim. Diese hat einmal zu Russland gehört. In den letzten 60 Jahren aber zur Ukraine. Putin hat gesagt: Die Krim soll wieder zu Russland gehören.

Der Waffen-Still-Stand



Zwischen den beiden Gruppen wurde ein Abkommen geschlossen. Und das im September 2014. Es besagte: Die Gruppen sollen aufhören, zu kämpfen.



Das Abkommen wurde aber kaum eingehalten. Es starben über 300 Menschen. Und das in den ersten 30 Tagen nach dem Abkommen. Denn: Es wurde einfach weiter gekämpft.

Einige Politiker in diesem Konflikt:



Wladimir Putin

Er ist der Präsident von Russland. Putin wurde am 7. Oktober 1952 in Russland geboren. Er ist also 62 Jahre alt.

Er arbeitete von 1999 bis 2000 als Minister-Präsident. Als Minister-Präsident war er Chef der Regierung in Russland. Das gleiche Amt hatte er auch von 2008 bis 2012. Von 2000 bis 2008 war Putin Präsident von Russland. Das Amt ist die höchste Stelle, die ein russischer Politiker haben kann.



Der Präsident darf viel bestimmen.

Zum Beispiel:

- Was Bürger dürfen und was nicht.
- Auf wichtige Treffen mit anderen Präsidenten fahren.
- Auch ist er Chef der Soldaten.



Seit dem 7. Mai 2012 ist Putin wieder Präsident von Russland. Er regiert streng und bestimmend.

Er hat seine eigenen Ideen, wie er Russland regiert.

Putin bestimmt über die Rechte der Menschen in Russland.



Petro Poroschenko

Er ist ein ukrainischer Unter-Nehmer.

Das heißt:

Er verdient sein Geld als Chef von vielen Firmen. Poroschenko ist sehr reich.



Seit dem 7. Juni 2014 ist er Staats-Präsident der Ukraine.

Schon vorher war er Politiker. Und zwar:

- Außen-Minister und
- Wirtschafts-Minister

Der Außen-Minister ist für die Außen-Politik zuständig.

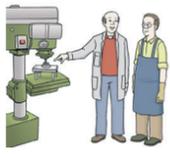


Die Außen-Politik ist eine bestimmte Art von Politik.

Bei der Außen-Politik geht es um die Beziehung zwischen dem eigenen Land und einem anderen.

Zum Beispiel, dass sich die Länder untereinander gut verstehen.

Der Wirtschafts-Minister ist für die Wirtschafts-Politik zuständig.



Die Wirtschafts-Politik ist eine bestimmte Art von Politik. Bei ihr geht es zum Beispiel darum, dass es den Geschäften und der Industrie gut geht.

Wissen über Russland und die Ukraine

Russland



Russland ist das größte Land der Erde. Das heißt: Es ist so groß wie Europa und Australien zusammen.

Dort gibt es den tiefsten See der Welt. Er heißt: Baikalsee.

In Russland leben etwa 144 Millionen Menschen. Das sind fast zweimal so viele Menschen wie in Deutschland.

Die Hauptstadt ist Moskau.

In Moskau gibts es viele Sehens-Würdigkeiten. Eine Sehens-Würdigkeit ist: Wenn etwas schön und besonders ist, und viele Menschen es sich gerne anschauen.

Zum Beispiel eine alte Kirche. Die Kirche, die man sich in Moskau gerne anschaut, heißt: Basilius-Kathedrale.



Ukraine



Die Ukraine ist ein Staat in Osteuropa. Die Hauptstadt ist Kiew.

An die Ukraine grenzen die Länder:

- Russland
- Weißrussland
- Polen
- Slowakei
- Ungarn
- Rumänien
- Moldawien.



In der Ukraine gab es vor 28 Jahren ein großes Unglück: Am 25. April 1986 gab es einen Test im Atom-Kraft-Werk in Tschernobyl.

Die Mitarbeiter haben so getan, als gäbe es einen Strom-Ausfall.

Bei dem Test haben sich die Mitarbeiter nicht an die Regeln gehalten. Der Block des Atom-Kraft-Werks ist explodiert.

Dann hat es im Atom-Kraft-Werk gebrannt. Es gab Wolken mit radio-aktivem Material. Die Wolken sind über ganz Europa gezogen.

Durch den Regen aus den Wolken sind viele Länder in Europa verseucht worden.



Viele Menschen sind dadurch krank geworden.

Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Die Bilder sind von Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013

©Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V.

Titelbild: dpa

Ausgabe 49/2014